

**Bachelor-Arbeit**  
Ausbildungsgang **Soziokultur**  
Kurs **TZ 2014-2019**

**Name/n Joël Thurnherr und Daniel Hostettler**

**Haupttitel BA Partizipation in Stadtentwicklungsprozessen**

**Untertitel BA Eine qualitative Einzelfallstudie zum Partizipationsverständnis von  
Akteur\*innen im Projekt klybeckplus**

Diese Bachelor-Arbeit wurde im August 2019 eingereicht zur Erlangung des vom Fachhochschulrat der Hochschule Luzern ausgestellten Diploms für **Soziokulturelle Animation**.

---

Diese Arbeit ist Eigentum der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Sie enthält die persönliche Stellungnahme des Autors/der Autorin bzw. der Autorinnen und Autoren.

---

Veröffentlichungen – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Leitung Bachelor.

---

Reg. Nr.:

---

Originaldokument gespeichert auf LARA – Lucerne Open Access Repository and Archive der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern



Dieses Werk ist unter einem  
Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Schweiz Lizenzvertrag  
lizenziert.

Um die Lizenz anzuschauen, gehen Sie bitte zu <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch/>  
Oder schicken Sie einen Brief an Creative Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California  
95105, USA.

#### Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Dokument steht unter einer Lizenz der Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle  
Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Schweiz <http://creativecommons.org/>

Sie dürfen:



**Teilen** — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten  
**Zu den folgenden Bedingungen:**



**Namensnennung** — Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur  
Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder  
angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber  
unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.



**Nicht kommerziell** — Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen.



**Keine Bearbeitungen** — Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt  
aufbauen dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.  
Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt,  
mitteilen.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers  
dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

Eine ausführliche Fassung des Lizenzvertrags befindet sich unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/ch/legalcode.de>

## **Vorwort der Schulleitung**

Die Bachelor-Arbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelor-Arbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von zehn Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. soziokulturell-animatorisches Denken und Handeln ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es ist daher nahe liegend, dass die Diplomandinnen und Diplomanden ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelor-Arbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachleuten aufgenommen werden.

Luzern, im August 2018

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit  
Leitung Bachelor

## *Abstract*

Die vorliegende Forschungsarbeit «Partizipation in Stadtentwicklungsprozessen» befasst sich mit den Verständnissen von Partizipation der verschiedenen Akteur\*innen im Projekt klybeck-plus und der damit verbundenen Rolle der Bevölkerung im Beteiligungsverfahren dieses Projekts. Um die Machtbeziehungen, Interessen und Ziele, welche hinter der Durchführung von partizipativen Prozessen stehen einordnen zu können, werden Begriffe, demokratietheoretische Verständnisse sowie die Funktionen von Partizipation beleuchtet.

Die Stadtentwicklung stellt durch die hohe Anzahl an Akteur\*innen mit ihren jeweiligen Ansprüchen ein komplexes Feld dar. Dies wird mit der Governance-Perspektive als Analyseinstrument aufgezeigt. Gleichzeitig ermöglicht diese einen Überblick der Handlungsoptionen sowie Kooperationsformen der Akteur\*innen aus den Sphären Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Darauf aufbauend wird die Soziokulturelle Animation als Akteurin in der Stadtentwicklung verortet sowie ihre Positionierung anhand der allparteilichen und parteilichen Haltung geschärft. Die Haltungen lassen sich stark mit den demokratietheoretischen Verständnissen sowie den daraus hervorgehenden Partizipationsverständnissen verknüpfen.

Zudem werden verschiedene Aufgabenbereiche für die Soziokulturelle Animation in partizipativen Stadtentwicklungsprozessen aufgezeigt, darunter die Diversifizierung von Meinungen und die Klärung des Partizipationsverständnisses.

## *Danksagung*

Die Autoren möchten sich bei allen bedanken, welche zur Realisierung dieser Bachelorarbeit beigetragen haben. Als erstes möchten wir uns bei den Expert\*innen für ihre Bereitschaft und die Offenheit in den Interviews bedanken. Weiter sind wir für die fachlichen Rückmeldungen in den Fachpoolgesprächen mit Katrin Hofer, Alex Willener und Bea Durrer Eggerschwiler dankbar. Für die Unterstützung zu Beginn und zum Schluss im Abgabeverfahren möchten wir uns herzlich bei Gregor Husi bedanken. Ein grosser Dank geht weiter an Silas Heizmann für die Unterstützung bei Grafiken, Layout und Druck, Natalie von Tschärner für das inhaltliche Gegenlesen und Katrin Endtner für das Korrekturlesen zum Schluss der Bachelorarbeit. Ein besonderer Dank gebührt unseren Partnerinnen; Jasmin Schraner für das redaktionelle Gegenlesen sowie Laura Endtner für ihre organisatorische Unterstützung und ihren Beistand.

## Inhaltsverzeichnis

<b>ABSTRACT</b>	<b>III</b>
<b>DANKSAGUNG</b>	<b>IV</b>
<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>V</b>
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>VIII</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS</b>	<b>IX</b>
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
1.1 STAND DER PRAXIS UND FORSCHUNG	2
1.2 BERUFSRELEVANZ FÜR DIE SOZIOKULTURELLE ANIMATION	3
1.3 FRAGESTELLUNGEN	3
1.4 AUFBAU	4
1.5 ADRESSAT*INNEN	4
<b>2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN ZU PARTIZIPATION</b>	<b>5</b>
2.1 DEFINITIONEN UND BEGRIFFSBESTIMMUNG	5
2.2 DEMOKRATIETHEORETISCHE BETRACHTUNG	8
2.2.1 LIBERALE DEMOKRATIETHEORIE	8
2.2.2 PARTIZIPATORISCHE DEMOKRATIETHEORIE	9
2.2.3 DELIBERATIVE DEMOKRATIETHEORIE	9
2.3 FUNKTIONEN VON PARTIZIPATION	11
2.3.1 DEMOKRATISCHE, ÖKONOMISCHE UND EMANZIPATORISCHE FUNKTION	11
2.3.2 PARTIZIPATIONSFUNKTIONEN IN DER STADTENTWICKLUNG	12
2.4 KONKLUSION	14
<b>3. STADTENTWICKLUNG AUS GOVERNANCE-PERSPEKTIVE</b>	<b>16</b>
3.1 HISTORISCHE ANNÄHERUNG: PLANUNG, STEUERUNG, GOVERNANCE	16
3.2 GOVERNANCE ALS ANALYSEINSTRUMENT	17
3.3 AKTEUR*INNEN DER STADTENTWICKLUNG	19
3.3.1 STAAT	20
3.3.2 MARKT	21
3.3.3 BEVÖLKERUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT	21
3.3.4 INTERMEDIÄRE AKTEURE	22
3.4 PARTIZIPATION IN DER STADTENTWICKLUNG	23

<b><u>3.5</u></b>	<b><u>KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT GOVERNANCE IN DER</u></b>	
	<b><u>STADTENTWICKLUNG</u></b>	<b>25</b>
3.5.1	SELEKTIVITÄT	26
3.5.2	PARTIZIPATIVE GOVERNANCE	26
<b><u>4.</u></b>	<b><u>SOZIOKULTURELLE ANIMATION</u></b>	<b>28</b>
<b><u>4.1</u></b>	<b><u>PRINZIPIEN DER SOZIOKULTURELLEN ANIMATION</u></b>	<b>28</b>
<b><u>4.2</u></b>	<b><u>FUNKTIONEN DER SOZIOKULTURELLEN ANIMATION</u></b>	<b>28</b>
4.2.1	VERNETZUNGS- UND KOOPERATIONSFUNKTION	28
4.2.2	PARTIZIPATIVE FUNKTION	28
4.2.3	PRÄVENTIVE FUNKTION	29
4.2.4	INTEGRATIVE FUNKTION	29
<b><u>4.3</u></b>	<b><u>INTERVENTIONSPOSITIONEN</u></b>	<b>29</b>
4.3.1	ANIMATIONSPOSITION	30
4.3.2	ORGANISATIONSPOSITION	30
4.3.3	KONZEPTPOSITION	31
4.3.4	VERMITTLUNGSPOSITION	31
<b><u>4.4</u></b>	<b><u>INTERMEDIÄRE POSITION</u></b>	<b>32</b>
<b><u>4.5</u></b>	<b><u>SOZIOKULTURELLE ANIMATION IN DER STADTENTWICKLUNG</u></b>	<b>32</b>
<b><u>5.</u></b>	<b><u>FORSCHUNGSGEGENSTAND</u></b>	<b>36</b>
<b><u>5.1</u></b>	<b><u>EINE HISTORISCHE ANNÄHERUNG AN DAS KLYBECKAREAL</u></b>	<b>36</b>
<b><u>5.2</u></b>	<b><u>DAS KLYBECKPLUS AREAL HEUTE</u></b>	<b>38</b>
<b><u>5.3</u></b>	<b><u>DIE ANSPRUCHSGRUPPEN DES PROJEKTS KLYBECKPLUS</u></b>	<b>40</b>
<b><u>5.4</u></b>	<b><u>RECHTLICHE GRUNDLAGEN FÜR DIE BETEILIGUNG</u></b>	<b>42</b>
<b><u>5.5</u></b>	<b><u>DAS BETEILIGUNGSVERFAHREN</u></b>	<b>43</b>
<b><u>6.</u></b>	<b><u>FORSCHUNGSDESIGN</u></b>	<b>44</b>
<b><u>6.1</u></b>	<b><u>FORSCHUNGSFRAGE UND FORSCHUNGSZIELE</u></b>	<b>44</b>
<b><u>6.2</u></b>	<b><u>FORSCHUNGSMETHODE: EXPERT*INNENINTERVIEWS</u></b>	<b>44</b>
<b><u>6.3</u></b>	<b><u>AUSWAHL DER EXPERT*INNEN</u></b>	<b>45</b>
<b><u>6.4</u></b>	<b><u>DATENERHEBUNG</u></b>	<b>46</b>
<b><u>6.5</u></b>	<b><u>DATENAUFBEREITUNG</u></b>	<b>47</b>
<b><u>6.6</u></b>	<b><u>DATENAUSWERTUNG</u></b>	<b>47</b>

<b><u>7.</u></b>	<b><u>DARSTELLUNG DER FORSCHUNGSERGEBNISSE</u></b>	<b><u>49</u></b>
<b><u>7.1</u></b>	<b><u>AKTEUR*INNEN UND IHRE AUFGABEN</u></b>	<b><u>50</u></b>
<b><u>7.2</u></b>	<b><u>PARTIZIPATIONSVERSTÄNDIS</u></b>	<b><u>53</u></b>
7.2.1	BEGRIFFLICHKEITEN UND DEFINITIONEN VON PARTIZIPATION	53
7.2.2	ZIELE VON PARTIZIPATION	56
<b><u>7.3</u></b>	<b><u>PLANUNGSPARTNERSCHAFT, PLANUNGSVEREINBARUNG UND RAHMENBEDINGUNGEN</u></b>	<b><u>58</u></b>
<b><u>7.4</u></b>	<b><u>BEWERTUNG DER UMSETZUNG</u></b>	<b><u>59</u></b>
<b><u>7.5</u></b>	<b><u>CHANCEN UND GRENZEN VON PARTIZIPATION</u></b>	<b><u>60</u></b>
<b><u>7.6</u></b>	<b><u>SOZIOKULTURELLE ANIMATION</u></b>	<b><u>61</u></b>
<b><u>7.7</u></b>	<b><u>WICHTIGSTE ERKENNTNISSE AUS DER DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE</u></b>	<b><u>62</u></b>
<b><u>8.</u></b>	<b><u>DISKUSSION DER ERGEBNISSE</u></b>	<b><u>63</u></b>
<b><u>8.1</u></b>	<b><u>PARTIZIPATIONSVERSTÄNDNIS</u></b>	<b><u>63</u></b>
8.1.1	BEGRIFFLICHKEITEN UND DEFINITIONEN	63
8.1.2	ZIELE VON PARTIZIPATION	66
<b><u>8.2</u></b>	<b><u>VON UNTERSCHIEDLICHEN INTERESSEN ÜBER GEMEINSAME ZIELE ZU RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE BETEILIGUNG</u></b>	<b><u>70</u></b>
<b><u>8.3</u></b>	<b><u>SELEKTIVITÄT DER BETEILIGUNGSVERANSTALTUNGEN</u></b>	<b><u>72</u></b>
<b><u>9.</u></b>	<b><u>SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE SOZIOKULTURELLE ANIMATION</u></b>	<b><u>75</u></b>
<b><u>9.1</u></b>	<b><u>KLÄRUNG DES PARTIZIPATIONSVERSTÄNDNISSES</u></b>	<b><u>75</u></b>
<b><u>9.2</u></b>	<b><u>DIE GOVERNANCE-PERSPEKTIVE UND DIE SOZIOKULTURELLE ANIMATION</u></b>	<b><u>76</u></b>
<b><u>9.3</u></b>	<b><u>SOZIOKULTURELLE ANIMATION FÜR DIE DIVERSIFIZIERUNG VON MEINUNGEN UND ANLIEGEN</u></b>	<b><u>77</u></b>
<b><u>9.4</u></b>	<b><u>POSITIONIERUNG DER SOZIOKULTURELLEN ANIMATION</u></b>	<b><u>78</u></b>
<b><u>10.</u></b>	<b><u>AUSBLICK</u></b>	<b><u>80</u></b>
<b><u>11.</u></b>	<b><u>QUELLENVERZEICHNIS</u></b>	<b><u>81</u></b>
	<b><u>ANHANG A: LEITFADEN</u></b>	<b><u>87</u></b>

Sämtliche Kapitel der vorliegenden Bachelorarbeit wurden von Joël Thurnherr und Daniel Hostettler gemeinsam verfasst.



## Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1</i>	<i>Eine Übersicht der Akteur*innen in der Stadtentwicklung (eigene Darstellung auf der Basis von Selle, 2013, S. 80; Selle, 2010, S. 7-8 )</i>	<i>19</i>
<i>Abbildung 2</i>	<i>Mitwirkung an der Stadtentwicklung (Quelle: Selle, 2013, S. 60)</i>	<i>24</i>
<i>Abbildung 3</i>	<i>Handlungsmodell (Quelle: Moser et al.,1999, S. 122, angepasst von Hangartner, 2013, S. 298)</i>	<i>30</i>
<i>Abbildung 4</i>	<i>Vermittlung im weiteren und im engeren Sinne (Quelle: Müller, in Moser et al., 1999, S. 150, angepasst durch Hangartner, 2013, S. 317)</i>	<i>31</i>
<i>Abbildung 5</i>	<i>Quartiermanagement. Aufgabenbereiche und Organisation (Quelle: Fehren, 2016, S. 59)</i>	<i>35</i>
<i>Abbildung 6</i>	<i>Foto der Fläche des heutigen Klybeckquartiers 1894 (Quelle: klybeckplus Geschichte, ohne Datum)</i>	<i>36</i>
<i>Abbildung 7</i>	<i>Foto des Areals der Chemischen Industrie Basel (CIBA) 1929 (Quelle: klybeckplus Geschichte, ohne Datum)</i>	<i>37</i>
<i>Abbildung 8</i>	<i>Das Areal des Projekts klybeckplus (Quelle: klybeckplus Pressefotos, 2016)</i>	<i>38</i>
<i>Abbildung 9</i>	<i>Perimeter klybeckplus (Quelle: klybeckplus, 2018, S. 17)</i>	<i>39</i>
<i>Abbildung 10</i>	<i>Stakeholderanalyse des Projekts klybeckplus (eigene Darstellung auf der Basis von klybeckplus 2018, S. 19-21; klybeckplus Akteure, ohne Datum)</i>	<i>41</i>
<i>Abbildung 11</i>	<i>Ablauf des Beteiligungsverfahrens im Projekt klybeckplus (eigene Darstellung)</i>	<i>43</i>
<i>Abbildung 12</i>	<i>Eine Übersicht über die Verortung der Expert*innen und Grundeigentümer*innen (eigene Darstellung)</i>	<i>49</i>

## Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1</i>	<i>Grundbegriffe der Partizipation (Quelle: Klöti &amp; Drilling, 2014, S. 49, leicht modifiziert auf der Basis von Selle, 2013, S. 60) .....</i>	<i>6</i>
<i>Tabelle 2</i>	<i>Formen der Partizipation (eigene Darstellung auf der Basis von: Barbara Emmenegger, 2016, S. 9; Klöti &amp; Drilling, 2014, S. 53; Nico Scholer, 2019, S. 14; Selle, 2013, S. 62).....</i>	<i>7</i>
<i>Tabelle 3</i>	<i>Demokratie- und Partizipationsverständnis verschiedener Demokratietheorien (Quelle: Hebestreit, 2013, S. 74, angepasst von Emmenegger, 2016, S. 15).....</i>	<i>11</i>
<i>Tabelle 4</i>	<i>Funktionen von Partizipation (Eigene Darstellung auf der Basis von: Lüttringhaus, 2000, S. 75-79; Selle, 2005, S. 396-399; Walk, 2011, S. 63-64).....</i>	<i>13</i>
<i>Tabelle 5</i>	<i>Partizipation zwischen Machterhalt und Machtumverteilung (Quelle: Klöti, 2016, S. 67) .....</i>	<i>33</i>
<i>Tabelle 6</i>	<i>Der Leitfaden der Expert*inneninterviews mit Haupt- und Ergänzungsfragen (eigene Darstellung) .....</i>	<i>45</i>
<i>Tabelle 7</i>	<i>Die befragten Expert*innen und ihre Funktionen (eigene Darstellung auf der Basis von klybeckplus Akteure, ohne Datum).....</i>	<i>46</i>
<i>Tabelle 8</i>	<i>Die Expert*innen und ihre Aufgaben im Projekt klybeckplus (eigene Darstellung) .....</i>	<i>50</i>
<i>Tabelle 9</i>	<i>Begriffe und Definitionen der Expert*innen von Partizipation (eigene Darstellung) .....</i>	<i>53</i>
<i>Tabelle 10</i>	<i>Ziele der Expert*innen von Partizipation (eigene Darstellung) .....</i>	<i>56</i>
<i>Tabelle 11</i>	<i>Einordnung der Begriffe und Definitionen (eigene Darstellung auf der Basis von Selle, 2013, S. 60).....</i>	<i>64</i>
<i>Tabelle 12</i>	<i>Die Ziele der Expert*innen von Partizipation (eigene Darstellung) .....</i>	<i>67</i>
<i>Tabelle 13</i>	<i>Die Interessen und Ziele der Planungspartner*innen (eigene Darstellung, mit Ergänzungen in Anlehnung an Lüttringhaus, 2000, S. 75-79).....</i>	<i>70</i>

## 1. Einleitung

Das Projekt klybeckplus ist die derzeit grösste Arealentwicklung im Kanton Basel-Stadt. In den ehemaligen Werkarealen der Novartis und der Badischen Anilin und Sodafabrik (BASF) soll neues Leben einkehren. Im Jahr 2016 hat der Kanton gemeinsam mit den Grundeigentümer\*innen BASF und Novartis eine Planungsvereinbarung in Bezug auf die gemeinsame Arealentwicklung unterzeichnet. Aus dieser Planungsvereinbarung ist das Projekt klybeckplus hervorgegangen.

Das betroffene Areal umfasst rund 300'000m<sup>2</sup>, also rund einen Drittel der Gesamtfläche des Klybeckquartiers, und wird als Gesamtprojekt betrachtet. Durch diese ausserordentlichen Dimensionen ist das klybeckplus ein Projekt von gesamtstädtischer Relevanz. Aus diesem Grund sprechen die Autoren in der Folge von einem Stadtentwicklungsprozess<sup>1</sup>.

Im Zuge des Projekts klybeckplus wurde ein Beteiligungsprozess initiiert, welcher dazu beitragen soll, einen lebenswerten neuen Stadtteil entstehen zu lassen. Die Planungspartner\*innen<sup>2</sup> «binden die öffentliche Diskussion proaktiv in das Projekt (klybeckplus) ein», heisst es auf der Webseite von klybeckplus (klybeckplus Beteiligung, ohne Datum). Im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens wurden zwei öffentliche Begehungen, drei Beteiligungsveranstaltungen sowie eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

Das Projekt klybeckplus ist kein Einzelfall: Weil sich das Gewerbe und die Industrie immer mehr aus dem Basler Stadtraum zurückziehen, sind in den vergangenen Jahren mehrere grosse Gewerbe- und Industrieflächen<sup>3</sup> frei geworden. Aus Sicht der Stadtentwicklung bringt das Chancen und Herausforderungen gleichermaßen mit sich.

Die Stadt Basel ist durch ihre geografische Lage mit besonderen räumlichen Herausforderungen konfrontiert. Aufgrund der Begrenzung durch Landes- und Kantons Grenzen, kann die Stadt kaum in die Breite wachsen. Die einzige Möglichkeit für Wachstum stellen die Verdichtung von bestehenden Räumen und die Umnutzung von brachliegenden Arealen dar.

Dies hat zur Folge, dass Räume, die noch entwickelbar sind, vielseitig begehrt sind und ein Dauerpolitikum darstellen. Denn die Komplexität bei solchen Projekten ist erhöht: Es gibt eine grosse Anzahl an Anspruchsgruppen und somit zu klärende Verantwortlichkeiten, Akteur\*innen mit unterschiedlichen Interessen und nicht zuletzt ungleiche Machtverhältnisse,

---

<sup>1</sup> In der vorliegenden Arbeit wird Stadtentwicklung als interdisziplinäres Feld aufgefasst, welches von verschiedenen Akteur\*innen aus den Sphären Staat, Markt und Bevölkerung & Zivilgesellschaft einem konstanten Wandel unterliegt.

<sup>2</sup> Der Kanton Basel-Stadt und die Grundeigentümer\*innen BASF und Novartis.

<sup>3</sup> Dazu gehören das klybeckplus Areal, das Hafeanreal Klybeck, das Lysbüchel Areal, der Güterbahnhof Wolf, Dreispitz Nord und der Walkweg.

die das Projekt beeinflussen. Stadtentwicklungsprozesse sind dadurch stetigen Aushandlungsprozessen auf unterschiedlichen Ebenen unterworfen. Das kann dazu führen, dass sie für die Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar sind und viel Frustrations- und Konfliktpotenzial bergen. Um Konflikte zu vermeiden, dient Partizipation in Stadtentwicklungsprozessen oft als Schlüsselbegriff. Doch was genau bedeutet Partizipation?

## 1.1 Stand der Praxis und Forschung

Die zunehmende Komplexität und die damit einhergehende Pluralisierung von Ansprüchen (an die Stadt) stellen eine Herausforderung für die Gesellschaft dar (Tanja Klöti & Matthias Drilling, 2014, S. 3). Partizipation wird von Teilen der Bevölkerung<sup>4</sup>, Professionellen aus verschiedenen Disziplinen und der Politik vermehrt eingefordert (Tanja Klöti, 2016, S. 53). Dies hat unter anderem zur Ausdifferenzierung von partizipativen Methoden und Abläufen in der Praxis geführt (Klöti & Drilling, 2014, S. 3).

Dabei wird Partizipation von manchen als Allheilmittel für die Lösung gesellschaftlicher Probleme verstanden, von einigen als Qualitätskriterium von «Good Governance<sup>5</sup>» und wiederum von anderen als die Lösung für die Krise eines demokratischen Systems betrachtet. So findet der Begriff der Partizipation Einzug in verschiedene theoretische Konzepte und Leitbilder (Klöti, 2016, S. 53), die auf einem normativen Verständnis beruhen, jedoch in der Praxis oftmals wirkungslos bleiben (Klöti & Drilling, 2014, S. 8). Das Verständnis von Partizipation und die Haltung dazu sind zunehmend Gegenstände der Forschung (ebd.), wohingegen diesen in der Praxis wenig Aufmerksamkeit zukommt (S. 3). In der Schweiz gibt es bislang wenig Forschung, die sich mit dem Partizipationsverständnis in Stadtentwicklungsprozessen befasst hat. Zu erwähnen ist aber auf jeden Fall die «Sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Partizipationsverständnisse in der Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume» von Tanja Klöti und Matthias Drilling (2014). Angesichts der grossen Anzahl an Arealentwicklungen, welche in den nächsten Jahren auf den Kanton Basel-Stadt zukommen werden, möchten die Autoren mit der vorliegenden Arbeit einen Beitrag leisten, die möglichen Unterschiede im Partizipationsverständnis aufzuzeigen. Gleichzeitig soll die Positionierung der Soziokulturellen Animation in Bezug auf Arealentwicklungen in Stadtentwicklungsprozessen verdeutlicht werden.

---

<sup>4</sup> Im Unterschied zum in der Fachliteratur in Deutschland und Österreich verwendeten Begriff der Bürger\*innen wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff «Bevölkerung» verwendet. Der in der Fachliteratur verwendete Begriff wird jedoch bei Zitaten und Abbildungen belassen.

<sup>5</sup> Good Governance ist ein normatives Konzept und hält Qualitätskriterien (konsensorientiert, partizipativ, transparent etc.) fest, wonach Aushandlungsprozesse zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft operationalisiert werden sollen (Monika Alisch, 2015, S. 8-9).

## 1.2 Berufsrelevanz für die Soziokulturelle Animation

Für die Soziokulturelle Animation stellt Partizipation als Mittel sowie als Ziel eine zentrale Grundlage für ihr Handeln und ihre Arbeitsweise mit ihren Adressat\*innen dar. Im Feld der Stadtentwicklung setzt sich die Soziokulturelle Animation einerseits im Sinne einer parteilichen Haltung für die Interessen und Ansprüche der Bevölkerung ein. Andererseits ist sie vermehrt als intermediäre Akteurin aktiv und vermittelt dabei allparteilich zwischen Akteur\*innen aus der Bevölkerung, dem Staat und dem Markt. Somit stellen Stadtentwicklungsprozesse in Bezug auf die Positionierung der Professionellen der Soziokulturellen Animation eine Gratwanderung dar.

Aus Sicht der Soziokulturellen Animation ist das Projekt klybeckplus von Interesse, da davon auszugehen ist, dass die betroffenen Anspruchsgruppen des Quartiers besondere Unterstützung brauchen, um sich in diesem Projekt beteiligen zu können.

Die jüngsten Entwicklungen, über welche die Öffentlichkeit im Juni 2019 informiert wurde, betreffen den Wechsel der Grundeigentümer\*innen. In der vorliegenden Arbeit werden sie zwar nicht mehr behandelt, sie zeigen jedoch exemplarisch auf, wie schnell sich die Akteur\*innenkonstellationen in Stadtentwicklungsprozessen verändern können.

## 1.3 Fragestellungen

Diese Forschungsarbeit geht ausgehend von den vorherigen Überlegungen den folgenden Fragen nach. Die Fragen werden in den dazu angegebenen Kapiteln beantwortet:

Kapitel 2: Welche Verständnisse von Partizipation gibt es?

Kapitel 3: Wie lassen sich Stadtentwicklungsprozesse aus der Governance Perspektive erklären und welche Bedeutung hat Partizipation für die Stadtentwicklung?

Kapitel 4: Wie lässt sich die Soziokulturelle Animation in der Stadtentwicklung verorten?

Kapitel 7+8: Wie wird Partizipation von Akteur\*innen des Projekts klybeckplus verstanden und bewertet?

Kapitel 9: Welchen Beitrag kann die Soziokulturelle Animation bei Partizipationsverfahren in Stadtentwicklungsprozessen leisten?

## 1.4 Aufbau

Aufbauend auf den zuvor vorgestellten Fragestellungen werden im Kapitel 2 die theoretischen Grundlagen zu Partizipation eingeführt. Dazu werden relevante Begriffe und Definitionen dargestellt, die unterschiedlichen Verständnisse von Partizipation aus Demokratietheoretischer Perspektive abgeleitet und die Funktionen von Partizipation im Kontext der Stadtentwicklung betrachtet.

Im Kapitel 3 vollziehen die Autoren einen Perspektivenwechsel zum Governance-Konzept als Analyseinstrument, welches die verschiedenen Akteur\*innen von Stadtentwicklungsprozessen und ihre wechselseitigen Beziehungen in den Fokus nimmt. Weiter werden Unterschiede im Rollenverständnis der Bevölkerung in Partizipationsprozessen in der Stadtentwicklung beleuchtet, auf Kritikpunkte von Governance in der Stadtentwicklung und die Partizipative-Governance als normatives Governance-Konzept eingegangen.

Das Kapitel 4 stellt die Soziokulturelle Animation vor und befasst sich insbesondere mit ihrer Rolle beziehungsweise ihrer Verortung in Stadtentwicklungsprozessen.

Im Kapitel 5 wird der Forschungsgegenstand dieser Bachelorarbeit vorgestellt. Dazu werden das Klybeckareal, das klybeckplus Projekt und der Beteiligungsprozess von klybeckplus beschrieben.

Das Forschungsdesign wird im Kapitel 6 vorgestellt, anschliessend werden im Kapitel 7 die Forschungsergebnisse der Expert\*innen Interviews aufgezeigt.

Im Kapitel 8 werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Partizipationsverständnisse der Expert\*innen beleuchtet, die Bewertung des Beteiligungsprozesses diskutiert und mögliche Anknüpfungspunkte für die Soziokulturelle Animation aufgezeigt.

Zum Schluss werden in Kapitel 9 die Schlussfolgerungen für die Soziokulturelle Animation in Partizipationsprozessen im Kontext von Stadtentwicklung gezogen.

## 1.5 Adressat\*innen

Die Adressat\*innen der vorliegenden Forschungsarbeit sind Professionelle der Stadtentwicklung sowie der Soziokulturellen Animation und Personen, welche sich für das Projekt klybeckplus interessieren.

## 2. Theoretische Grundlagen zu Partizipation

Was wird unter Partizipation verstanden? Diese Frage lässt sich nicht abschliessend beantworten. Die theoretische, konzeptionelle und methodische Auseinandersetzung mit Partizipation unterscheidet sich je nach Profession und wissenschaftlicher Disziplin (Bea Durrer Eggerschwiler & Mario Störkle, 2016, S.82). Es gibt also nicht die eine Partizipation, jedoch lassen sich verschiedene Verständnisse differenzieren. Im folgenden Theorieteil werden zunächst Definitionen der Literatur vorgestellt und jene definiert, die für die Auseinandersetzung mit Stadtentwicklungsprozessen relevant sind (Kapitel 2.1). Dass das Demokratieverständnis die Ziele und Prozessgestaltung von Partizipation beeinflusst, zeigt die wissenschaftliche Arbeit von Ray Hebestreit (2013), auf welche im Kapitel 2.2 näher eingegangen wird. Je nach Aufgabe, die jemand in einem Prozess einnimmt, stehen unterschiedliche Funktionen von Partizipation im Vordergrund. Damit beschäftigen sich die Autoren im Kapitel 2.3.

### 2.1 Definitionen und Begriffsbestimmung

Partizipation ist ein Sammelbegriff und lässt sich vom lateinischen *participatio* herleiten, das von Durrer Eggerschwiler und Störkle (2016) mit Beteiligung im Sinne von Teilnahme und Teilhabe übersetzt wird (S. 82). Die Unterscheidung dieser beiden Begriffe ist jedoch zentral: Teilhabe meint die Gewährung von Einflussrechten und Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen – weist also einen passiven Zusammenhang auf (Larissa von Schwänenflügel, 2015, S. 45). Die Teilnahme bezieht sich hingegen auf die aktive Aneignung der gestatteten Teilhaberechte (ebd.) und somit auf die Einflussnahme im öffentlichen Raum, in informellen Netzwerken, Institutionen und der Politik (S. 15).

Die Begriffe Mitwirkung und Beteiligung werden ebenfalls häufig mit Partizipation gleichgesetzt. Klaus Selle (2013) unterscheidet sie folgendermassen: Die Mitwirkung steht für eine aktive Rolle der Mitwirkenden, während die Beteiligung im Sinne von beteiligt werden eine passive Rolle beschreibt (S. 59). In der vorliegenden Arbeit wird von dieser Unterscheidung ausgegangen.

In der folgenden Tabelle werden die verschiedenen Begriffe in Bezug auf die Machtbeziehung zwischen den Partizipierenden dargestellt. Nach Klöti und Drilling (2014) kann, je nach dem welcher Partizipationsbegriff in einem Verfahren verwendet wird, eingeschätzt werden in welcher Machtbeziehung die Partizipierenden zueinanderstehen (S. 49). Der Begriff Mitwirkung wurde von den Autoren in Klammern ergänzt, da dieser Begriff nach Ansicht der Autoren (in Anlehnung an Selle, 2013, S. 60) verschiedene Grundhaltungen und Machtbeziehungen beinhalten kann (vgl. Kapitel 3.4).

<b>Begriffe</b>	<b>Grundhaltung</b>	<b>Machtbeziehung zwischen den Partizipierenden</b>	<b>Beispiel</b>
<b>Teilhabe</b> Koproduktion	Jede/r Teilhabende hat dasselbe Recht, am Prozess teil zu haben.	Egalitär, d.h. es besteht keine Hierarchie zwischen den Teilhabenden.	Öffentlicher Diskurs über die Funktion eines Areals Aneignung eines öffentlichen Areals durch unterschiedliche Nutzungsgruppen.
<b>Teilnahme</b> <b>[Mitwirkung]</b> Kooperation Partnerschaft Zusammenarbeit Aktivierung	Jede/r Teilnehmende ist eine/r unter vielen. Die zugestanden Kompetenzen sind unterschiedlich verteilt.	Offen, d.h. je nach Voraussetzungen und Position in der Gruppe ist der Anteil grösser oder kleiner, aktiv oder passiv, zugeteilt oder selbst gewählt.	Public-Private-Partnerships in einem Planungsprozess. Planungsgremium bestehend aus Vertretenden aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
<b>Beteiligung</b> Mitwirkung Mitbestimmung Anhörung bzw. Konsultation	Die Beteiligten besitzen etwas exklusiv und stellen es anderen zur Verfügung, d.h. sie beteiligen andere, ohne dass diese über den Verhandlungsgegenstand verfügen können.	Hierarchisch, d.h. es besteht ein Machtgefälle zwischen Beteiligten und Beteiligten.	Beteiligungsverfahren in einem Planungsprozess. Anhörung im Rahmen eines Planungsverfahrens.

Tabelle 1 Grundbegriffe der Partizipation (Quelle: Klöti & Drilling, 2014, S. 49, leicht modifiziert auf der Basis von Selle, 2013, S. 60)

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive kann zwischen politischer und sozialer Partizipation unterschieden werden. Politische Partizipation meint die politische Teilhabe und die «Teilnahme am politischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung sowie der Entscheidungsfindung» (Hebestreit, 2013, S.23). Für Schwanenflügel (2015) umfasst soziale Partizipation das freiwillige und ehrenamtliche Engagement (S.45).



Eine weitere wichtige Differenzierung besteht zwischen formalen und informellen Partizipationsformen (siehe Tabelle 2). Formale Partizipationsformen sind gesetzlich geregelt und meist an die Bürgerrechte gebunden (Durrer Eggerschwiler & Störkle, 2016, S.82). Als Beispiele können das Stimm- und Wahlrecht, die Petition, das Referendum und die Initiative genannt werden (ebd.). Bei informellen Partizipationsformen gibt es keinen gesetzlich geregelten Anspruch auf Mitwirkung und Beteiligung: Sie weisen in Bezug auf die Form und Durchführung sowie die Beteiligungsberechtigung einen grösseren Spielraum auf und werden oft ergänzend zu formalen Verfahren durchgeführt (ebd.). Die partizipativen Prozesse in der Stadtentwicklung lassen sich sowohl im formellen wie auch im informellen Bereich verorten.

Als direkt wird Partizipation dann verstanden, wenn ein unmittelbares Einbringen von Anliegen durch Personen oder Personengruppen in den Prozess möglich ist. Zudem sind direkte Partizipationsformen im informellen Bereich grundsätzlich offen für alle (Durrer Eggerschwiler & Störkle, 2016, S. 86). Indirekte Partizipation bedeutet, dass die Anliegen stellvertretend über eine Institution, Organisation oder Repräsentant\*innen eingebracht werden (Klöti & Drilling, 2014, S.54).

	<b>formal</b> verfasst, gesetzlich geregelt	<b>informell</b> keine gesetzlichen Vorgaben, Ausgestaltung offen
<b>Direkt (unmittelbar)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Öffentlichkeitsbeteiligung (z.B. Art. 4 Raumplanungsgesetz (RPG) des Bundes)</li> <li>– Referenden</li> <li>– Volksinitiative</li> <li>– Volksentscheide durch Abstimmungen</li> </ul>	grundsätzlich offene Verfahren: <ul style="list-style-type: none"> <li>– zivilgesellschaftliches Engagement</li> <li>– unmittelbare Einwirkung auf öffentliche Meinungsbildung</li> <li>– Beteiligungsverfahren</li> <li>– Zielgruppenbeteiligung</li> </ul>
<b>Indirekt (mittelbar)</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wahlen</li> <li>– Vernehmlassung durch Interessensgruppen</li> </ul>	Stellvertretende Verfahren: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Beiräte und Begleitgruppen</li> <li>– Runde Tische</li> <li>– Kooperative Workshops</li> <li>– Intermediäre Organisationen (wie bspw. Quartierbüros und -Treffpunkte, gemeinnützige Vereine oder Verbände)</li> </ul>

Tabelle 2 Formen der Partizipation (eigene Darstellung auf der Basis von: Barbara Emmenegger, 2016, S. 9; Klöti & Drilling, 2014, S. 53; Nico Scholer, 2019, S. 14; Selle, 2013, S. 62)

## 2.2 Demokratiethoretische Betrachtung

Nach Ray Hebestreit (2013) sind die Ziele und die Prozessgestaltung von Partizipation abhängig vom Demokratieverständnis (S. 63). Hebestreit (2013) erörtert deshalb drei verbreitete Demokratietheorien (Liberal-, Partizipatorische- und Deliberative Demokratietheorie) und arbeitet darauf aufbauende Partizipationsverständnisse heraus (S. 64-74). Liberale Demokratietheorien sehen Partizipation als Instrument zur Erreichung anderer Ziele, beispielsweise zur Verbesserung eines Planungsvorhabens. Partizipatorische Demokratietheorien verstehen Partizipation selbst als Ziel, z.B. als Befähigung zur Mitwirkung an der Stadtentwicklung. Deliberative Demokratietheorien sehen in der Partizipation eher ein Mittel in Form eines rationalen Diskurses in der Zivilgesellschaft, dessen Ziel die qualitative Verbesserung und Legitimierung (z.B. von Entscheidungen betreffend Stadtentwicklung) ist (vgl. Tabelle 3).

### 2.2.1 Liberale Demokratiethorie

Die Liberale Demokratiethorie setzt sich vorwiegend mit dem Zustandekommen und den Verantwortlichkeiten von politischen Entscheiden sowie der Stabilität von politischen Systemen auseinander (Hebestreit, 2013, S. 64). Folglich interessieren sich ihre Vertreter\*innen mehr für die Ergebnisse politischer Prozesse und weniger für die Beteiligungsaspekte (ebd.).

Im liberalen Demokratieverständnis dominiert das Menschenbild eines eigeninteressierten und nutzungsmaximierenden *homo oeconomicus* (ebd.). Dementsprechend wird von einer Vielzahl partikularer Interessen ausgegangen, die u.a. in Vereinen und Parteien gesammelt und schliesslich gegenüber der Politik artikuliert werden (S. 65). Demokratie wird in diesem Sinne als Wettbewerb unter verschiedenen Interessengruppen um Einfluss und Macht verstanden (ebd.).

Partizipation wird als Instrument gesehen und dient der Durchsetzung von individuellen und kollektiven Interessen sowie daraus hervorgehenden Zielen (Hebestreit, 2013, S. 64). Sie bezweckt im Wesentlichen die Legitimierung von Herrschaft z.B. durch die Wahl politischer Vertreter\*innen (S. 65). Das Fernbleiben von Wahlen und Beteiligungsmöglichkeiten wird normativ nicht negativ bewertet (S. 64). Vielmehr wird Desinteresse als Ausdruck der Zufriedenheit mit dem bestehenden System aufgefasst (ebd.). Es wird nicht die Beteiligung möglichst vieler angestrebt, sondern das Optimum an Beteiligung (S. 65).

Hebestreit (2013) benennt als Kritikpunkt den Fokus auf politische und gesellschaftliche Eliten und die damit einhergehende Unterbelichtung marginalisierter Interessengruppen (S. 66). Das Machtungleichgewicht sowie weitere beteiligungsrelevante Aspekte wie Transparenz, Selektion und Lerneffekte werden in diesem Verständnis wenig beachtet (ebd.).

Zwei Strömungen des liberalen Demokratieverständnisses sollen hier erwähnt werden: Die Grundvorstellung des elitedemokratischen Verständnisses liegt im Gegensatz zwischen kompetenten politischen Entscheidungsträger\*innen und einer politisch inkompetenten Bevölkerung (Hebestreit, 2013, S. 64). Das liberal-pluralistische Demokratieverständnis hat den Anspruch, über Repräsentierende den vielfältigen Interessen verschiedener sozialer Gruppen einer Gesellschaft eine Stimme zu geben (S. 65).

### 2.2.2 Partizipatorische Demokratietheorie

Die partizipatorische Demokratietheorie ist der normativen demokratietheoretischen Strömung zuzuordnen und stark mit den sozialen Bewegungen der 1960er-Jahre verbunden (Hebestreit, 2013, S. 66). Entstanden ist sie als Reaktion auf das liberale Demokratieverständnis, insbesondere auf das erwähnte elitedemokratische Verständnis (ebd.).

Demokratie wird als Mitwirkung aller am Gemeinwesen aufgefasst (Hebestreit, 2013, S. 66). Das partizipatorische Menschenbild geht von gemeinwohlorientierten und emphatischen Wesen aus (S. 68). Es stehen zudem weniger die Ergebnisse von politischen Prozessen im Zentrum als vielmehr die darin eingehenden Interessen (S. 66). Die partizipatorische Demokratietheorie erstrebt eine möglichst umfassende sowie auf politischer und sozialer Gleichheit beruhende Partizipation in politischen Entscheidungsprozessen (ebd.). Partizipation wird mit Demokratie gleichgesetzt (ebd.) und folglich als Lernprozess und Lebensform angesehen (S. 68). In diesem Verständnis bildet eine grosse Anzahl politisch aktiver Personen das Fundament einer funktionierenden Demokratie (S. 66). Anders als im liberalen Demokratieverständnis wird eine niedrige politische Beteiligung als Krisensymptom gewertet (S. 68).

Die partizipatorische Demokratietheorie verfolgt das Ziel einer Demokratisierung im Sinne individueller Selbstbestimmung (Hebestreit, 2013, S. 66). Diese soll mittels Befähigung zur politischen Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben werden (S.69).

Kritisch betrachtet wird das euphemistische Menschenbild in Bezug auf die Gemeinwohlorientierung und die Bereitschaft zur politischen Teilnahme (S. 68). Des Weiteren wird dem notwendigen Vorhandensein von Kompetenzen (kognitiv und rhetorisch) und Ressourcen (finanziell und zeitlich) zu wenig Beachtung geschenkt (ebd.).

### 2.2.3 Deliberative Demokratietheorie

Deliberative Demokratietheorien richten ihr Augenmerk auf die Prozesse, welche politischen Entscheidungen vorausgehen (Hebestreit, 2013, S.69). Das normative Ziel ist, mittels Diskursqualität beziehungsweise Deliberationsprozessen die kommunikative Verständigung und das gegenseitige Vertrauen unter den Teilnehmer\*innen zu fördern (S. 69). Unter Deliberationsprozessen wird die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung mittels argumentati-

ven Austausches von Meinungen und Positionen über einen relevanten Sachverhalt verstanden (Hebestreit, 2013, S. 70). Dafür wird ein rationaler Mensch vorausgesetzt, der bereit ist, eigene Meinungen zu artikulieren und konsensfähig ist.

Es wird davon ausgegangen, dass die Teilnehmer\*innen des Deliberationsprozesses die kritischen Haltungen der anderen bereits antizipieren und eigene Interessen und Argumente im Vorfeld hinterfragen (Hebestreit, 2013, S. 69). Dies soll nach Hebestreit (2013) zu einer ersten qualitativen Verbesserung führen: «Die so bereits „inersubjektiv“ gefilterten Präferenzen kommen sodann im „intersubjektiven“ Diskurs zwischen den deliberierenden Personen erneut auf den Prüfstand» (S.69). Auf diese Weise würden nach und nach alle Argumente ausscheiden, die einzig individuelle Interessen wiedergeben (ebd.). Im Vergleich zu traditionellen Entscheidungsverfahren soll deliberativen Entscheidungsprozessen eine höhere Rationalität und Legitimität innewohnen, da Entscheide im grösstmöglichen Konsens getroffen werden (S. 69-70).

Jürgen Habermas prägte das deliberative Demokratieverständnis in Deutschland massgeblich und differenziert zwischen einer vermachteten und einer autonomen Öffentlichkeit (Zivilgesellschaft) (Hebestreit, 2013, S. 70). Die vermachtete Öffentlichkeit umfasst das Zentrum sowie die Institutionen des politischen Systems, dessen Akteur\*innen instrumentell-strategisch und erfolgsorientiert handeln (ebd.). In der Zivilgesellschaft sollen die deliberativen Prozesse stattfinden, da die Ergebnisse – so die Erwartung – rationaler und vernünftiger ausfallen würden als jene innerhalb des vermachteten politischen Systems (ebd.). Diese rationalen Ergebnisse stehen in einer wechselseitigen Beziehung zum politischen System und durchlaufen eine Transformation von einer kommunikativen in eine administrativ verwendbare Macht (S. 71).

Für Deliberationsprozesse sind verschiedene Bedingungen erforderlich. Dazu gehören u.a. ein argumentativer «Austausch von Informationen und Begründungen», chancengleicher Zugang zu öffentlichen Partizipationsverfahren sowie «Abwesenheit interner und externer Zwänge» im Deliberationsprozess, jedoch mit der Ausnahme des Zwangs des besseren Arguments (Hebestreit, 2013, S. 70). Letztlich sollen auf Vernunft basierende Positionen hervorgehen (S. 71). Die Qualität der Ergebnisse steht somit im Zentrum, die Partizipation an sich ist sekundär (ebd.).

Ähnlich wie bei partizipatorischen Ansätzen wird hier von Hebestreit (2013) die unzureichende Berücksichtigung der Ungleichheit sowie die überhöhte Kompetenz der Individuen kritisiert (S.71). Weiter wird das konfliktmindernde Potenzial von Kommunikation infrage gestellt (S.72).

Dimension	Libérale Demokratietheorie	Partizipatorische Demokratietheorie	Deliberative Demokratietheorie
Demokratieverständnis	Gemeinwesen, welches durch gewählte RepräsentantInnen gestaltet und regiert wird	Gemeinwesen als Ort individueller Selbst- und Mitbestimmung, in welchem Beteiligungsrechte aktiv ausgeübt werden	Gemeinwesen, in welchem Prozesse diskursiver Verständigung öffentlich stattfinden sollen
Zweck Demokratie	Bestimmung des Gemeinwohls durch politische Akteure	Demokratisierung als Ausdruck selbstbestimmten Lebens	Legitimierung von Regierung und Gesetz durch kritische Diskussion
Verständnis Partizipation	Form kollektiver Interessenspolitik <i>instrumentell</i>	Selbstbestimmung, Schaffung Gemeinwohl <i>normativ (Wert an sich)</i>	Durch Begründung regulierte Praxis <i>rational (Diskurs)</i>
Ziele und Zweck der Partizipation	Auswahl des politischen Personals, Entscheidungsfindung, Interessensartikulation, Stabilität des politischen Systems, Konfliktlösung	Transformation privater Interessen in öffentliche Güter, Erweiterung der Handlungsspielräume, Selbstbestimmung	Diskursive Beratung für sachlich angemessenere und politisch besser legitimierte Entscheidungen
Formen	Organisiert und kollektiv (Parteien, Vereine, Verbände, Interessengruppen), Konfliktbearbeitungs- und Konsensverfahren	Individuell, kollektiv und direkt. Vielfältige Methoden und Verfahren, breite gesellschaftliche und politische Beteiligung	Individuell, direkt Laien/ExpertInnen, kollektive Lernprozesse, das bessere Argument zählt

Tabelle 3 Demokratie- und Partizipationsverständnis verschiedener Demokratietheorien (Quelle: Hebestreit, 2013, S. 74, angepasst von Emmenegger, 2016, S. 15)

## 2.3 Funktionen von Partizipation

Die Gründe, weshalb Partizipationsprozesse durchgeführt werden, sind gemäss Heike Walk (2011) bislang wenig untersucht worden (S. 64). Walk (2011) geht davon aus, dass unterschiedliche Interessen und Motive ausschlaggebend sind (S.63). Die Betrachtung der Funktionen von Partizipation ermöglicht es, dahinterstehende Interessen aufzuzeigen und Beteiligungsformen einzuordnen (ebd.). Im folgenden Kapitel wird zunächst zwischen einer demokratischen, emanzipatorischen und ökonomischen Funktion von Partizipation unterschieden. Weiter wird auf die Funktionen von Partizipation im Kontext der Stadtentwicklung eingegangen.

### 2.3.1 Demokratische, ökonomische und emanzipatorische Funktion

Die demokratische Funktion beinhaltet einen starken Einbezug der Zivilgesellschaft sowie die damit verbundene Erhöhung der Akzeptanz und Legitimation von Entscheidungsprozessen (Walk, 2011, S. 63). Die daraus entstehende Stabilität und Qualität einer Demokratie bedarf neben formalen Institutionen auch einer demokratischen Kompetenz der Bevölkerung (ebd.).

Die ökonomische Funktion umfasst insbesondere die Effizienz von Entscheidungsprozessen (Walk, 2011, S. 64). Partizipation trägt zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Involvierten bei und führt durch die Berücksichtigung verschiedener Interessen und Bedürfnisse zu einer bedarfsgerechteren Planung sowie nachhaltigeren Entscheidungen, welche langfristig gesehen weniger Kosten verursachen (ebd.).

Die emanzipatorische Funktion betrachtet die Handlungskompetenz sowie das Selbstbewusstsein der Bevölkerung (Walk, 2011, S. 64). Mit verstärkter Partizipation soll der Marginalisierung von Personen und Bevölkerungsgruppen entgegengewirkt werden (ebd.). Durch Anregung von Lernprozessen und der Erweiterung von Kompetenzen (Empowerment) sollen tragfähige Strukturen entwickelt und alle involvierten Akteur\*innen zu verantwortungsvollem Handeln angeregt werden (ebd.).

In Anknüpfung an das vorangehende Kapitel liesse sich die partizipatorische Demokratietheorie mit der emanzipatorischen Funktion verknüpfen. Die deliberative Demokratietheorie liesse sich mit der demokratischen sowie teils mit der ökonomischen Funktion und die liberale Demokratietheorie tendenziell mit der ökonomischen Funktion sowie bei pluralistischen Ansätzen teils mit der demokratischen Funktion von Partizipation verknüpfen.

Dabei ist nach Ansicht der Autoren die Unterscheidung zentral, ob Partizipation als Mittel oder Ziel verstanden wird. Wenn Partizipation als Ziel aufgefasst wird, liegt der Fokus auf der emanzipatorischen Funktion wie z.B. der Selbstbestimmung und ist somit relativ klar der partizipatorischen Demokratietheorie zuzuordnen. Wenn Partizipation als Mittel verstanden wird sind sowohl demokratische als auch ökonomische Funktionen im Fokus. Dabei kann beispielsweise ein Motiv der deliberativen Demokratietheorie zugeordnet werden, sofern das übergeordnete Ziel auf die Legitimierung von Entscheidungen und das Gemeinwohl gerichtet ist beziehungsweise der liberalen Demokratietheorie, wenn das übergeordnete Ziel auf die Durchsetzung von partikularen Interessen oder z.B. die Wahl der politischen Repräsentant\*innen aus ist.

### 2.3.2 Partizipationsfunktionen in der Stadtentwicklung

Maria Lüttringhaus (2000) unterscheidet die Funktionen der Partizipation für die Sphären Staat, Markt und Bevölkerung (S. 75-79). Selle (2005) wiederum beschreibt die Funktionen aus der Perspektive der planenden Akteur\*innen, wobei dies öffentliche oder private Akteur\*innen sein können (S. 396-399). Tabelle 4 zeigt eine Zusammenführung der verdichteten Funktionen nach Walk (2011, S. 63-64) mit den Funktionen der Partizipation in der Stadtentwicklung auf den Ebenen Staat, Markt und Bevölkerung nach Lüttringhaus (2000, S. 75-79) und den planungstechnischen Funktionen nach Selle (2005, S. 396-399). Auf diese Weise lassen sich die demokratischen, ökonomischen und emanzipatorischen Funktionen auf das spezifische Feld der Stadtentwicklung übertragen und konkretisieren.

Im ökonomischen und demokratischen Feld ähneln sich die Funktionen nach Lüttringhaus und Selle (siehe Tabelle 4). Selle (2005) führt die emanzipatorische Funktion auf der Ebene der Bevölkerung weniger stark aus – diese ist für die Soziokulturelle Animation jedoch besonders relevant. Des Weiteren sind die Funktionen nach Selle (2005) weniger eindeutig der demokratischen, ökonomischen oder emanzipatorischen Funktion zuzuordnen, weshalb einige in der Tabelle 4 mehrfach genannt werden. Bei den verschiedenen Akteur\*innen der Stadtentwicklung stehen aufgrund ihrer Aufgaben jeweils unterschiedliche Interessen im Vordergrund, was sich anhand der Funktionen von Partizipation illustrieren lässt. Für das folgende Kapitel «Stadtentwicklung aus Governance-Perspektive» als auch für die gesamte Arbeit sind die Funktionen der Partizipation deshalb von Relevanz.

	demokratisch	ökonomisch	emanzipatorisch
Staat	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Legitimitätsfunktion</li> <li>– Dem Kompetenzverlust des Staates entgegenwirken</li> <li>– Funktion des Sozialen Interessenausgleichs (Verdrängungsprozessen entgegenwirken)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Effektivierungsfunktion (Fehlplanungen und Verzögerungen vorbeugen)</li> <li>– Funktion des Sozialen Interessenausgleichs (Soziale Folgekosten minimieren)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Lehr- und Lernfunktion für Politik und Verwaltung</li> </ul>
Markt		<ul style="list-style-type: none"> <li>– Effektivierungsfunktion und Effizienzsteigerung (bspw. sozialer Frieden als Standortfaktor, Planungsakzeptanz)</li> <li>– Anstieg der Steuerabgaben entgegenwirken (durch öffentliche Einsparungen)</li> </ul>	
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kontrollfunktion</li> <li>– Integrationsfunktion (Beziehung zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung   Loyalität und Solidarität für Gemeinwesen   Förderung der Toleranz)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Rechtsschutzfunktion (Entstehende juristische Kosten)</li> <li>– Effektivierungs- und Sparfunktion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Lehr- und Lernfunktion (Einblick in Zusammenhänge)</li> <li>– Emanzipationsfunktion (Erweiterung der Selbstbestimmung)</li> </ul>
Planungstechnisch	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beteiligung schafft Information (Akzeptanz und Legitimation durch kooperative Problembestimmung)</li> <li>– Identifikation</li> <li>– Aktivieren, Mobilisieren</li> <li>– Steuerungsressourcen erweitern (Staat)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beteiligung schafft Information (bedarfsgerechte Planung)</li> <li>– Frühwarnsystem</li> <li>– Konfliktvermeidung</li> <li>– Beschleunigte Abstimmung</li> <li>– Identifikation</li> <li>– Aktivieren, Mobilisieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beteiligung schafft Information (kooperative Problembestimmung)</li> <li>– (Beschleunigte) Abstimmung (führt zu Lernprozesse)</li> <li>– Identifikation (mit einem Prozess)</li> <li>– Aktivieren, Mobilisieren (zu eigenem Handeln anregen)</li> </ul>

Tabelle 4 Funktionen von Partizipation (eigene Darstellung auf der Basis von: Lüttringhaus, 2000, S. 75-79; Selle, 2005, S. 396-399; Walk, 2011, S. 63-64)

## 2.4 Konklusion

Im Folgenden sollen die wichtigsten Erkenntnisse aus dem vorangehenden Theorieteil festgehalten werden und die Theoriefrage «Welche Verständnisse von Partizipation gibt es?» beantwortet werden.

Die Autoren begreifen Partizipation als Überbegriff, welcher mit verschiedenen Begriffen wie Teilhabe, Teilnahme, Beteiligung und Mitwirkung in Verbindung gebracht werden kann (vgl. Kapitel 2.1). Die Unterbegriffe unterscheiden sich jedoch in Bezug auf eine aktive beziehungsweise passive Einflussnahme und die Machtbeziehung, beispielsweise zwischen den Beteiligten und den Beteiligten. Die Definitionen von Partizipation in der Literatur sind somit vielfältig und nicht eindeutig. Klöti und Drilling (2014) weisen darauf hin, dass es deshalb umso wichtiger ist, die unterschiedlichen Begriffe, Definitionen und Verständnisse zu schärfen und ein Bewusstsein dafür zu entwickeln (S. 5). Dieses Bewusstsein haben sich die Autoren mit der Erarbeitung des Kapitels 2.1 angeeignet.

Das Demokratieverständnis hat Einfluss auf das Verständnis von Partizipation sowie den Stellenwert, der ihr zugeschrieben wird. Die Autoren sehen Demokratieverständnisse zu einem gewissen Grad als subjektive Prägungen. Das begründet sich in der Annahme, dass ein Mensch durch seine Sozialisation und Erfahrungen mit der Demokratie eine Haltung dazu und eine Vorstellung davon entwickelt. Das Demokratie- und Partizipationsverständnis kann sich beispielsweise aufgrund einer vorherrschenden Weltsicht zwischen verschiedenen politischen Lagern oder aufgrund der Zugehörigkeit zu einer professionellen Disziplin (bspw. Architektur oder Soziale Arbeit) unterscheiden. Für die Autoren bleibt die Frage offen, ob auch in einer Stadt ein bestimmtes Demokratieverständnis mit einer damit verbundenen Partizipationskultur vorherrscht. Die Untersuchung dessen würde jedoch den Umfang dieser Arbeit sprengen.

In Bezug auf die Soziale Arbeit sind für die Autoren insbesondere die folgenden Erkenntnisse von Relevanz. Bei der Einnahme einer parteilichen Haltung ist für die Soziale Arbeit das partizipatorische Demokratieverständnis von besonderer Bedeutung, während bei einer allparteilichen Haltung die deliberative Demokratietheorie bedeutsam ist. Das begründet sich damit, dass partizipatorische und deliberative Demokratietheorien im Vergleich zu liberalen Demokratietheorien mehr auf die individuelle und direkte Beteiligung der Menschen setzen (Hebestreit, 2013, S. 73). Ansprüche an Partizipation und deren Ausgestaltung sind hier höher und normativ geprägt (ebd.). Diese sind somit für die Verortung der Soziokulturellen Animation in der Stadtentwicklung relevant (vgl. Kapitel 4.5). Ausserdem ist die Erkenntnis wichtig, dass mehr Demokratie nicht mit einem Mehr an Partizipation gleichzusetzen ist, da der demokratietheoretische Hintergrund eine Rolle spielt. (Hebestreit, 2013, S. 72).



Wie lassen sich die Interessen an der Partizipation vonseiten einzelner Akteur\*innen fassbar machen? Die ökonomischen, partizipatorischen und emanzipatorischen Funktionen von Partizipation werden im Kapitel 2.3 auf das Feld der Stadtentwicklung übertragen. Das ermöglicht wertvolle Rückschlüsse auf die Motive, beispielsweise ein partizipatives Verfahren durchzuführen und auf die verschiedenen Interessen, welche in ein solches Verfahren einfließen. Im Forschungsteil werden diese deshalb als Hintergrundfolie für die Analyse der Ziele und Interessen verschiedener Akteur\*innen der Stadtentwicklung verwendet (siehe Kapitel 8.1.2).

Um die Partizipation im Kontext der Stadtentwicklung zu beleuchten und die Soziokulturelle Animation genauer in der Stadtentwicklung verorten zu können, wird im folgenden Kapitel die Stadtentwicklung aus der Governance-Perspektive beschrieben.

### 3. Stadtentwicklung aus Governance-Perspektive

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit «Governance» ist vielfältig – der Begriff findet sich bspw. in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften wieder. Es gibt dementsprechend verschiedene Verständnisse und Definitionen. Für die vorliegende Arbeit beziehen sich die Autoren auf das Verständnis von Klaus Selle. Selle (2013) versteht Governance primär als Analyseinstrument (S. 105). Seine Auseinandersetzung bezieht sich stark auf die Aspekte der Governance in der Stadtentwicklung und -planung. Im folgenden Kapitel findet zunächst eine historische Annäherung statt. Anschliessend wird Governance als Analyseinstrument vorgestellt sowie die verschiedenen Akteur\*innen der Stadtentwicklung und ihre Rollen umrissen. Weiter wird Partizipation im Kontext der Stadtentwicklung erörtert und kritisch betrachtet. Schliesslich werden die normativen Aspekte der Governance beleuchtet, da diese für die Soziokulturelle Animation von besonderer Bedeutung sind.

#### 3.1 Historische Annäherung: Planung, Steuerung, Governance

Governance kann als Ergebnis eines Erkenntnisprozesses gesehen werden, welcher sich in die drei Phasen Planung, Steuerung und Governance gliedert (Selle, 2018, S. 31). Bis in die 1970er-Jahre war die Ansicht verbreitet, dass jegliche gesellschaftliche Felder (u.a. die Stadtentwicklung) von der Politik, also «von oben», zielgenau planbar seien (Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank & Georg Simonis, 2007, S. 12). Viele gesellschaftliche Bereiche entwickelten jedoch ihre eigenen Logiken, welche auch in der Verwaltung aufgrund von Ressortinteressen in jeweils eigenen Plänen mündeten (Selle, 2018, S.31). Diese Pläne blieben jedoch oft wirkungslos, was zu einem ersten Umdenken führte (Benz et al., 2017, S. 12).

Da sich Entwicklungen nicht durch staatliches Handeln herbeiführen liessen, mussten die entsprechenden Agierenden angeregt werden, so zu handeln, wie es der Staat vorsah (Selle, 2018, S. 31). Mit dem aufkommenden Begriff der Steuerung wurde anerkannt, dass sich die Gestaltungsobjekte nicht einfach passiv einem Plan der Politik fügen, «sondern aktiv und eigendynamisch Steuerungsimpulse verarbeiten» (Benz et al., 2007, S.12). Dieser Erkenntnisschritt ist gemäss Selle (2018) deshalb bedeutsam, weil mit ihm zum einen die Akteur\*innen entdeckt und zum anderen die Grenzen von staatlicher Gestaltungsmacht festgestellt wurden (S. 31). Selle (2018) merkt jedoch an, dass Akteur\*innen im Grunde mehr als Adressat\*innen (Objekte) und der Staat weiterhin als das Zentrum (Subjekt) betrachtet wurden (S.31).

Dass die verschiedenen Akteur\*innen als eigenständig Handelnde betrachtet wurden, welche jeweils eigene Ziele und Interessen verfolgen, kam erst mit dem Governance-Konzept auf (Selle, 2018, S. 32). Governance ermöglicht eine Perspektive auf die Stadtentwicklung, welche die

Vielfalt des Handelns mit und zwischen den Akteur\*innen umfasst (Selle, 2018, S. 31). Zu Beginn wurden jedoch vorwiegend Wirtschaftsakteur\*innen in die Planungsprozesse eingebunden, weshalb laut Matthias Drilling und Olaf Schnur (2009) der Vorwurf gerechtfertigt sei, «dass sich unter Governance in der Raumplanung lange Zeit die bisherige Praxis widerspiegeln, aber keine wirklich veränderte Einstellung gegenüber Akteuren darstelle.» (S.13)

### Governance und Government

Governance steht nach Benz et al. (2007): «für alle (...) Formen und Mechanismen der Koordination zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind, sich also wechselseitig beeinträchtigen oder unterstützen können» (S. 9). In der Fachliteratur wird der Begriff teils als Gegenbegriff zu Government (staatliche Steuerung) verwendet (S.13). Dies kann jedoch dazu führen, dass Phänomene der hierarchischen staatlichen Steuerung unter der Bezeichnung Governance verharmlost werden (ebd.). Benz et al. (2007) schlagen deshalb vor, Government als ein hierarchisches Muster von vielen in der Interdependenzbewältigung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteur\*innen zu verstehen (S. 13). Die staatlichen Akteur\*innen sind in diesem Verständnis lediglich eine Kategorie von Akteur\*innen, wobei sie sich dadurch auszeichnen, dass sie mit besonderen Handlungsmöglichkeiten ausgestattet sind und versuchen mittels Steuerungsformen (Anreize, rechtlicher Rahmen, formelle Kooperationen usw.) die Mitwirkung anderer Akteur\*innen zu sichern (Selle, 2018, S. 32). Selle (2018) merkt an: «Es gibt keine zentrale öffentliche Steuerung der Stadtentwicklung, aber es gibt sehr wohl Steuerung in der Stadtentwicklung.» (S. 32)

Über verschiedene Handlungs-, Koordinierungs- und Kooperationsformen handeln die Akteur\*innen neben-, mit- oder gegeneinander (Selle, 2018, S. 32). Es geht um die Gesamtheit der Akteur\*innen, ihre Aktivitäten und die Interdependenzen zwischen ihnen, welche gestaltet werden müssen, um handlungsfähig zu sein (ebd.). Bei vielen Stadtentwicklungsprozessen handelt es sich somit um eine Gemeinschaftsaufgabe, wobei die Gestaltung der Interdependenzen vielfach von Konflikten geprägt und aufwendig ist (S. 33).

## 3.2 Governance als Analyseinstrument

Als Analyseinstrument beziehungsweise Forschungsperspektive eignet sich Governance zur Untersuchung von Akteurskonstellationen und der Interdependenzbewältigung (Selle, 2013, S. 104). Sobald alle Akteur\*innen identifiziert sind, richtet sich das Interesse darauf, was zwischen ihnen geschieht (S. 105). Uwe Schimank (2007) sieht hier die Handlungsabstimmungen («Muster der Interdependenzbewältigung») als zentral (S. 30). Handlungsabstimmungen liegen dann vor, wenn alle Akteur\*innen das vergangene oder erwartete künftige Handeln anderer Akteur\*innen in der Wahl ihrer eigenen Handlung antizipieren (ebd.). Die daraus resultierenden

Interdependenzen können nun gestaltet werden (Schimank, 2007, S. 30). Die Handlungsabstimmung ist damit den Deliberationsprozessen sehr ähnlich (vgl. Kapitel 2.2.3). Zu den Möglichkeiten der Interdependenzgestaltung gehört unter anderem das Beobachten, die versuchte Beeinflussung oder der Versuch, Verhandlungen aufzunehmen (Selle, 2013, S. 105-106).

Nach Selle (2013) ist eine aufgaben- und akteursbezogene Perspektive dort erforderlich, «wo Entwicklungen im Raum im Wesentlichen von privaten Akteuren geprägt werden» (S. 101). Der Grund dafür ist, dass die öffentlichen Akteur\*innen in diesem Fall das Verhalten von Dritten (private Grundeigentümer\*innen) nur noch über das Setzen von Rahmenbedingungen in Bezug auf die Bodennutzung (z.B. Bebauungsplan, Zonenänderung) hoheitlich beeinflussen können (ebd.). Das bedeutet, dass über Aushandlungen, Vereinbarungen und Kooperationen koordinierte Handlungen verschiedener Akteur\*innen zustande kommen (ebd.). Diese sind unter anderem stark von der Mitwirkungsbereitschaft der privaten Akteur\*innen geprägt (ebd.). Deshalb müssen, um Aussagen über die Mitwirkung öffentlicher oder zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen am Prozess machen zu können, die Interessen und Handlungsoptionen aller Akteur\*innen betrachtet werden (S. 102).

### 3.3 Akteur\*innen der Stadtentwicklung

Eine Stadt entwickelt sich in kultureller, sozialer, politischer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht stetig, womit sich die Anzahl der Akteur\*innen, welche die Stadt prägen, vervielfacht (Selle, 2018, S. 20). Für die Stadtentwicklung bedeutet dies: «Je komplexer ein Vorhaben ist, umso grösser und differenzierter wird der Akteurskreis.» (Selle, 2018, S.21)

Im wissenschaftlichen Diskurs werden die Akteur\*innen häufig in die Gruppen Markt, Staat und Zivilgesellschaft unterteilt. Nach Selle (2018) kann diese Kategorisierung hilfreich sein, um Unterschiede sichtbar zu machen (S. 20). Er merkt jedoch auch an, dass die Wirklichkeit meist komplexer ist (ebd.).

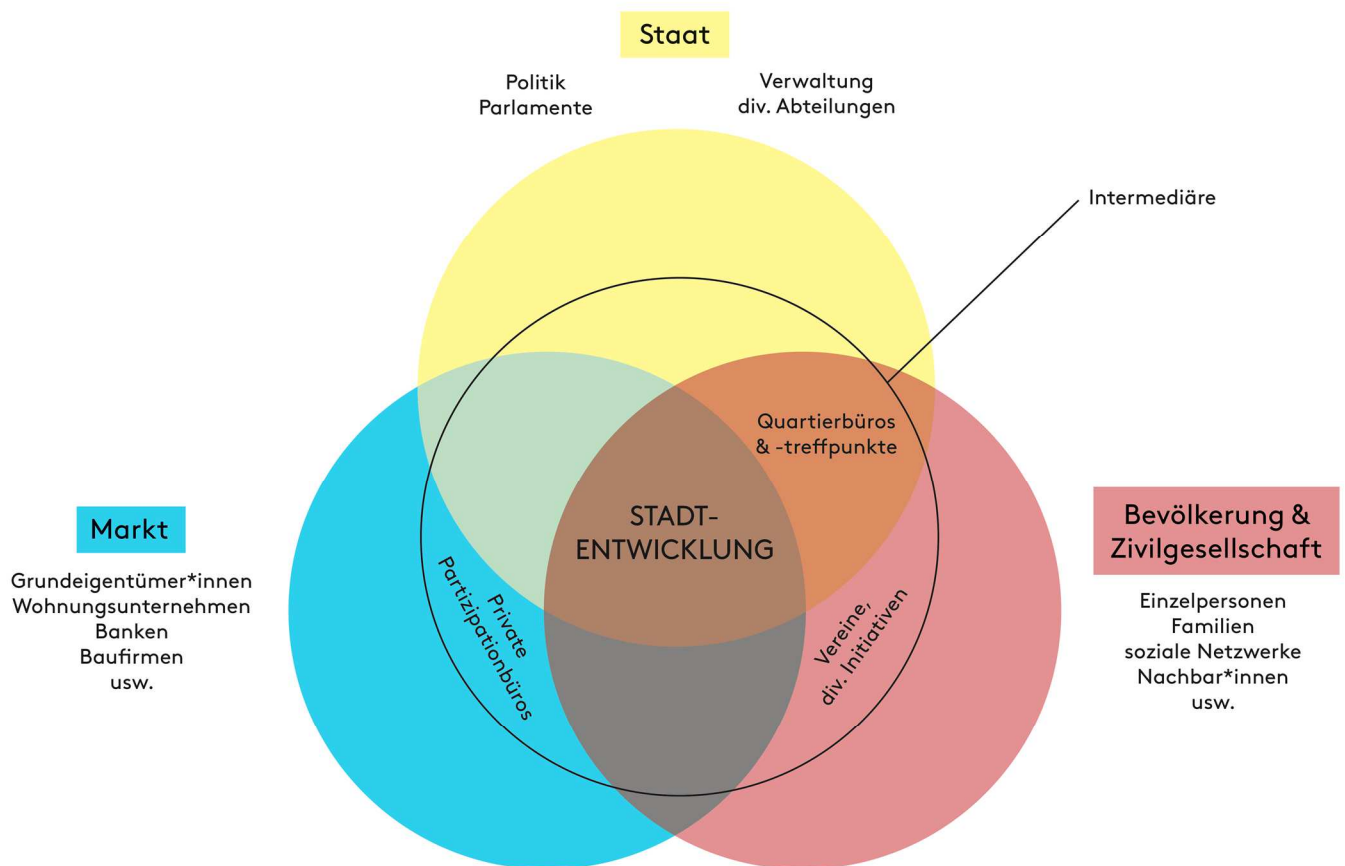


Abbildung 1 Eine Übersicht der Akteur\*innen in der Stadtentwicklung (eigene Darstellung auf der Basis von Selle, 2013, S. 80; Selle, 2010, S. 7-8 )

### 3.3.1 Staat

Öffentliche Akteur\*innen entwickeln die Stadt massgebend mit. Sie bilden ein komplexes Akteur\*innengeflecht und können nicht als eine einzelne Instanz betrachtet werden. Die Politik und die Verwaltung (mit ihren zahlreichen Ressorts) werden häufig zusammengefasst, wobei gerade an dieser Schnittstelle, bei der das administrative Handeln der Verwaltung auf das Handeln und Entscheiden der lokalen Politik trifft, viel Potenzial für Konflikte besteht (Selle, 2017, S. 16).

#### Politik

Selle (2017) weist darauf hin, dass eine isolierte Betrachtung der Rolle von politischen Gremien und politischen Repräsentant\*innen im Kontext von Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprozessen, wenig erforscht ist (S. 16). Von Bedeutung sind die Beziehungen von Akteur\*innen der Politik zu jenen des Marktes, da neben den formalen, auch informelle Kontakte stattfinden (ebd.). Das Verhältnis zwischen Politik und Bevölkerung kann daraufhin untersucht werden, ob es repräsentativ (liberal), partizipativ (partizipatorisch) oder direkt (deliberativ) ist (vgl. Kapitel 2.2). Zudem ist es wichtig, die Schnittstellen zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik in Bezug auf die Prozesse der Meinungsbildung, Abwägung, Planung und Entscheidung zu betrachten, da diese Konfliktpotenzial bergen (Selle, 2017, S. 16).

#### Verwaltung

Die Verwaltung besteht aus verschiedenen Ressorts, welche innerhalb der Stadtplanung und -entwicklung jeweils unterschiedliche Aufgaben und Kompetenzen einnehmen (Selle, 2017, S. 16). Alle grösseren Stadtentwicklungsaufgaben überschreiten Ressortgrenzen weshalb «die Bearbeitung von Querschnittsaufgaben (...) ressortübergreifende Verständigung» voraussetzt (Selle, 2017, S. 16-17). Im Kontext der Stadtentwicklung wird die planungsrechtliche Umsetzung oftmals als Aufgabe der Verwaltung genannt. Diese umfasst mehrere Tätigkeiten. Zum einen besteht ein grosser Teil der Alltagsarbeit von Planenden im öffentlichen Sektor in der «Abstimmung und Vorsteuerung staatlicher und kommunaler Aktivitäten, Programmen und Plänen» (Selle, 2005, S. 17). Planung wird somit als Versuch der Vorstrukturierung des eigenen Handelns gesehen (ebd.).

Das Handeln der Verwaltung findet grundsätzlich in einem rechtlichen Rahmen statt. Die Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 gibt mit Art. 3 Interessensabwägung die Richtlinien zur Interessensabwägung vor, wobei der Spielraum gross ist, wie diese durchzuführen ist (Silvia Tobias, Katharina Dobler & Heike Mayer, 2015, S. 4). Bei der planungsrechtlichen Umsetzung (z.B. Zonenänderung oder Bebauungsplan) ist die Verwaltung jedoch dazu verpflichtet, verschiedene interne Behörden, Fachstellen sowie externe Verbände und gegebenenfalls auch

die lokale Bevölkerung miteinzubeziehen (Selle, 2018, S. 21), damit eine Abwägung der unterschiedlichen Interessen vollzogen werden kann.

Dort wo sich das öffentliche Planen auf Dritte (private Grundeigentümer\*innen oder Investor\*innen) richtet, besteht die Rolle der Verwaltung oft nur darin, die rechtlichen Voraussetzungen für private Investitionen zu schaffen (Selle, 2005, S. 17).

Die Beziehung zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung wird im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung diskutiert. Dabei geht es um die sich verändernde Rolle der Bewohner\*innen von Kund\*innen zu Ko-Produzent\*innen (Heidi Sinning, 2005, S. 579).

### 3.3.2 Markt

Als Bauträger\*innen und/oder Grundeigentümer\*innen sind Marktakteur\*innen massgeblich an der Stadtentwicklung beteiligt. Dabei stehen sie in einem Verhältnis der gegenseitigen Abhängigkeiten mit den staatlichen Akteur\*innen (Selle, 2017, S. 10). Zum einen besteht eine «ökonomische Abhängigkeit zwischen der Ertragskraft der lokalen Wirtschaft und der (finanziellen) Handlungsfähigkeit der Kommune» (Selle, 2017, S. 10). Gesamtstädtische Planung konnte nur dort «gestaltende Kraft (...) entfalten, wo sie der wirtschaftlichen Dynamik vorauseilte ... oder dem ökonomischen Druck nachgab ...», schreibt Franz Pesch (2006) (S. 358, zit. in Selle, 2017, S. 10). Eine weitere Abhängigkeit zeigt sich darin, dass Grundstückseigentümer\*innen nur bauen können, sofern die rechtlichen Voraussetzungen im Bebauungsplan dafür vorliegen (Selle, 2017, S. 10). Der Bebauungsplan wird jedoch erst dann wirksam, wenn die Grundstückseigentümer\*innen innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens bauen wollen (ebd.).

### 3.3.3 Bevölkerung und Zivilgesellschaft

Die Bevölkerung einer Stadt wirkt in verschiedenen Rollen an der Stadtentwicklung mit, gerät jedoch als Akteurin häufig aus dem Blickfeld, obwohl sie auf unterschiedliche Weise Einfluss nimmt (Selle, 2018, S.23). Bereits mit ihren Einstellungen und ihrem Verhalten beeinflussen die Menschen die verschiedenen Märkte einer Stadt, an welchen sie meist als Konsument\*innen aktiv sind (ebd.). Der Wohnungsmarkt bspw. wird beeinflusst von den Wohnpräferenzen in Bezug auf Wohnfläche oder Standort (ebd.). Das Mobilitätsverhalten der Menschen hat wiederum einen Einfluss auf den Verkehr, den damit verbundenen Lärm und die Abgasbelastung (ebd.).

Als politischer Souverän verfügen Bürger\*innen einer Stadt über politische Einflussmöglichkeiten, bspw. mit der Annahme bzw. Ablehnung von Referenden und Initiativen oder der Wahl von Politiker\*innen (Selle, 2018, S. 25).

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten in der Summe aller Einzelaktivitäten prägen im sozialen und kulturellen Bereich das Stadtleben wesentlich mit (Selle, 2018, S. 24). Dazu zählen unter ande-

rem die Mitwirkung in Vereinen und Verbänden, aber auch die Aktivitäten in nachbarschaftlichen Netzwerken oder Kleinprojekten (Selle, 2013, S. 51).

Als Beteiligte an kommunalen Planungsprozessen wird die Bevölkerung schon vielerorts als wichtiger Verfahrensbestandteil gesehen (Selle, 2018, S. 24). Personen aus der Bevölkerung werden jedoch auch aus eigenem Antrieb aktiv und äussern ihre Interessen in Form von Mobilisierungen oder Demonstrationen (ebd.). Sie können Einsprachen erheben oder vor Gericht Klage einreichen, wenn sie mit einem Vorhaben nicht einverstanden sind (ebd.). Dieses Engagement werde von Planungsfachleuten oft als eine nicht konstruktive «Dagegen-Haltung» kritisiert, schreibt Selle (2018, S. 24). Im «Dagegen» stecke jedoch auch ein «Dafür»: Wer sich bspw. gegen die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen einsetzt, setzt sich gleichzeitig für den Erhalt von günstigem Wohnraum ein (Selle, 2018, S. 24-25).

#### 3.3.4 Intermediäre Akteure

Intermediäre Akteur\*innen nehmen in der Stadtentwicklung wichtige Funktionen ein: Sie vermitteln «zwischen der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und den politischen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite» (Otfried Jarren und Patrick Donges 2011, S. 119, zit. in Selle, 2017, S. 15). Sie können auch zwischen der Bevölkerung und der Privatwirtschaft oder dem Staat und der Privatwirtschaft eine Vermittler\*innenposition einnehmen (Selle, 2017, S. 15). Die intermediären Akteur\*innen zeichnen sich durch ständige Kommunikation auf alle Seiten aus (ebd.). In bestehenden und bereits besetzten Feldern sind sie nicht immer willkommen und müssen viele «Reibungsverluste» überwinden sowie Partner\*innen für sich gewinnen (ebd.).

Die Soziokulturelle Animation lässt sich als intermediär agierende Akteurin in der Stadtentwicklung verorten. Auf diese Position wird im Kapitel 4.4 näher eingegangen.



### 3.4 Partizipation in der Stadtentwicklung

Aus der Betrachtung der Akteur\*innen aus Staat, Markt, Bevölkerung und Zivilgesellschaft sowie der Intermediären wird ersichtlich, dass die meisten Aufgaben in der Stadtentwicklung den Einbezug von verschiedenen Akteur\*innen erfordern. Deshalb müssen nach Selle (2018) «zentrale Aufgaben (...) kooperativ bewältigt werden» (S. 21).

Dieses Bewusstsein ist heute vielerorts – mindestens zu einem gewissen Grad – verankert. Die Stadtentwicklung hat sich mit der Zeit verändert hin zu einem umfassenderen Verständnis davon, wer Stadt entwickelt (vgl. Kapitel 3.1). Denn viele Aufgaben überschreiten bereits in der Verwaltung die abgesteckten Ressortgrenzen (Selle, 2018, S. 21). Marktakteur\*innen sind in praktisch allen Prozessen wesentlich, da sie in vielen Fällen jene sind, die letztlich bauen (ebd.). Die Zivilgesellschaft wiederum ist für das städtische Leben unverzichtbar und verlangt verstärkt nach Teilhabe (ebd.). Mittels Einsprachen und Referenden kann sie direkten Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen (Klöti & Drilling, 2014, S. 28).

Partizipation kann als Sammelbegriff für verschiedene Begriffe verstanden werden (vgl. Kapitel 2.1), auf unterschiedlichen demokratischen Verständnissen beruhen (vgl. Kapitel 2.2) und auf verschiedene Motive und Interessen verweisen (vgl. Kapitel 2.3). Es ist also nicht überraschend, dass vielfach Missverständnisse entstehen. Diese finden sich zum einen in der wissenschaftlichen Diskussion zwischen Politikwissenschaftler\*innen und Stadt- und Planungsforscher\*innen sowie zum anderen unweigerlich auch zwischen Vertreter\*innen in der Praxis (Selle, 2013, S. 57). Dies soll hier an einem Beispiel von Selle (2013) verdeutlicht werden: «Die einen hören „Beteiligung“ und verstehen „(Mit-)Entscheiden können“, die anderen aber meinen mit dem gleichen Wort im Wesentlichen nur „Informieren und um Zustimmung werben“» (S. 57). Umso wichtiger erscheint es, genau zu klären, um was es geht, wenn z.B. von Beteiligung oder Mitwirkung gesprochen wird.

Selle (2013) unterscheidet zwischen einem engeren und einem weiteren Teilhabe-Begriff (siehe Abbildung 2): Unter der engeren Teilhabe versteht er die Beteiligung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen von öffentlichen Akteur\*innen (S. 60). In den meisten Beteiligungsverfahren geht es um die Beteiligung der Bevölkerung an den Meinungsbildungsprozessen und nur selten um jene an den Entscheidungsprozessen (S. 59-60). Die weitere Teilhabe umfasst sämtliche Aktivitäten der Bevölkerung an Stadtentwicklungsprozessen (S. 60). Die Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse sind jedoch nicht voneinander getrennt: «Vielmehr ist das eine (Beteiligung) Teilmenge des anderen (Mitwirkung an der Stadtentwicklung)» (Selle, 2013, S. 61).

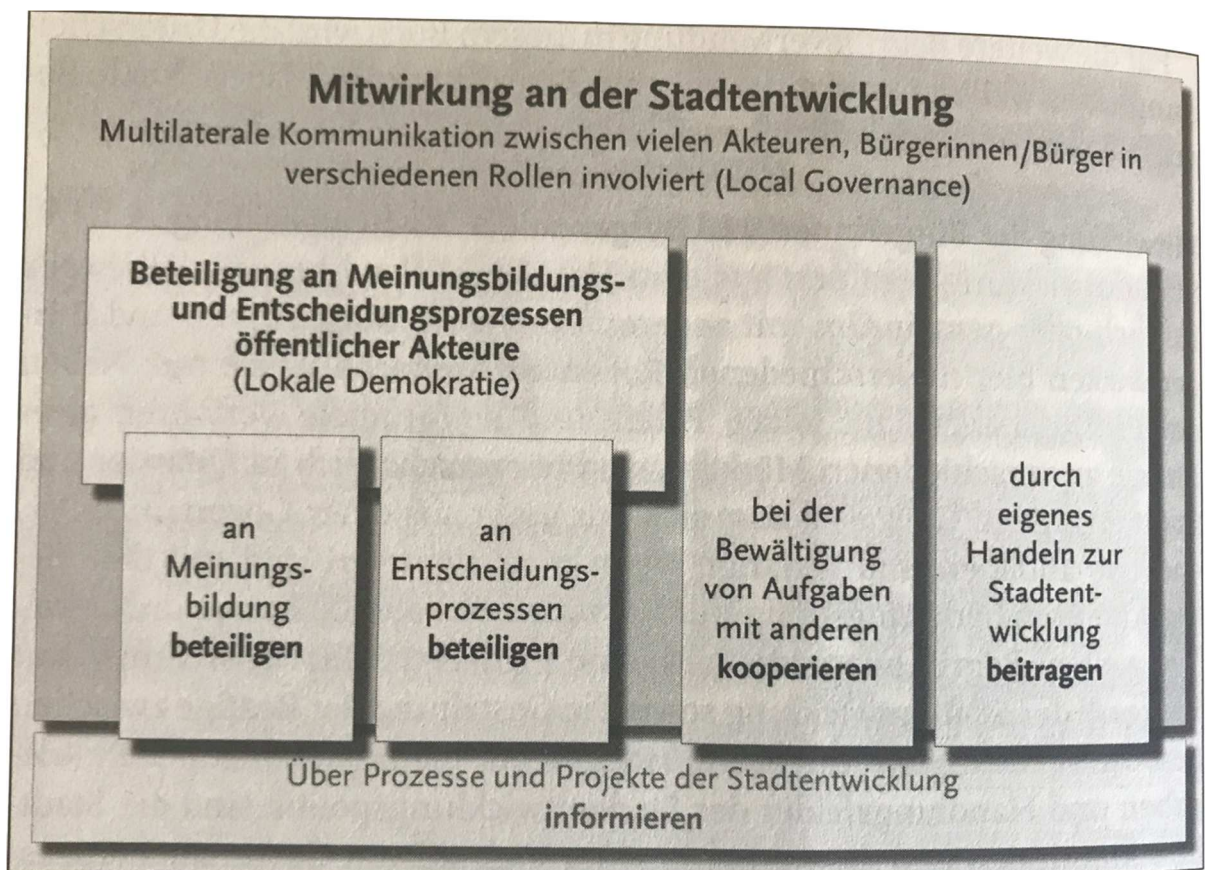


Abbildung 2 Mitwirkung an der Stadtentwicklung (Quelle: Selle, 2013, S. 60)

Die Unterscheidung zwischen engerer und weiterer Teilhabe betrachten die Autoren als wichtig, weil sie aufzeigt, wie unterschiedlich Partizipation in der Stadtentwicklung verstanden werden kann. Zudem hat diese Unterscheidung einen erheblichen Einfluss darauf, in welcher Rolle sich die Bevölkerung und Zivilgesellschaft in Bezug auf die Machtbeziehung befindet – wird sie bspw. an einem Meinungsbildungsprozess beteiligt oder kooperiert sie partnerschaftlich bei der Lösung/Bestimmung eines Problems? (hierzu vgl. auch Tabelle 1)

Zudem bildet diese Unterscheidung in Bezug auf die Verordnung zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung nach Paragraph 55 im Kanton Basel-Stadt und auf den Beteiligungsprozess im Projekt klybeckplus einen geeigneten Ausgangspunkt für eine theoretische Einordnung der Partizipationsverständnisse der unterschiedlichen Akteur\*innen (siehe Kapitel 8.1.1).

### 3.5 Kritische Auseinandersetzung mit Governance in der Stadtentwicklung

Da die Macht zwischen den Akteur\*innen der Stadtentwicklung ungleich verteilt ist und die Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse selektiv sind, ist Selle (2018) der Ansicht, dass Governance auch eine normative Seite braucht (S. 35).

Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten an Einfluss und Steuerungskompetenz eingebüsst (vgl. Kapitel 3.1) beziehungsweise diese teils an private Institutionen übertragen (Stefan Werner, 2012, S. 74). Dadurch haben sich jedoch auch die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf grundlegende Stadtentwicklungsfragen verringert (Klöti, 2016, S. 54). Damit wird eine Position sichtbar, welche auch von anderen Autor\*innen geteilt wird: Die Entwicklung von Government zu Governance muss auch kritisch betrachtet werden. Hubert Heinelt (2004) fragt, ob «nicht gesellschaftliche Interaktion stärker politisch, d.h. absichtsvoll (intentional) in gesellschaftlich verbindlicher Form koordiniert werden und eine Handlungskoordination durch den Marktmechanismus oder anderweitig entstehender sozialer Macht-/Gewaltverhältnisse zurückdrängt werden [sollten]?» (S. 41). Heinelt (2004) schlägt vor, vermehrt auf die partizipative Governance zu setzen (S. 41). Um Governance-Prozesse demokratisch zu gestalten, sieht er die Erweiterung von Teilhaberechten durch den Staat als wichtig an, «da diese nicht ohne eine politische Zwangsgewalt zu setzen und zu sichern sind.» (Heinelt, 2004, S. 41). Damit wird die Bedeutung von staatlicher Steuerung auf der lokalen Ebene erkennbar (ebd.).

Aus Governance-Perspektive ist Macht nicht einfach gegeben, sondern kann durch das Zusammenwirken von verschiedenen Akteur\*innen entstehen – mittels gelingender Kooperation kann Gestaltungsmacht wachsen (Selle, 2018, S. 33-34). Hartmut Häussermann, Dieter Läßle und Walter Siebel (2008) drücken dies wie folgt aus:

«Macht ist nicht mehr einfach vorhanden, und es kommt nicht mehr lediglich darauf an, wer sie ergreift und in wessen Interesse ausübt – Macht im Sinne von Handlungsfähigkeit muss hergestellt werden. Man fragt [...] wie Macht in sozialen Prozessen erzeugt wird; nicht, wer regiert, sondern: Wie kann man überhaupt etwas erreichen? [...] Bei der Beschreibung und Bewertung von Governance ist es daher zentral, danach zu fragen, wer dazu gehört bzw. ausgeschlossen wird.» (Häussermann, Läßle & Siebel, 2008, S. 349, zit. in Selle, 2017, S. 26)

### 3.5.1 Selektivität

Ein debattiertes Thema in der Literatur ist die Selektivität von Partizipationsprozessen. Für Klöti (2016) stellt die selektive Beteiligung eines der Hauptdefizite von Partizipationsprozessen dar: Ob Personen an partizipativen Verfahren teilnehmen können, ist von ihren individuellen Ressourcen abhängig (S. 55). Dadurch sind es häufig sozioökonomisch besser gestellte Bevölkerungsgruppen beziehungsweise Milieus, welche Partizipationsangebote wahrnehmen (ebd.). In den Partizipationsprozessen werden wiederum selektive Interessen ausgehandelt und diskutiert (ebd.). Selbst wenn Partizipationsangebote niederschwellig und breit aufgelegt sind, nehmen meistens nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung die Angebote wahr (ebd.). Klöti (2016) thematisiert ausserdem die Kritik, dass die Selektivität gepaart mit einer zunehmenden Informalisierung politischer Prozesse und Intransparenz in Bezug auf Verantwortlichkeiten, was mit der steigenden Anzahl Akteur\*innen unter Governance-Bedingungen zu tun hat, zu neuen Machtungleichheiten führt (S. 62).

Die Bevölkerung ist vielfältig und unterscheidet sich in Bezug auf Ressourcen, Kompetenzen und Erfahrungswerte (Selle, 2013, S. 62). Die Kommunikation, welche von Partizipationsprozessen ausgeht, kann deshalb die Bevölkerung nicht als einen homogenen Block ansehen (ebd.). Das erfordert letztlich, dass mit vielschichtigen Kommunikationsangeboten und differenzierten Beteiligungsformaten auf die verschiedenen Akteur\*innengruppen einer Bevölkerung beziehungsweise «multiple Öffentlichkeiten» zugegangen wird (Selle, 2013, S. 63). Die vielfältigen Meinungen, Interessen und Ansprüche müssen sichtbar gemacht und wieder zusammengefügt werden (ebd.).

### 3.5.2 Partizipative Governance

Die partizipative Governance betrachtet Governance normativ aus einer partizipatorisch-demokratiethoretischen Perspektive (Walk, 2008, S. 29). Sie strebt die Demokratisierung an und weist einige Anknüpfungspunkte an die Soziokulturelle Animation auf, weshalb sie für die vorliegende Arbeit von Relevanz ist.

Wenn der Partizipation in einer Governance-Analyse stärker Rechnung getragen werden soll, dann rückt nach Walk (2011) die einzelne Person ins Zentrum, «also die Entwicklung von Eigenkompetenz und Fähigkeiten zur politischen Diskussion und Partizipation» (S. 65). Demokratische Kompetenzen sind wichtig, um sich beteiligen zu können (ebd.). Insofern wird mit der Förderung von Lernprozessen und konstruktiver Konfliktaustragung eine Demokratisierung angestrebt (S. 66). Lernprozesse und Kompetenzerweiterung werden im Sinne von «Wissen ist und bildet Macht» als Empowerment verstanden (Walk, 2011, S. 66). Der Mensch als Individuum soll dazu befähigt werden, seine Stärken zu entdecken und sich aus der Macht- und Hilflo-

sigkeit zu befreien (ebd.). Durch Entscheidungsprozesse und Aktionen in Gruppen können die Einzelnen ihre Handlungsfähigkeiten ausbauen und zugleich Stärken erfahren (Walk, 2011, S. 66). Aus Empowerment können so auch Anregungen für politische Reformen oder Organisationsentwicklungen hervorgehen und strukturelle Rahmenbedingungen längerfristig verändert werden (ebd.), beispielsweise über eine rechtliche Fixierung von Teilhaberechten durch den Staat (Heinlet, 2004, S. 42).

Nach Selle (2018) gehört der «Ausgleich von Asymmetrien und das Eröffnen von Mitgestaltungsmöglichkeiten, auch für die, die gemeinhin wenig Einfluss haben, (...) zu den Aufgaben derjenigen, die sich um Anstiftung von Kooperationen und Koproduktionen bemühen» (S. 35). Dazu zählen auch die Professionellen der Soziokulturellen Animation.

## 4. Soziokulturelle Animation

Im folgenden Kapitel wird die Soziokulturelle Animation (SKA) vorgestellt. Zunächst werden die Prinzipien der SKA eingeführt und anschliessend ihre Funktionen verdeutlicht. Danach gehen die Autoren den Interventionspositionen der SKA auf den Grund, wobei insbesondere die Intermediäre Position hervorgehoben werden soll. Weiter wird die SKA im spezifischen Feld der Stadtentwicklung verortet.

### 4.1 Prinzipien der Soziokulturellen Animation

Marcel Spierts (1998) legt vier Determinanten fest, nach denen in allen Tätigkeitsfeldern der soziokulturellen Arbeit gehandelt werden sollte: Soziokulturelle Angebote sollen «nahe am Lebensumfeld und an der Lebenswelt der Menschen stattfinden», sie sollen «informellen Charakter und möglichst wenig Hindernisse und Blockaden aufweisen», «flexibel und bedürfnisorientiert sein» und schliesslich «an Kultur und Gewohnheiten der Zielgruppen anknüpfen» (S. 187, zit. in Gabi Hangartner, 2013, S. 288). Zusätzlich, schreibt Hangartner (2013), seien die Prinzipien der Niederschwelligkeit und der Nachhaltigkeit für die SKA von Bedeutung (S. 289).

### 4.2 Funktionen der Soziokulturellen Animation

Die verschiedenen Funktionen, welche die SKA mit ihrer Arbeit in der Gesellschaft übernimmt, werden von Hangartner (2013) zusammengefasst (S. 288). Sie merkt an, dass sich diese je nach der Ausrichtung des Arbeitsorts oder der auftraggebenden Institution und in der Zusammenarbeit mit Personen aus anderen Berufsfeldern, überschneiden oder ergänzen können (S. 286).

#### 4.2.1 Vernetzungs- und Kooperationsfunktion

Mit der Vernetzungs- und Kooperationsfunktion wird durch Anregung, Förderung, Unterstützung und Begleitung der Aufbau von kulturellen und sozialen Netzwerken verfolgt (Hangartner, 2013, S. 288). Auf kooperative Weise werden unterschiedliche Akteur\*innen aktiviert und miteinbezogen, die es für eine gute Zusammenarbeit braucht (ebd.).

#### 4.2.2 Partizipative Funktion

Bereits bestehende Formen der gesellschaftlichen und kulturellen Beteiligung werden mit der partizipativen Funktion aktiviert oder in Abstimmung auf die Zielgruppe weiterentwickelt (Hangartner, 2013, S. 288).

#### 4.2.3 Präventive Funktion

Durch die präventive Funktion kann die SKA gesellschaftliche Probleme früh erkennen (Hangartner, 2013, S. 288). Diese werden thematisiert und kommuniziert, damit gegebenenfalls zu einem frühen Zeitpunkt gehandelt werden kann (ebd.).

#### 4.2.4 Integrative Funktion

Mit der integrativen Funktion wird Kommunikation zwischen Individuen und Gruppen unterschiedlicher sozialer und kultureller, religiöser oder ethnischer Ausrichtungen initiiert, ermöglicht oder stimuliert (Hangartner, 2013, S. 288). Die Kernaufgabe dieser Funktion liegt in der Beziehungsarbeit, um einen Austausch zwischen deren Lebenswelten und dem System sicherzustellen (ebd.).

### 4.3 Interventionspositionen

Emanuel Müller (in Heinz Moser, Emanuel Müller, Heinz Wettstein & Alex Willener, 1999) entwickelte auf der Grundlage von verschiedenen Konzepten aus den Niederlanden und Frankreich ein Handlungsmodell, welches vier Interventionspositionen für die SKA umfasst (S. 122, zit. in Hangartner, 2013, S. 297). Namentlich sind das die Animationsposition, die Organisationsposition, die Konzeptposition sowie die Vermittlungsposition (siehe Abbildung 3).

Hangartner (2013) entwickelte dieses Handlungsmodell weiter, unterstreicht jedoch, dass es als Orientierung zu verstehen ist (S. 298). Die Interventionsposition, welche Professionelle der SKA im Handlungsfeld einnehmen können, ist u.a. abhängig von der jeweiligen Situation und den Beteiligten, aber auch von ihrer Haltung und Funktion. (ebd.)

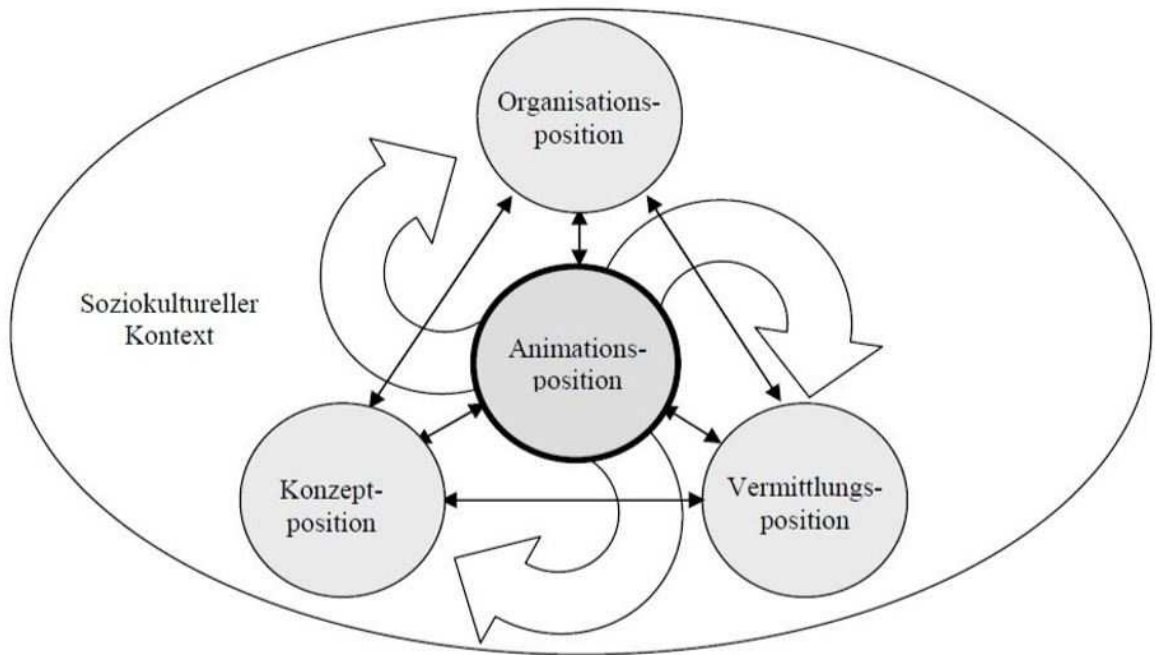


Abbildung 3 Handlungsmodell (Quelle: Moser et al., 1999, S. 122, angepasst von Hangartner, 2013, S. 298)

Alle vier Positionen müssen immer in Verbindung und in Rückkoppelung mit den anderen betrachtet werden (Hangartner, 2013, S. 298). In jeder kommen jedoch eigene Aufgaben, Ziele, Aktivitäten und Methoden zum Tragen (ebd.). Die Animationsposition ist als Kernposition zu verstehen: Sie ist umringt von den anderen Positionen, da sie immer im Zusammenspiel mit einer anderen zum Einsatz kommt (ebd.).

#### 4.3.1 Animationsposition

Nehmen sie eine Animationsposition ein, geht es für die Professionellen der SKA darum, Individuen und Gruppen in ihrer jeweiligen Lebenswelt zu erreichen und diese zu aktivieren «sich an Aktivitäten, Projekten und laufenden Prozessen zu beteiligen» (Hangartner, 2013, S. 304). Offene Situationen und Handlungsfelder sollen dahingehend strukturiert werden, dass niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten entstehen (ebd.).

#### 4.3.2 Organisationsposition

In der Organisationsposition werden von Soziokulturellen Animator\*innen in Zusammenarbeit mit ihren Zielgruppen Aktivitäten, Projekte und Prozesse geplant, umgesetzt und ausgewertet (Hangartner, 2013, S. 304). Als übergeordnetes Ziel dieser Position soll ein möglichst hoher Grad an Selbstorganisation der Adressat\*innen erreicht werden (ebd.).



#### 4.3.3 Konzeptposition

Konzepte stellen generell einen Zusammenhang her zwischen der Analyse einer Situation und dem Kontext, der sie umgibt (Hangartner, 2013, S. 310). In der Konzeptposition werden daraus Ziele entworfen und begründete Vorschläge gemacht, wie diese zu erreichen wären (ebd.). Für die SKA geht es darum, mögliche Zielgruppen und ihre Bedürfnisse zu erkunden (ebd.). Es wird nach möglichen «Handlungsfeldern und offenen Situationen» gesucht (Hangartner, 2013, S. 310). Die daraus resultierenden Ergebnisse werden mit Theorien und ausgewerteten, reflektierten Erfahrungen in Verbindung gebracht (ebd.). Dies ermöglicht das Erstellen von Konzepten.

#### 4.3.4 Vermittlungsposition

In der Vermittlungsposition nimmt die SKA auf verschiedenen Ebenen kommunikative Aufgaben wahr (siehe Abbildung 4). Sie erkennt und thematisiert problematische Entwicklungen und übersetzt zwischen verschiedenen Lebenswelten und Systemen (Hangartner, 2013, S. 317). Sie setzt sich für einen Interessenausgleich ein, wenn in ihrem Tätigkeitsfeld verschiedene Interessen aufeinandertreffen und hilft in einer allparteilichen oder parteilichen Rolle (vgl. Kapitel 4.5) Konflikte zu lösen (S. 318 – 319).

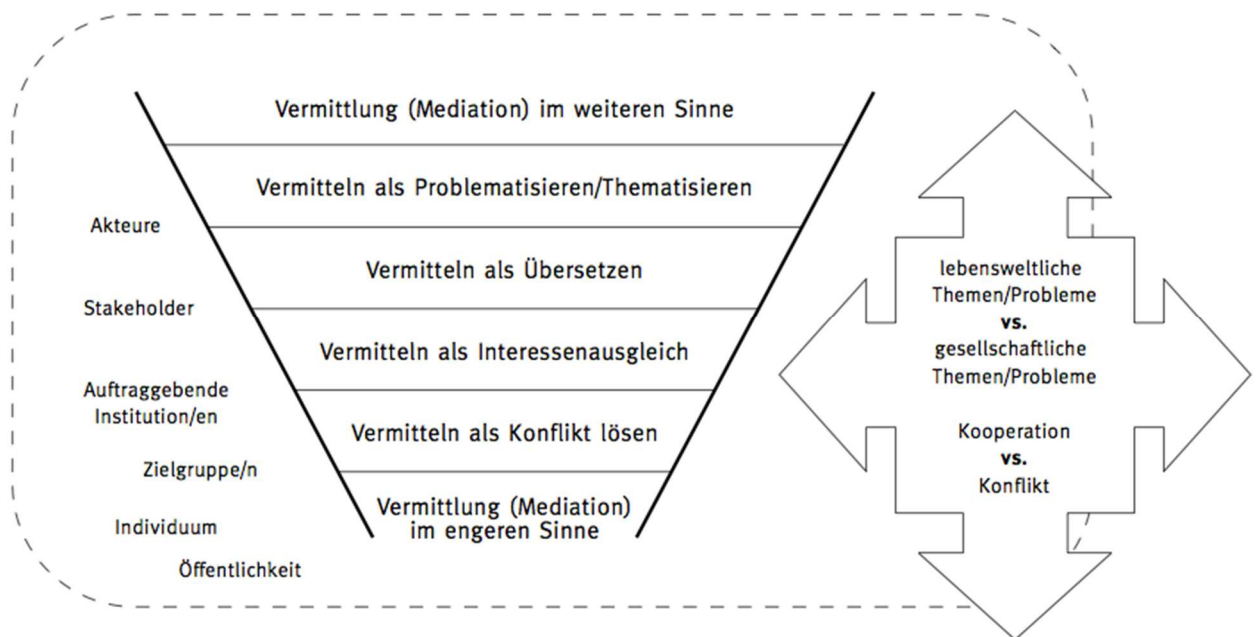


Abbildung 4 Vermittlung im weiteren und im engeren Sinne (Quelle: Müller, in Moser et al., 1999, S. 150, angepasst durch Hangartner, 2013, S. 317)

#### 4.4 Intermediäre Position

Die Handlungen der SKA finden vielfach aus einer Zwischenposition heraus statt. Nach Spierts (1998) ist für die intermediäre Position der SKA die Vermittlung zwischen System und Lebenswelt als zentrale Aufgabe zu betrachten: «Soziokulturelle Arbeit vermittelt nicht bloss zwischen System und Lebenswelt, zum Beispiel zwischen Bürger und Behörde oder zwischen Individuum und Markt, sondern sie setzt gleichzeitig Massstäbe: Kommunikative im Systemkontext sowie ökonomisch-verwaltungsrationelle im Lebensweltkontext» (S. 89, zit. in Hangartner, 2013, S. 274). Soziokulturell Arbeitende sind vielfach vom Staat angestellt und damit staatlichen Stellen zu Rechenschaft verpflichtet (Annette Hug, 2013, S. 210). Gleichzeitig arbeiten sie für die «Emanzipation und Entfaltung» von Menschen, deren Verhältnis zum Staat prekär ist (Spierts, 1998, S. 253, zit. in Hug, 2013, S. 210-211). Spierts (1998) folgert, dass diese «doppelte Orientierung» für die SKA immer mitzudenken sei (S. 253, zit. in Hug, 2013, S. 211). Auch die Verortung der SKA in der Stadtentwicklung spiegelt diese doppelte Orientierung in verschiedener Hinsicht wieder.

#### 4.5 Soziokulturelle Animation in der Stadtentwicklung

Nach den vorangegangenen Ausführungen zur Profession der SKA wird nun eine Verortung ebendieser im Feld der Stadtentwicklung vorgenommen. Zur Positionsbestimmung der Sozialen Arbeit und somit auch der SKA in Stadtentwicklungsprozessen lassen sich nach Caroline Fritsche und Annegret Wigger (2016) die fachlichen Haltungen der Parteilichkeit beziehungsweise der Allparteilichkeit nutzen (S. 74). Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, welche dieser fachlichen Haltungen von den Soziokulturellen Animator\*innen eingenommen wird.

Die allparteiliche Haltung geht davon aus, dass eine tragfähige Lösung mit unterschiedlichen Interessengruppen ausgearbeitet werden kann, sofern das Verhandlungssetting faire Durchsetzungschancen aller Involvierten zulässt (Fritsche & Wigger, 2016, S. 74). Vertreter\*innen der SKA nehmen dabei eher eine moderierende Rolle zur Verständigungsförderung ein (ebd.). Wenn es darum geht, allparteilich zwischen verschiedenen Akteur\*innen Kommunikation zu ermöglichen sowie eine faire Austragung von Konflikten und Interessensaushandlungsprozessen zu gewährleisten, lässt sich die SKA, nach Ansicht der Autoren, stärker in der deliberativen Demokratietheorie (vgl. Kapitel 2.2.3) verorten. Dementsprechend stehen in diesem Fall auch eher demokratische Funktionen von Partizipation im Vordergrund (vgl. Kapitel 2.3).

Mit dem Ansatz der Parteilichkeit positionieren sich die Soziokulturelle Animator\*innen klar für Gesellschaftsgruppen, welche über geringere strukturelle Durchsetzungschancen in Aushandlungsprozessen verfügen (Fritsche und Wigger, 2016, S. 75). Wenn eine parteiliche Haltung eingenommen wird, dann lässt sich die SKA folglich eher der partizipatorischen Demokra-

tietheorie zuordnen und die emanzipatorischen Funktionen von Partizipation stehen im Vordergrund (vgl. Kapitel 2.2.2 und 2.3). Meist übernimmt die SKA jedoch eine Expert\*innenfunktion, welche ihr von der auftraggebenden Instanz (in der Regel der Staat) zugewiesen wurde (Fritsche & Wigger, 2016, S. 75). Diese beinhaltet oft den Anspruch, die Bedürfnisse und Interessen der Adressat\*innen einschätzen und für Planungsprozesse fruchtbar zu machen (ebd.). Diese Funktion unterscheidet sich von der parteilichen Haltung, da nach dem Parteilichkeitsprinzip für eine Interessenvertretung ein Mandat der Adressant\*innen erteilt werden müsste (ebd.), womit die doppelte Orientierung wieder zum Vorschein kommt. Vor diesem Hintergrund stellt sich in Bezug auf die Partizipation in der Stadtentwicklung die Frage, ob die SKA mit Partizipation das Ziel der Machterhaltung oder der Machtumverteilung verfolgt (siehe Tabelle 5). Dies ist nach Klöti (2016) deshalb wichtig zu klären, weil es einen Einfluss auf die Bewertung von partizipativen Prozessen hat (S. 67). Ihrer Ansicht nach wird in der Governance-Perspektive mit Partizipation die Machterhaltung in einem deliberativen Sinne angestrebt (ebd.). Bei der machterhaltenden Partizipation liegt der Fokus auf dem Prozess der Etablierung eines Konsenses zwischen verschiedenen Akteur\*innen und somit auf der Verfahrensgerechtigkeit (S. 67-68). Wohingegen bei Partizipationsansätzen mit dem Ziel der Machtumverteilung stärker das Ergebnis in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum steht und somit die Frage, ob die Interessen der Nicht-Mächtigen im Prozess berücksichtigt werden (S. 68).

Machterhalt		Machtumverteilung
Stabilisierung der gesellschaftlichen Teilsysteme und des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts	Makroebene	Destabilisierung der gesellschaftlichen Teilsysteme und Aufdecken von gesellschaftlichen Widersprüchen und Konfliktlinien
Legitimation der bestehenden Kompetenzansprüche der einzelnen Institutionen/Akteure	Mesoebene	Infragestellung der bestehenden Kompetenzansprüche einzelner Institutionen und Neuordnung der Machtverhältnisse
Etablierung eines Konsenses bzgl. der Lösung des Planungsproblems und eines gemeinsamen Verständnisses für zukünftige Planungsfragen	Mikroebene	Artikulation gegensätzlicher Interessenlagen und Konfliktaustragung

Tabelle 5 Partizipation zwischen Machterhalt und Machtumverteilung (Quelle: Klöti, 2016, S. 67)

Für die Autoren stellen sowohl die parteiliche und allparteiliche Haltung sowie die machterhaltende und umverteilende Partizipation im Tätigkeitsfeld der Stadtentwicklung wichtige Bezugspunkte für die SKA dar. Mit der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das Hauptziel der SKA jedoch klar der machterhaltenden Partizipation zuzuschreiben.

Entlang ihrer zuvor beschriebenen Funktionen und Interventionspositionen kann die SKA als Netzwerkerin und Vermittlerin verschiedene Aufgaben wahrnehmen. Aufgrund der Intermediarität ihrer Rolle vermittelt sie innerhalb verschiedener Sphären (Lebenswelt und System oder Staat, Markt und Bevölkerung) zwischen Akteur\*innen in der Stadtentwicklung. Oliver Fehren (2016) umschreibt die Intermediären als amphibische Wesen, welche sowohl in der lebensweltlichen Sphäre als auch in der institutionell geprägten Welt (System) lebens- und kommunikationsfähig sind (S. 60).

Die Autoren sind der Meinung, dass je näher sich die SKA an den Sphären Staat und Markt befindet, eine allparteiliche und auf Konsens gerichtete Entscheidungsfindung sinnvoll erscheint, da sich die SKA dadurch gegenüber Vertreter\*innen anderer Disziplinen positionieren kann.

Grundsätzlich sind die Autoren der Ansicht, dass der SKA immer eine reflektierte parteiliche Haltung innewohnen sollte und sie auch partizipative Prozesse in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit überprüft. Damit kann sie Ideale anderer Disziplinen hinterfragen und diese zur Reflexion anregen. Die Balance zwischen einer parteilichen und einer vermittelnden allparteilichen Position stellt jedoch eine Gratwanderung dar (Hangartner, 2013, S. 320).

Mit der folgenden Abbildung nach Fehren (2016) lassen sich die verschiedenen Positionen der SKA in der Stadtentwicklung aufzeigen (S. 59).

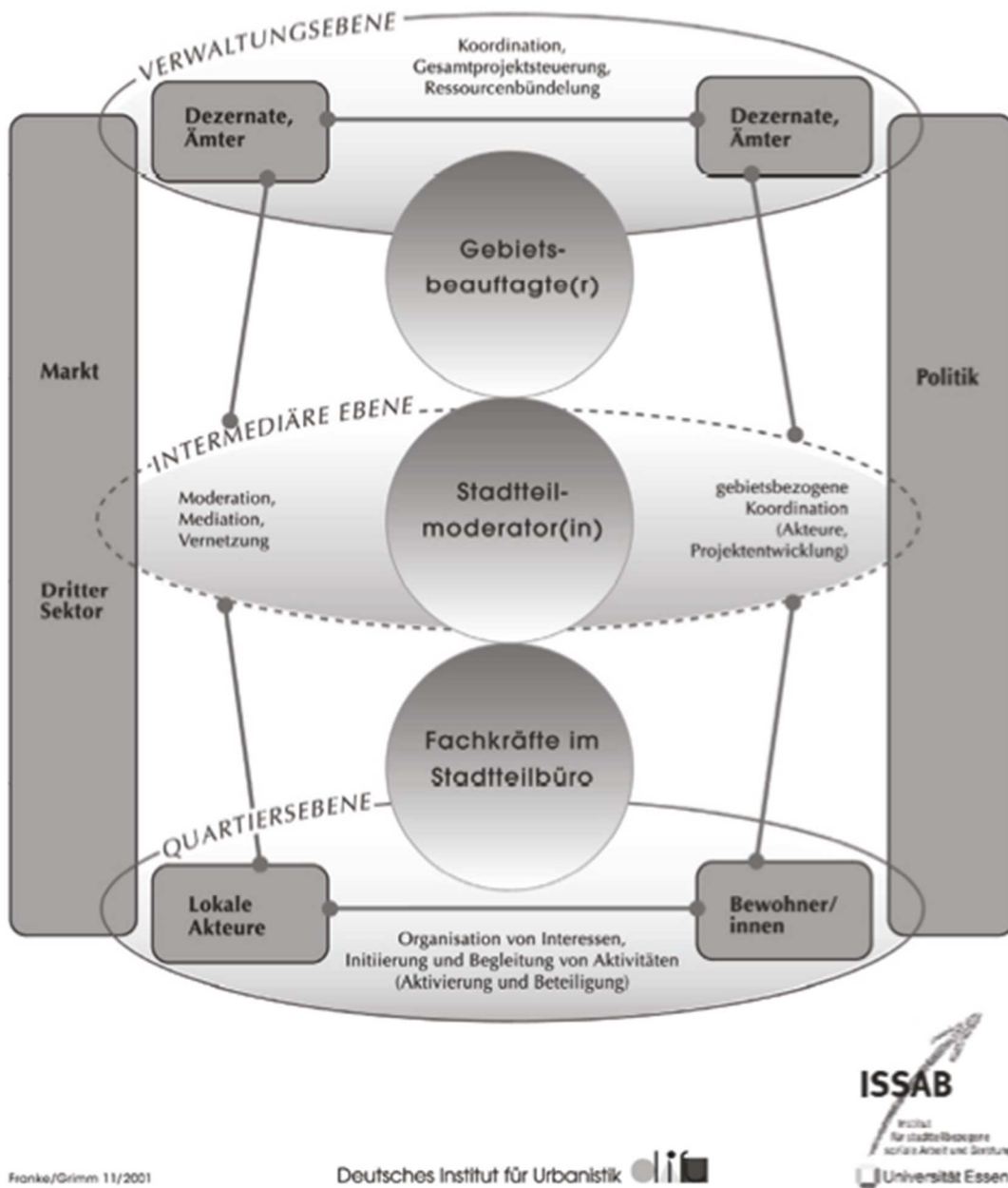


Abbildung 5 Quartiermanagement. Aufgabenbereiche und Organisation (Quelle: Fehren, 2016, S. 59)

## 5. Forschungsgegenstand

In diesem Kapitel möchten die Autoren einen Überblick über den Forschungsgegenstand geben. Dazu wird in Kapitel 5.1. die Entwicklung des Klybeckareals seit den 1870er-Jahren beschrieben. Im Kapitel 5.2 wird das Projekt klybeckplus in seiner jetzigen Form umrissen. Eine Übersicht über die unterschiedlichen Anspruchsgruppen des Projekts klybeckplus findet sich in Kapitel 5.3. Das Kapitel 5.4 befasst sich mit den rechtlichen Grundlagen für die Beteiligung im Projekt klybeckplus und im Kapitel 5.5 wird das Beteiligungsverfahren im Projekt klybeckplus beschrieben.

### 5.1 Eine historische Annäherung an das Klybeckareal

Das Klybeckareal liegt im gleichnamigen Klybeckquartier im Norden von Basel-Stadt. Die Fläche des heutigen Klybeckquartiers diente bis in die 1870er-Jahre grösstenteils als Weidefläche.



Abbildung 6 Foto der Fläche des heutigen Klybeckquartiers 1894 (Quelle: klybeckplus Geschichte, ohne Datum)

Das Klybeckquartier grenzt im Westen an den Rhein und wird von Norden bis Osten durch die Wiese (Fluss) begrenzt. Dieser Standort war für die Niederlassung der Färberei ausschlaggebend (Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, ohne Datum). Aufgrund der Nähe zur Hafenen-

anlage am Rhein und dem weichen Wasser der Wiese, welches sich gut für die Färberei eignete, war das Klybeckquartier für diese Branche attraktiv (ebd.). Aus der Färberei hat sich wiederum die für die Stadt Basel prägende chemische Industrie entwickelt (ebd.).



Abbildung 7 Foto des Areals der Chemischen Industrie Basel (CIBA) 1929 (Quelle: klybeckplus Geschichte, ohne Datum)

Wie auf den Abbildungen 6 und 7 ersichtlich wird, hat sich das Areal und infolgedessen auch das Klybeckquartier binnen fünfunddreissig Jahren stark verändert.

Die Chemische Industrie Basel (Ciba) prägte fortan das Klybeckareal und das Quartier. In der Folge entwickelte sich das Klybeckquartier zu einem klassischen Arbeiter\*innenquartier. Im Jahre 1996 fusionierte die Ciba mit der Firma Sandoz zur heutigen Novartis, welche bis in die Gegenwart zu den Grundeigentümer\*innen des Klybeckareals zählt (Vasella, 1996, S. 11). Bereits 1997 wurde von Novartis die Chemiesparte aus der Firma ausgegliedert, woraus die Ciba Spezialitätenchemie entstand, welche in einigen Gebäuden auf dem Klybeckareal weiter tätig war (Hoffmann, 1997, S. 55). In den Jahren 2000 und 2006 verkaufte die Ciba Spezialitätenchemie Teilbereiche an die Firma Huntsman und wurde 2008 schliesslich von der Badischen Anilin und Soda Fabrik Aktiengesellschaft (BASF) übernommen (Möckli, 2008, S. 145). 2013 gab die BASF bekannt, dass sie sich aus dem Klybeckareal zurückziehen werde und ihr Grundeigentum veräussern möchte (Kanton Basel-Stadt, 2016a, S. 3).

## 5.2 Das klybeckplus Areal heute

Seit der Bekanntgabe von BASF im Jahr 2013 haben sich die Nutzungen grundlegend verändert. Das ehemalige Werkareal wird kaum mehr für die industrielle Produktion benötigt und auch in den Labor- und Bürogebäuden bestehen Leerstände. Dies führte im Mai 2016 zu einem Zusammenschluss der beiden Grundeigentümer\*innen BASF und Novartis mit dem Kanton Basel-Stadt. Mit einer gemeinsamen Planungsvereinbarung wurde die Partnerschaft formalisiert und das Projekt klybeckplus aufgelegt.

Damit kann das Areal des Projekts klybeckplus mit einer Gesamtfläche von rund 300'000m<sup>2</sup> (Werkareal von ca. 285'000m<sup>2</sup> sowie angrenzende Grünflächen, Freiräume und Strassen von ca. 15'000m<sup>2</sup>) als Gesamtprojekt betrachtet werden (klybeckplus Ausgangslage, ohne Datum).



Abbildung 8 Das Areal des Projekts klybeckplus (Quelle: klybeckplus Pressefotos, 2016)

Das Areal des Projekts klybeckplus (siehe Abbildung 8) umfasst rund ein Drittel der Gesamtfläche des Klybeckquartiers und hat somit eine beachtliche Grösse. Auf dem Bild wird ausserdem ersichtlich, dass das ehemalige Industrieareal einen Riegel zu den südlich gelegenen Quartieren Matthäus, Hirzbrunnen und Rosental bildet. Zudem führt der Riegel zur Trennung des Klybeckquartiers in zwei Teile. Nur der Teil nördlich des Areals des Projekts klybeckplus wird von seinen Bewohner\*innen als Klybeck bezeichnet, derjenige nahe der Grünfläche Horburgpark hingegen oft als Horburg.



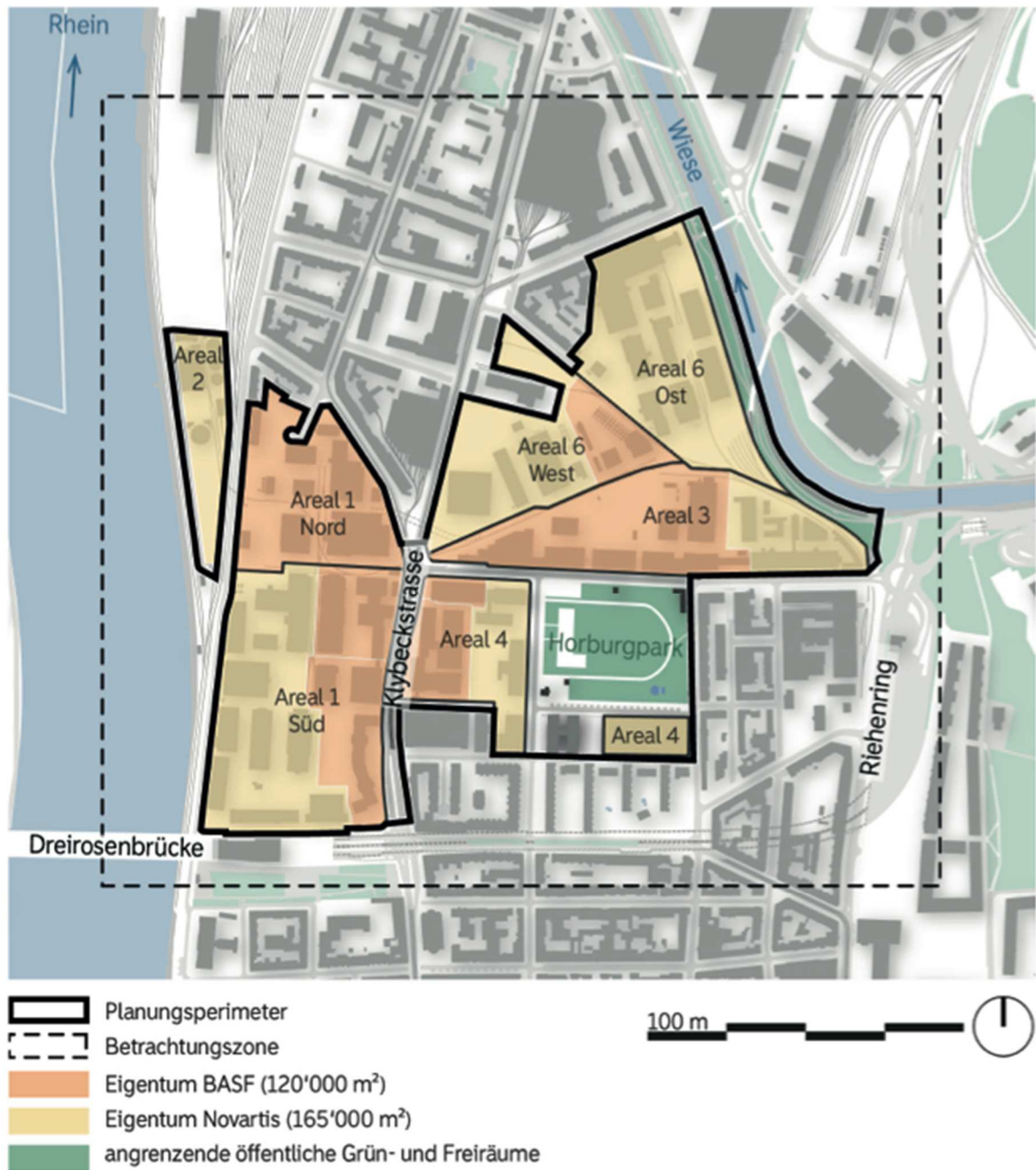


Abbildung 9 Perimeter klybeckplus (Quelle: klybeckplus, 2018, S. 17)

In der Abbildung 9 werden die Besitzverhältnisse der Arealanteile von Novartis und BASF ersichtlich. Der Kanton besitzt mit rund 15 000m<sup>2</sup> (Strassen, Horburgpark und Parkhaus) deutlich weniger Fläche als die beiden Grundeigentümer\*innen. Im Hinblick auf die Finanzierung der Testplanung und des Beteiligungsverfahrens ist dies insofern interessant, da sich der Kanton, wie auch die Grundeigentümer\*innen, mit 300'000 CHF beteiligt haben (Kanton Basel-Stadt, 2016a, S. 10).

Der Kanton Basel-Stadt ist in seinen Flächenressourcen stark begrenzt. Deswegen sind brachliegende Areale sehr interessant für Spekulationen und Investitionen. Zudem ist der Kanton

durch sein Bevölkerungswachstum auf neuen Wohnraum und durch die Zunahme an Arbeitsplätzen auf Raum für gewerbliche Nutzungen angewiesen.

Seit Oktober 2018 werden drei Gebäude im Areal 1 Nord von BASF zwischengenutzt. Diese werden vom Verein Unterdessen verwaltet.

### 5.3 Die Anspruchsgruppen des Projekts klybeckplus

Aus Kapitel 5.1. wird ersichtlich, dass das Areal des Projekts klybeckplus mit den Firmen Novartis und BASF sowie dem Kanton Basel-Stadt verschiedene Grundeigentümer\*innen hat. Diese Konstellation von mehreren Eigentümer\*innen erhöht die Komplexität des Projekts.

Des Weiteren führen die in Kapitel 5.2 beschriebenen Dimensionen des Areals zu grossem öffentlichem Interesse und dazu, dass das Projekt klybeckplus als ein Stadtentwicklungsprozess von gesamtstädtischer Relevanz betrachtet wird.

Im Rahmen der Entwicklungsprozesse von klybeckplus haben sich bereits mehrere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen formiert. Diese fordern unter anderem die Mitwirkung der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt und im Speziellen die Mitwirkung der unmittelbar betroffenen Quartierbewohner\*innen. Deren Anzahl ist mit den vier angrenzenden Quartieren Klybeck, Kleinhüningen, Matthäus und Rosental relativ gross. Zudem gehören die vier Quartiere mit einem Ausländer\*innenanteil von durchschnittlich über 50 Prozent zu den Quartieren mit den höchsten Anteilen im Kanton Basel-Stadt (Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, 2019, S. 18-21).

Die folgende Stakeholderanalyse zeigt eine Übersicht der verschiedenen Anspruchsgruppen des Projekts klybeckplus (Stand Februar 2019) und ist nicht als abschliessend zu betrachten. Die Anspruchsgruppen mit rosa Linie sind Akteur\*innen des Projekts klybeckplus, welche im Synthesebericht genannt werden. Die Anspruchsgruppen mit grüner Linie werden explizit in Bezug auf das Beteiligungsverfahren genannt. Anspruchsgruppen, welche von den Autoren ergänzt wurden, sind mit einer blauen Linie gekennzeichnet.

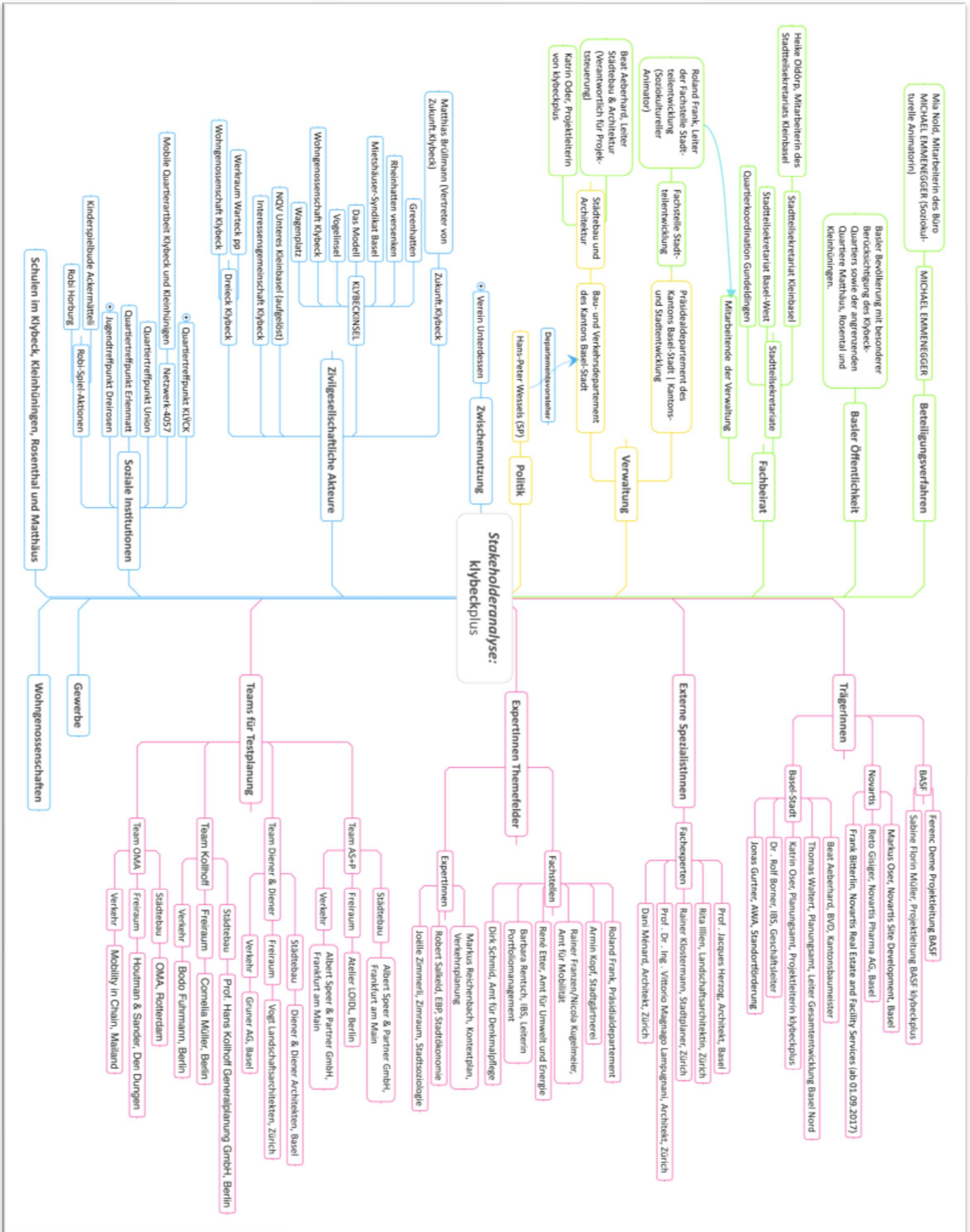


Abbildung 10 Stakeholderanalyse des Projekts klybeckplus (eigene Darstellung auf der Basis von klybeckplus 2018, S. 19-21; klybeckplus Akteure, ohne Datum)

## 5.4 Rechtliche Grundlagen für die Beteiligung

Für die Beteiligung an Stadtentwicklungsprojekten gibt es in der Schweiz rechtlich bindende Vorgaben und Gesetze. Im Art. 4 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) sind Grundsätze zu Information und Mitwirkung verankert.

### Art. 4 Information und Mitwirkung

- 1 Die mit Planungsaufgaben betrauten Behörden unterrichten die Bevölkerung über Ziele und Ablauf der Planungen nach diesem Gesetz.
- 2 Sie sorgen dafür, dass die Bevölkerung bei Planungen in geeigneter Weise mitwirken kann.
- 3 Die Pläne nach diesem Gesetz sind öffentlich.

Dies führt dazu, dass Pläne (bspw. Zonenplanänderung oder Bebauungspläne) öffentlich aufgelegt werden müssen. Darauf kann die betroffene Bevölkerung formelle Einsprache erheben, was jeweils auf kantonaler Ebene geregelt ist (Klöti und Drilling, 2014, S. 28). Zudem kann in einem direktdemokratischen System wie der Schweiz über das Lancieren einer Initiative oder dem Ergreifen des Referendums auf staatliches Handeln Einfluss genommen werden (ebd.)

Im Kanton Basel-Stadt wird überdies eine formelle Anhörung dem informellen Partizipationsverfahren vorgezogen und ist in der Kantonsverfassung verankert. Gemäss Paragraph 55 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 (Stand 1. Juli 2016) ist der Staat dazu verpflichtet, die Quartierbevölkerung, sofern ihre Belange besonders betroffen sind, in seine Meinungs- und Willensbildung einzubeziehen (S. 16).

Die Planungspartner\*innen haben am 4. Mai 2016 selbst einen Mitwirkungsantrag gemäss Paragraph 55 der kantonalen Verfassung gestellt (klybeckplus Beteiligung, ohne Datum). Wenn ein Mitwirkungsantrag an die Kontaktstelle Quartierarbeit gestellt wird, folgt eine Auslegeordnung, mit der die verschiedenen Beteiligten gemeinsam eine konkrete Empfehlung für ein Mitwirkungsverfahren ausarbeiten. Dieses wird umgesetzt sofern vom «zuständigen Departement als auch von der Delegiertenversammlung der Mitgliederorganisationen des zuständigen Stadtteilsekretariates der Bestätigungsentscheid vorliegt» (Kanton Basel-Stadt, 2016b, S. 3).

Die Bezeichnung «Mitwirkung der Quartierbevölkerung an Meinungs- und Willensbildung» kann aus theoretischer Sicht verwirrend sein, da unter Mitwirkung im Grunde die Beteiligung an Meinungsbildungsprozessen gemeint wird (vgl. Kapitel 3.4).

## 5.5 Das Beteiligungsverfahren

Mit der folgenden Darstellung soll das Beteiligungsverfahren im Projekt klybeckplus grob dargestellt werden.

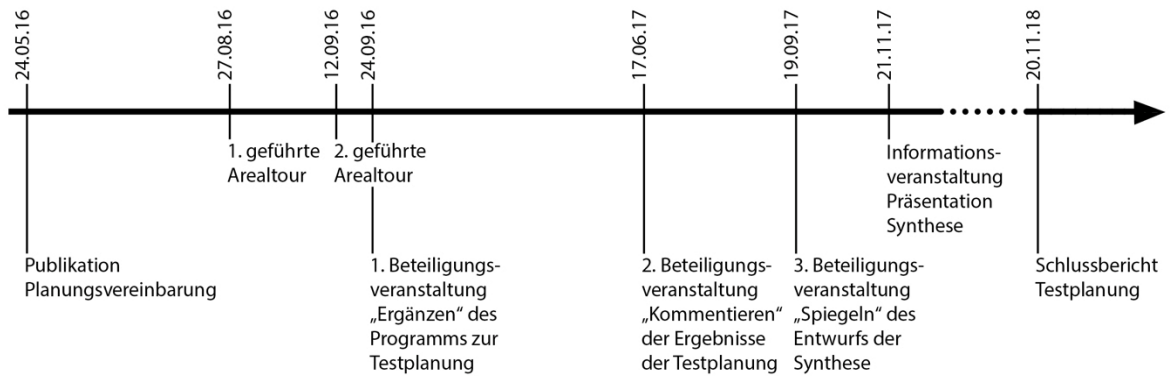


Abbildung 11 Ablauf des Beteiligungsverfahrens im Projekt klybeckplus (eigene Darstellung)

Die Fertigstellung der Planungsvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den beiden Grundeigentümer\*innen Novartis und BASF, legte im Mai 2016 den Grundstein für das Beteiligungsverfahren im Projekt klybeckplus. Darin wurde festgehalten, dass die Öffentlichkeit von Beginn an über den Planungsprozess informiert wird und eine frühzeitige Bürger\*innenbeteiligung vorgesehen ist. (Kanton Basel-Stadt, 2016a, S. 8)

Für die Vorbereitung und Durchführung der Beteiligung in Phase 1 (Testplanung) wurde das externe Büro MICHAEL EMMENEGGER beauftragt. Dieses war zuständig für die Konzeption, Moderation und Auswertung des Beteiligungsverfahrens (klybeckplus Akteure, ohne Datum). Im August und September 2016 fanden zwei geführte Areal Touren für die Öffentlichkeit statt. Darauf folgten im Zeitraum von September 2016 bis September 2017 drei öffentliche Beteiligungsveranstaltungen. Diese standen in der aufgeführten Reihenfolge im Zeichen von «Ergänzen des Programms zur Testplanung», «Kommentieren der Ergebnisse der Testplanung» und «Spiegeln des Entwurfs der Synthese der Testplanung» (klybeckplus Protokoll Beteiligungsveranstaltung, 2016, S. 2) Die Phase 1 wurde Ende November 2017 mit einer Informationsveranstaltung abgeschlossen, bei welcher die Synthese der Testplanung vorgestellt wurde. Alle Veranstaltungen waren öffentlich, jedoch nur für Personen ab 16 Jahren, mit vorgängiger Anmeldung.

Seit November 2017 fanden keine weiteren Beteiligungsveranstaltungen statt. Ein Grund dafür ist, dass zuerst die fachspezifischen Grundlagen der Vertiefungsstudien der Phase 2 vorliegen müssen. Zudem hat Novartis am 22. Mai 2019 ihre Arealanteile an die Firma Central Real Estate Basel AG und die BASF am 2. Juli 2019 ihre Arealanteile an das Versicherungsunternehmen Swisslife verkauft. Auf der Website des Projekts klybeckplus heisst es: «Sobald sich die Planungspartner in neuer Konstellation über den weiteren Prozess verständigt haben, wird das Projekt fortgesetzt». Mit einer nächsten Beteiligungsveranstaltung sei nicht vor Herbst 2019 zu rechnen (klybeckplus Beteiligung, ohne Datum).

## 6. Forschungsdesign

### 6.1 Forschungsfrage und Forschungsziele

Mit einer Einzelfallstudie will die Autorenschaft dieser Forschungsarbeit nutzbare Daten für den Beteiligungsprozess des Projekts klybeckplus generieren. Die Forschungsergebnisse sollen Aufschluss über die Verantwortlichkeiten, das Partizipationsverständnis und die Bewertung der Umsetzung von Partizipation in diesem spezifischen Prozess geben. Die folgende Frage wurde als Hauptforschungsfrage definiert: «Wie wird Partizipation von Akteur\*innen des Projekts klybeckplus verstanden und bewertet?»

### 6.2 Forschungsmethode: Expert\*inneninterviews

Die Autoren haben sich mit verschiedenen Forschungsmethoden auseinandergesetzt und sich für das leitfadengestützte Expert\*inneninterview entschieden. Dieses sollte ermöglichen, mehr in die Tiefe gehen zu können und Raum für erweiterte Aussagen der Befragten zulassen. Das Spezielle an dieser Form von Leitfadeninterview ist nach Uwe Flick (2016), dass die befragte Person dabei weniger als (ganze) Person, sondern in ihrer Eigenschaft als Expertin für ein bestimmtes Handlungsfeld befragt wird (S. 214). Zudem repräsentiert eine Person jeweils eine Gruppe (ebd.).

Der Leitfaden dient als Stütze und stellt sicher, dass alle im Vorfeld definierten Themenbereiche angesprochen werden. Horst Otto Mayer (2004) betont ausserdem, dass durch den Leitfaden die gewonnenen Daten vergleichbar werden (S.36).

Nachfolgend sind die sechs Hauptfragen sowie Ergänzungsfragen in Stichworten aufgeführt:

Hauptfragen:	Ergänzungsfragen zu oder zur:
Was verstehen Sie unter Partizipation?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Begriffen</li> <li>– Formen</li> <li>– Theoretischen Konzepten</li> <li>– Zielen</li> </ul>
Wie ist Partizipation im Projekt klybeckplus bisher umgesetzt worden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beteiligungsformaten</li> <li>– Rahmenbedingungen</li> <li>– Berücksichtigung der Ergebnisse</li> <li>– Verfügung stehenden Ressourcen</li> </ul>
Welche Akteur*innen erachten Sie als relevant, wenn es um die Entwicklung des Areals des Projekts klybeckplus geht?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Zusammenarbeit</li> <li>– Form der Zusammenarbeit</li> </ul>
Wie bewerten Sie die Realisierung der Partizipation im Projekt klybeckplus?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Positiven Beispielen</li> <li>– Verbesserungspotenzial</li> </ul>
Wie ist Ihre generelle Einschätzung über den Einsatz von Partizipation in der Arealplanung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Chancen</li> <li>– Grenzen</li> <li>– Unterschieden</li> </ul>
Was sagt Ihnen «Soziokulturelle Animation» als Teilbereich der Sozialen Arbeit?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– SKA als Akteurin</li> <li>– Möglichen Rollen und Aufgaben der SKA</li> </ul>

Tabelle 6 Der Leitfaden der Expert\*inneninterviews mit Haupt- und Ergänzungsfragen (eigene Darstellung)

Zum Schluss des Interviews konnten die Expert\*innen Ergänzungen anbringen. Der detaillierte Fragebogen befindet sich im Anhang A.

### 6.3 Auswahl der Expert\*innen

Um die Anspruchsgruppen im Projekt klybeckplus zu ermitteln, führte die Autorenschaft zu Beginn der Forschung eine Stakeholderanalyse durch (vgl. Abbildung 10). Schnell wurde dabei klar, dass es aufgrund der grossen Anzahl nicht möglich sein wird, aus jedem Teilbereich Interviewpartner\*innen zu wählen. Dennoch wurde versucht, ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen Akteur\*innen des Projekts klybeckplus in die Forschung einzubinden. Befragt wurden Männer und Frauen zu gleichen Teilen. Es sollten verschiedene Akteur\*innenbereiche abgedeckt werden, um mögliche Differenzen aus unterschiedlichen Bereichen sichtbar zu machen.

Aus der kantonalen Verwaltung wurden drei Personen befragt. Dazu gehören der Kantonsbaumeister und die Projektleiterin von klybeckplus aus dem Bau- und Verkehrsdepartement (BVD). Das BVD trägt vonseiten der Verwaltung die Hauptverantwortung für das Projekt klybeckplus. Zudem wurde der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung des Präsidialdepartements befragt.

Weiter wurde eine Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER interviewt, welches für die Konzeption und Moderation der Beteiligung verantwortlich war und die Planungspartner\*innen beraten hat. Durch sie sollte die fachliche Aussen- und Innensicht des Projekts aufgenommen werden. Zudem wurde eine Mitarbeiterin aus dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel interviewt, welches eine Schnittstelle zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung darstellt. Mit dieser Auswahl an Interviewpartner\*innen sollten die verschiedenen organisatorischen Ebenen des Projekts abgedeckt werden.

Zusätzlich wurde eine Person aus der Zivilgesellschaft befragt, die sich im Verein Zukunft.Klybeck für mehr Mitsprache im Projekt klybeckplus engagiert.

Es bestand grosses Interesse, auch die Grundeigentümer\*innen BASF und Novartis für ein Interview zu gewinnen, was jedoch nicht gelang.

Folgend ist eine Übersicht über die sechs interviewten Expert\*innen mit ihren Funktionen im Projekt klybeckplus:

<b>Funktion bei klybeckplus</b>	<b>Wer?</b>
Projektsteuerung	Kantonsbaumeister Basel-Stadt (BVD)
Projektleitung	Projektleiterin klybeckplus (BVD)
Externe Fachpersonen für das Beteiligungsverfahren	Mitarbeiterin Büro MICHAEL EMMENEGGER
Experte Themenfeld Stadt- und Quartierentwicklung, Fachbeirat	Leiter Fachstelle Stadtteilentwicklung (PD)
Zivilgesellschaftlicher Akteur	Vertreter Verein Zukunft.Klybeck
Fachbeirat	Mitarbeiterin Stadtteilsekretariat Kleinbasel

Tabelle 7 Die befragten Expert\*innen und ihre Funktionen (eigene Darstellung auf der Basis von klybeckplus Akteure, ohne Datum)

## 6.4 Datenerhebung

Die sechs Expert\*inneninterviews wurden im Zeitraum zwischen 22. März 2019 und 12. April 2019 durchgeführt und fanden an den Arbeits- oder Wohnorten der interviewten Personen statt. Mit der Anfrage per E-Mail und/oder Telefon wurden die kontaktierten Personen kurz über den Hintergrund, die Beweggründe und das vorgesehene Vorgehen informiert. Dabei wurde ein zeitlicher Rahmen von rund einer Stunde für die Interviews vorgeschlagen.

Die Autorenschaft liess sich per Formular das Einverständnis geben, dass das Gespräch aufgezeichnet werden darf. Diese Audioaufnahmen waren danach die Grundlage für die Weiterverarbeitung der Daten. Der Autorenschaft war wichtig, die Interviews in zwangloser Atmosphäre durchzuführen und trotzdem vergleichbare Antworten zu erhalten. Deshalb wurde einerseits



dem ausgearbeiteten Leitfaden gefolgt, jedoch auch spontan geschaut, welche Aussagen noch vertieft behandelt werden sollten.

## 6.5 Datenaufbereitung

Die Gespräche mit den Expert\*innen wurden aufgezeichnet. Der grössere Teil der Interviews wurde in Mundart geführt, was bedingte, dass Aussagen bei der Transkription ins Deutsche übersetzt werden mussten. Alle Interviews wurden vollständig transkribiert, um Aussagen jenseits des vorbereiteten Leitfadens gleich gewichten und ebenfalls dokumentieren zu können.

## 6.6 Datenauswertung

Bei der Auswertung der gesammelten Daten folgte die Autorenschaft einem Auswertungskonzept, das ursprünglich im Jahre 2005 von Michael Meuser und Ulrike Nagel vorgestellt wurde. Bei dieser Auswertungsmethode geht es in erster Linie darum, systematisch vom rohen Transkript zu datenbasierten, theoretisch anspruchsvollen Aussagen zu gelangen und das «Überindividuell-Gemeinsame» der Expert\*innenaussagen herauszuarbeiten (Meuser & Nagel, 2005, S. 80, zit. in Alexander Bogner, Beate Littig & Wolfgang Menz, 2014, S. 78). Dieses Konzept wurde von Bogner et al. (2014) kommentiert und dessen Vorgehensschritte genauer beschrieben (S. 78 – 80). Die Auswertung der vorliegenden Arbeit stützt sich vorwiegend auf den Kommentar und die Vorschläge von Bogner et al. (2014).

1. Kodieren: Dieser Schritt findet auf der Ebene des Einzelinterviews statt. Die einzelnen Textabschnitte werden aufgrund ihres Inhalts betitelt (Bogner et al., 2014, S. 78). Damit lassen sich themengleiche Abschnitte unter Haupttiteln zusammenfassen (ebd.).
2. Thematischer Vergleich: Durch den thematischen Vergleich wird das Einzelinterview verlassen (Bogner et al., 2014, S. 79). Durch die Sortierung der gleichen Titel aus den verschiedenen Interviews werden inhaltlich vergleichbare Passagen zusammengeführt (ebd.). Für die themengleichen Passagen werden anschliessend übereinstimmende Codes gesucht (ebd.).
3. Soziologische Konzeptualisierung: Im dritten Schritt verlässt man die Ebene der Expert\*inneninterviews und begibt sich auf jene der wissenschaftlichen Abstraktion (Bogner et al., 2014, S. 79). Die herausgearbeiteten Codes werden im Kontext von soziologischen Kategorien verortet (ebd.). So können ähnliche Relevanzen, Typisierungen und Deutungen ausfindig gemacht werden (ebd.). Mit dem Schritt der soziologischen

Konzeptualisierung von Expert\*innenaussagen ergeben sich Anschlussmöglichkeiten an theoretische Diskussionen (ebd.).

4. Theoretische Generalisierung: Dieser Schritt findet auf der Ebene der soziologischen Theoriebildung statt (Bogner et al., 2014, S. 79). Die empirisch entwickelten Kategorien werden systematisiert und ihre Zusammenhänge eruiert (ebd.). Durch die Ergänzung mit soziologischen Konzepten oder Sinndimensionen werden die entwickelten Kategorien bestehenden Theoremen zugeordnet (S. 79 – 80). Die dadurch definierten Relationen ergeben neue Sinnzusammenhänge und im besten Fall weiterreichende Thesen (S. 80).

Nach Bogner et al. (2014) sind bei Auswertungsverfahren für Forschungsergebnisse oft Adaptationen nötig, um sie für die jeweilige Forschung praktikabel zu machen (S. 71). Die Autoren entschieden sich, lediglich die ersten drei der oben beschriebenen Schritte herauszuarbeiten. Der vierte Schritt wurde nur ansatzweise durchgeführt, da nicht das Ziel verfolgt wird, eine eigenständige Theorie zu entwickeln. Weiter wurden mit den theoretischen Grundlagen zu Partizipation (vgl. Kapitel 2) und Governance (vgl. Kapitel 3) weniger mit soziologischen als vielmehr mit politikwissenschaftlichen Konzeptualisierungen gearbeitet.

## 7. Darstellung der Forschungsergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Forschungsergebnisse der Interviews mit den Expert\*innen erläutert. Zuerst werden die Expert\*innen in ihrer Rolle vorgestellt und ihre Aufgaben im Projekt klybeckplus dargestellt. Danach werden im Kapitel 8.2 die Partizipationsverständnisse der Expert\*innen anhand von Begriffen und Definitionen sowie den Zielen von Partizipation aufgezeigt. Im Kapitel 8.3 werden die Rahmenbedingungen und im Kapitel 8.4 die Bewertung der Umsetzung des Beteiligungsprozesses erläutert. Zum Schluss wird im Kapitel 8.5 kurz auf die von den Expert\*innen genannten Chancen und Grenzen von Partizipation verwiesen sowie im Kapitel 8.6 die Einschätzung der Expert\*innen in Bezug auf möglichen Aufgaben für die Sozio-kulturelle Animation eingegangen.

In der folgenden Abbildung haben die Autoren die Expert\*innen sowie die Grundeigentümer\*innen in den Sphären Staat, Markt und Bevölkerung & Zivilgesellschaft verortet. Die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats und die Mitarbeiterin des Büro MICHAEL EMMENEGGER nehmen jeweils klar intermediäre Positionen ein.

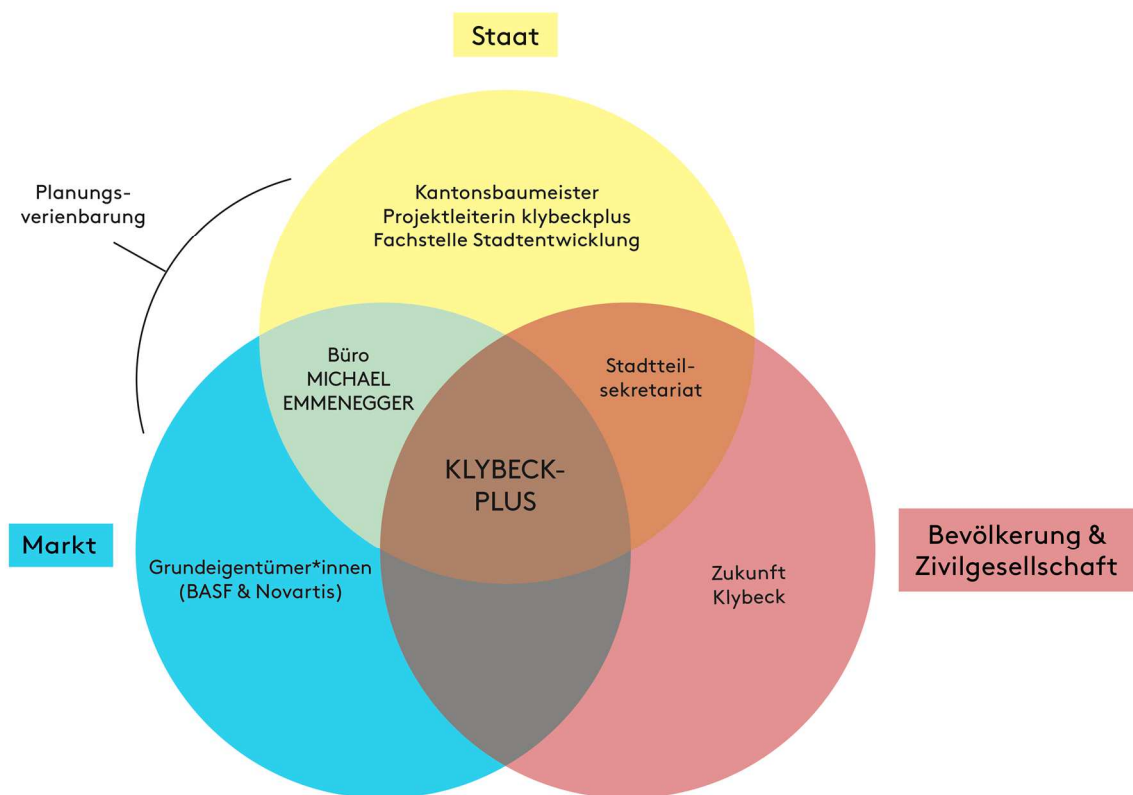


Abbildung 12 Eine Übersicht über die Verortung der Expert\*innen und Grundeigentümer\*innen (eigene Darstellung)

## 7.1 Akteur\*innen und ihre Aufgaben

Aufgrund einer akteurs- und aufgabenbezogenen Perspektive (vgl. Kapitel 3.2) werden hier die Aufgaben beziehungsweise Verantwortlichkeiten der Expert\*innen vorgestellt. In der folgenden Tabelle sind die Aufgaben, für welche die Expert\*innen offiziell im Projekt klybeckplus zuständig sind (klybeckplus Akteure, ohne Datum) in Standardschrift und die Aufgaben, welche sie im Rahmen ihrer Funktion zusätzlich im Interview benannt haben, kursiv dargestellt.

	Aufgaben im Projekt klybeckplus
<b>Büro MICHAEL EMMENEGGER</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beraten</li> <li>– Konzeptionieren</li> <li>– Moderieren</li> <li>– <i>Klären</i></li> </ul>
<b>Fachstelle Stadtteilentwicklung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Reflexion und Kommentieren</li> <li>– Strategische Quartierentwicklung</li> </ul>
<b>Stadtteilsekretariat Kleinbasel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Reflexion und Kommentieren</li> <li>– Schnittstelle zwischen Verwaltung und Quartier</li> <li>– <i>Vernetzen</i></li> <li>– <i>Unterstützen</i></li> </ul>
<b>Zukunft.Klybeck</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>Kontrollieren</i></li> <li>– <i>Aktive Miteinbeziehung fordern</i></li> <li>– <i>eigene Mitwirkungsveranstaltungen durchführen</i></li> </ul>
<b>Kantonsbaumeister</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Projektsteuerung (Koordination, Verantwortung Planung und Beteiligung)</li> <li>– <i>Planungsrechtliches Umsetzen</i></li> </ul>
<b>Projektleiterin klybeckplus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Projektleitung (Koordination und operative Umsetzung)</li> <li>– <i>Planungsrechtliches Umsetzen</i></li> </ul>

Tabelle 8 Die Expert\*innen und ihre Aufgaben im Projekt klybeckplus (eigene Darstellung)

Die Verantwortung für das Beteiligungsverfahren von klybeckplus liegt beim Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (BVD). Die «*planungsrechtliche Umsetzung der angestrebten Arealentwicklung von einem Industriegebiet zu einem neuen, durchmischten Stadtteil*» nennt die Projektleiterin von klybeckplus als eine der Aufgaben und Dienstleistungen des BVD. Ausserdem sieht sie es in ihrer Verantwortung, «*den Kanton und somit die Interessen der Bevölkerung in die Stadtentwicklung zum frühzeitigen Zeitpunkt miteinzubeziehen.*» Die Planungspartner\*innen haben das Büro MICHAEL EMMENEGGER als externe Fachberatung mit der Konzeption des Beteiligungsverfahrens sowie der Moderation der Beteiligungsveranstaltungen beauftragt. Die Mitarbeiterin des Büro MICHAEL EMMENEGGER erachtet «*die Klärung der Definition von Partizipation und die damit verbundene Rolle der Bevölkerung und der Planungspartner\*innen als wichtig.*» Sie umschreibt die Rolle der Bevölkerung im Beteiligungs-

verfahren als *«Was-Trägerin; was gilt es zu berücksichtigen, was ist uns wichtig und auf was muss man schauen?»*

Die Fachstelle Stadtteilentwicklung und das Stadtteilsekretariat Kleinbasel sind im Fachbeirat des Projekts klybeckplus vertreten und geben inhaltliche sowie methodische Rückmeldungen zum Beteiligungsverfahren. Das Stadtteilsekretariat Kleinbasel bildet ausserdem die Schnittstelle zwischen der Verwaltung und dem Quartier und unterstützt Quartierorganisationen und die Quartierbevölkerung dabei, sich in den Beteiligungsprozess einzubringen.

Der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung ist zudem als Experte im Themenfeld Stadtentwicklung und Quartieranliegen beim Projekt klybeckplus und war für die Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens mitverantwortlich.

Als zivilgesellschaftlicher Verein fordert Zukunft.Klybeck die aktive Einbeziehung der Bevölkerung. Zudem führt der Verein auch selbst Mitwirkungsveranstaltungen für spezifische Zielgruppen wie Migrant\*innen oder Jugendliche durch. *«Wir unterstützen diese Menschen bei der Formulierung ihrer Anliegen. Wir beteiligen uns aber nicht an der Realisierung individueller Projekte»*, erklärt der befragte Vertreter von Zukunft.Klybeck.

Auf die Frage nach den relevanten Akteur\*innen, gab es bei den interviewten Expert\*innen viele übereinstimmende Antworten. Alle Befragten haben die grosse Anzahl Akteur\*innen im Projekt klybeckplus hervorgehoben: Der Kanton (Verwaltung und Politik), die Grundeigentümer\*innen, die Stadtteilsekretariate, der Verein Zukunft.Klybeck, das Büro MICHAEL EMMENEGGER und die Bevölkerung werden von allen genannt. Der Verein Zukunft.Klybeck wird als wichtig erachtet, weil er bestrebt ist, die Beteiligung für weitere Anspruchsgruppen zu öffnen und aktiv auf verschiedene Akteur\*innen zugeht.

Die Projektleiterin des Bau- und Verkehrsdepartements erweitert die Stakeholder um *«Vereine und Verbände»*. Die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats Kleinbasel *«vermisst konkret noch die Direktbetroffenen, Genossenschaften und das lokale Kleingewerbe»* und findet, dass man *«nicht immer nur mit mandatierten Vertreter\*innen reden soll, sondern mit den Leuten, die persönlich hingehen und ihre Meinung vertreten.»* Es sei wichtig, dass viele *«persönliche Bedürfnisse von Betroffenen angehört werden, damit ein breiter Fächer an Anliegen zustande kommt.»*

Im Rahmen der Expert\*inneninterviews sind in Bezug auf die Verantwortlichkeit der Mitwirkung im Kanton Basel-Stadt unterschiedliche Ansichten deutlich geworden:

Für die Öffentlichkeit sind die Verantwortlichkeiten für die Partizipation bei den kantonalen Behörden nicht klar ersichtlich. *«Du hast die Stadtentwicklung im Präsidualdepartement und die Stadtplanung und Raumentwicklung im Baudepartement.»* Zukunft.Klybeck stellt diese Feststellung in den Raum.

Der Kantonsbaumeister vom Bau- und Verkehrsdepartement meint: *«Federführend ist die Mitwirkung beim Präsidualdepartement angesiedelt, konkret bei der Kantons- und Stadtentwicklung gemäss Kantonsverfassung. Aber vorliegend haben wir es selber gemacht. Das hat sich so ergeben.»* Er bezieht sich mit letzterem auf das Projekt klybeckplus.

Der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung, welche im Präsidualdepartement genauer der Kantons- und Stadtentwicklung angesiedelt ist, sagt dazu: *«Wir sind für kein Mitwirkungsverfahren hoheitlich verantwortlich. Das ist immer das zuständige Departement und in der Regel ist es das Bau- und Verkehrsdepartement. Eine Ausnahme wäre beispielsweise die Thematik Ladybar.»* Da sei das Finanzdepartement zuständig gewesen.

Der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung beschreibt die Fachstelle in der Zusammenarbeit mit den anderen involvierten Akteur\*innen als Triagestelle, welche zu Beginn des Prozesses eine Auslegeordnung durchführt und Verbindungen zwischen den Akteur\*innen herstellt. *«Es ist nicht unser Auftrag operativ Projekte zu managen. Was Partizipation anbelangt, sind wir auf der strategischen Ebene übergeordnet verantwortlich für die Weiterentwicklung von Instrumenten.»*

## 7.2 Partizipationsverständnis

Um das Partizipationsverständnis der Expert\*innen zu erfassen, wurden diese in den Interviews zum einen dazu befragt, was sie unter Partizipation verstehen (siehe Kapitel 6.2.1) und zum anderen, welche Ziele sie mit Partizipation verfolgen (siehe Kapitel 6.2.2).

### 7.2.1 Begrifflichkeiten und Definitionen von Partizipation

Die Autoren haben sich einerseits auf die verwendeten Begriffe und andererseits auf die Definitionen der Expert\*innen gestützt, um deren Verständnis von Partizipation zu ergründen. Zudem wurden die Expert\*innen explizit nach theoretischen Konzepten gefragt, welche sie in Bezug auf Partizipation verfolgen, um die Begriffe und Definitionen besser einordnen zu können. In der folgenden Tabelle sind die von den Expert\*innen genannten Begriffe kursiv und die Definitionen in Standardschrift aufgeführt.

	<b>Begriffe   Definitionen</b>	<b>Theoretisches Konzept</b>
<b>Büro MICHAEL EM-MENEGGER</b>	<i>Mitwirkung, Beteiligung, Mitsprache</i> Aushandeln, geteilte Macht	Governance-Konzept, Erfahrung
<b>Fachstelle Stadtteilentwicklung</b>	<i>Mitwirkung, Teilhabe, Beteiligung</i> sich einbringen, teilhaben und sich an relevanten Projektvorhaben beteiligen	Verschiedene theoretische Konzepte, nicht ein spezifisches
<b>Stadtteilsekretariat Kleinbasel</b>	<i>Partizipation als Überbegriff</i> Werde ich informiert? Rede ich mit? Bestimme ich mit oder bin ich insgesamt selbstbestimmt?	kein theoretisches Konzept, Erfahrung
<b>Zukunft.Klybeck</b>	<i>Mitwirkung, Kooperation</i> Kooperation unterschiedlicher Akteur*innen auf Augenhöhe, gemeinsame Suche nach Lösungen	kein theoretisches Konzept, Erfahrung
<b>Kantonsbaumeister</b>	<i>Teilhaben</i> an Themen mitwirken und mitarbeiten können	kein theoretisches Konzept, Erfahrung
<b>Projektleiterin klybeckplus</b>	<i>proaktive Beteiligung, Dialog, Transparenz</i> Bevölkerung mitnehmen, im Dialog Anliegen abholen, Verfahren und Abläufe transparent kommunizieren	kein theoretisches Konzept, Erfahrung

Tabelle 9 Begriffe und Definitionen der Expert\*innen von Partizipation (eigene Darstellung)

Die meisten Expert\*innen umschreiben Partizipation mit den Begriffen Mitwirkung, Teilhabe und Beteiligung.

Der Kantonsbaumeister versteht unter Partizipation die *«Teilhabe im ursprünglichen Sinn des Wortes»*, es gehe ihm darum, dass die Bevölkerung *«an Themen, die sie beschäftigt, mitwirken und mitarbeiten kann.»*

Der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung versteht unter Partizipation *«die Möglichkeit sich einzubringen, teilzuhaben und sich an relevanten Projektvorhaben zu beteiligen.»* Zu den Begriffen Mitwirkung und Beteiligung sagt er, dass in diesem Prozess zum ersten Mal bewusst der Begriff Beteiligung verwendet worden sei: *«Dieser taucht in Basel bisher nicht auf. Man hat immer von Mitwirkungsverfahren geredet.»* Er bezieht sich damit auf die Verordnung sowie den Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung im Kanton Basel-Stadt (vgl. Kapitel 5.4). Für den Vertreter des Vereins Zukunft.Klybeck spielt bei partizipativen Prozessen der Begriff der *«Kooperation unterschiedlicher Akteur\*innen auf Augenhöhe»* eine wichtige Rolle. Es handle sich dabei um *«die gemeinsame Suche nach Lösungen für das Zusammenleben und für die Nutzung des öffentlichen Raums.»*

Für die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats ist *«Partizipation ein Überbegriff für verschiedene Grade des Beteiligtseins»*, was sie mit den folgenden Fragestellungen ausführt: *«Werde ich informiert? Rede ich mit? Bestimme ich mit oder bin ich insgesamt selbstbestimmt?»*

Die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER erachtet die Definition von Partizipation als komplex. In jedem einzelnen Projekt ist diese wieder gemeinsam neu zu definieren und es ist festzulegen, ob es dabei zum Beispiel um Mitwirkung, Beteiligung oder Mitsprache geht. *«Das ist auch bei klybeckplus ein grosses Thema gewesen; gemeinsam mit unserem Auftraggeber und den beteiligten Akteur\*innen herauszufinden von was wir reden, was wir unter Partizipation verstehen und sich dann gemeinsam auf eine Definition zu einigen.»* Weiter hat Partizipation für die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER stark mit *«Aushandeln und mit einer geteilten Macht»* zu tun.

Der Projektleiterin von klybeckplus ist bei partizipativen Prozessen *«eine proaktive Beteiligung wichtig, um die Bevölkerung mitzunehmen»*. Dabei sollen auch die *«Verfahren und Abläufe transparent kommuniziert werden»* und *«im Dialog Anliegen von Anspruchsgruppen aufgenommen werden.»*

Die Frage, ob die Expert\*innen in ihrer Rolle spezifische theoretische Konzepte verfolgen, wurde von den meisten verneint. Die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER bildet dabei eine Ausnahme: *«Wir handeln nach dem Governance-Verständnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, dabei ist die informelle Partizipation ein Instrument, um die heutige Ge-*



*sellschaft zu entwickeln.»* Dem Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung sind viele theoretische Konzepte vertraut, jedoch verfolge er nicht ein spezifisches, da es immer auf den Kontext ankomme.

Auffällig ist, dass Partizipation von vielen mit dem praktischen Wissen aus eigenen Erfahrungen erklärt wird. Der Kantonsbaumeister drückt dies exemplarisch folgendermassen aus: *«Ich bin da wirklich hineingewachsen und finde, dass es auch eine Gefühlssache ist.»* Er merkt an, dass sie sich als BVD auch *«oft mit Professionellen austauschen und / oder sich unterstützen lassen.»*

Die Unterscheidung von formalen und informellen Formen sind allen Expert\*innen bewusst und das Beteiligungsverfahren des Projekts klybeckplus wird von allen als informelle Partizipationsform verstanden. Der Kantonsbaumeister ist der Ansicht, dass es sich aufgrund der Planungsvereinbarung auch um ein *«formalisiertes Beteiligungsverfahren»* handelt.

Für die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER ist die Unterscheidung zwischen formaler und informeller dabei nicht eine *«zwischen formaler Pflicht und informeller Kür, sondern eine zwischen per Gesetz verbindlich definierten Planungsinstrumenten, wie Richtplan / Zonenordnung und einer in der Stadtentwicklung heute etablierten Form von zivilgesellschaftlichem Engagement. Sonst wird die informelle Partizipation abgewertet.»*

Mit den Aussagen der Expert\*innen in Bezug auf die informelle Partizipation wird deutlich, dass es sehr viele verschiedene Formen und Anwendungsbereiche und daher auch kein Patentrezept für die informelle Partizipation gibt, sondern diese immer dem Kontext entsprechend angepasst werden muss.

### 7.2.2 Ziele von Partizipation

	Ziele von Partizipation
<b>Büro MICHAEL EMME-NEGGER</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Konfliktlinien aufzeigen und entschärfen, um das Gemeinwesen zu stärken</li> <li>– Planungsergebnis verbessern</li> <li>– Alle Betroffenen eines Vorhabens sollen mitwirken können</li> <li>– Befähigung des Gemeinwesens</li> </ul>
<b>Fachstelle Stadtteilentwicklung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– das lokale Wissen der Menschen aktivieren, abholen und im besten Fall Projekte und Vorhaben besser machen</li> <li>– Vorhaben auf lokale Mehrheiten prüfen (Legitimation)</li> </ul>
<b>Stadtteilsekretariat Kleinbasel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Der Bevölkerung die Auseinandersetzung mit dem Planungsvorhaben ermöglichen, sich eine Meinung bilden und Anliegen zurückgeben können</li> <li>– Öffentliche Diskussion anregen</li> <li>– Möglichkeit für Lernprozesse der Bevölkerung</li> </ul>
<b>Zukunft.Klybeck</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Eine möglichst breite Bevölkerung soll sich aktiv einbringen können</li> <li>– gemeinsame Suche nach Lösungen</li> <li>– Ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung des Klybeckareals</li> </ul>
<b>Kantonsbaumeister</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Politische Mehrheiten bilden für die Realisierung</li> <li>– Grosser, breit abgestützter partizipativer Prozess</li> <li>– Verbesserung des Planungsergebnisses (bedarfsgerechte Planung)</li> </ul>
<b>Projektleiterin klybeck-plus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nachvollziehbare Interessensabwägung</li> <li>– Dem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung entgegenwirken</li> <li>– Verbesserung des Planungsergebnisses (bedarfsgerechte Planung)</li> </ul>
<b>Planungspartner*innen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Minimieren von Einsprachen</li> </ul>

Tabelle 10 Ziele der Expert\*innen von Partizipation (eigene Darstellung)

Es werden viele unterschiedliche Ziele mit Partizipation verfolgt. Am häufigsten wird das Ziel der Verbesserung des Planungsvorhabens genannt.

«Für uns ist es klar gewesen, dass wir da einen grossen und breit abgestützten partizipativen Prozess möchten,» hält der Kantonsbaumeister fest. Zudem ist er der Ansicht «je mehr Personen wir erreichen, desto besser wird das Ergebnis.» Es geht ihm auch darum, die Umsetzung voranzutreiben. Dafür sei es wichtig, «Mehrheiten zu bilden, denn am Schluss gibt es immer eine Abstimmung, sei es im Parlament oder sei es vor dem Volk.»

Für die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER ist das Hauptziel, dass *«alle, die von einem Vorhaben betroffen sind, mitwirken können»* und sie ist davon überzeugt, *«dass dadurch das Produkt besser wird.»* Ausserdem könnten durch Partizipation *«Konfliktlinien aufgezeigt, entschärft und somit das Gemeinwesen gestärkt werden.»* Darüber hinaus macht sie auf eine Unterscheidung in der Zielsetzung aufmerksam: *«Siehst du die Partizipation also angeknüpft an das Verständnis, als Verbesserung des Planungsprozesses oder siehst du sie als Befähigung des Gemeinwesens?»*

Ihr zentrales Ziel beschreibt die Projektleiterin von klybeckplus folgendermassen: *«Diesen Blumenstrauß an Anliegen, die oft partikular sind, mitnehmen, abwägen – warum ist dort bspw. ein Hallenbad sinnvoll oder nicht – und versuchen das Beste daraus zu machen.»* Zudem sei es wichtig, in einem fortwährenden Austausch immer wieder zu begründen, weshalb gewisse Anliegen einfließen und andere nicht. Dies sei auch der Versuch, *«dem möglichen Miss-trauen der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung entgegenzuwirken.»* Die Projektleiterin erwähnt Interessen vonseiten der Planungspartner\*innen in Bezug auf die Beteiligung: *«Hintergrund ist natürlich auch, dass durch eine aktive Beteiligung die Direktinvolvierten nachher keine Einsprache erheben werden respektive diese minimiert werden.»*

Die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats verfolgt das Ziel, *«der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Planungsvorhaben auseinanderzusetzen, sich eine Meinung zu bilden und Anliegen zurückgeben zu können.»* Für sie ist es in erster Linie wichtig, dass es zu einer öffentlichen Diskussion kommt. Sie sieht diese Diskussion auch als *«Möglichkeit für die Bevölkerung, sich weiterbilden zu können.»*

Der Vertreter von Zukunft.Klybeck verfolgt das Ziel, dass sich eine möglichst breite Bevölkerung aktiv einbringen kann: *«Wir wollen, dass dort ein Raum entsteht, wo die Bevölkerung zusammen mit den verschiedenen Expertinnen und Experten Projekte entwickeln kann, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.»* Zudem stehe eine *«ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung»* dieses Areals im Vordergrund.

Der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung definiert als wichtigstes Ziel, *«das lokale Wissen der Menschen zu aktivieren, abzuholen und im besten Fall Projekte und Vorhaben besser zu machen.»* Ausserdem gehe es darum *«noch detaillierter zu prüfen, ob das Vorhaben wirklich im Sinn der grossen Mehrheit der Leute ist, die dort wohnen.»*

### 7.3 Planungspartnerschaft, Planungsvereinbarung und Rahmenbedingungen

Die Interessen und Ziele der Grundeigentümer\*innen und der Stadt unterscheiden sich. *«BASF und Novartis haben zum Teil andere Ziele als wir. Sie wollen ihr Areal zum bestmöglichen Preis verkaufen. Wir haben das Ziel, einen lebenswerten neuen Stadtteil zu schaffen»*, sagt die Projektleiterin von klybeckplus. Das Interesse am Verkauf zum bestmöglichen Preis führe dazu, dass *«die Grundeigentümer\*innen das Gebiet sehr dicht entwickeln wollen»*.

Mit der Planungsvereinbarung wurde die Partnerschaft vertraglich formalisiert und die gemeinsamen Ziele festgehalten. Die Planungsvereinbarung wurde von allen Interviewpartner\*innen ganz klar als grundlegende Rahmenbedingung für den Beteiligungsprozess des Projekts klybeckplus genannt.

Nach der Mitarbeiterin vom Büro MICHAEL EMMENEGGER sei hier das *Commitment* eine wichtige Voraussetzung: *«Das Commitment ist elementar. Das Commitment vom Prozesseigner, dass diese Ergebnisse, die produziert werden, in die Entwicklung einfließen.»*

Die Veröffentlichung der Planungsvereinbarung ist dem Kantonsbaumeister zufolge *«ein Novum; es war uns deshalb wichtig, dass da volle Transparenz herrscht.»* Danach habe man gemeinsam mit dem Büro MICHAEL EMMENEGGER *«ein Drehbuch für den Beteiligungsprozess erarbeitet.»* In diesem wurden die Formate besprochen und geklärt, *«wie gross der Anteil an Erklärungen vonseiten der Planungspartner\*innen und wie gross der Anteil an wirklich aktivem Mitarbeiten von den Leuten sein sollte.»* Das Mitwirkungsverfahren wurde ohne Rücksprache mit der Bevölkerung gestaltet, was Zukunft.Klybeck als einen Mangel ansieht.

An den Beteiligungsveranstaltungen wurden beispielsweise über Fragen des Wohnens, des Zusammenlebens und über die Verortung von Wohnen und Gewerbe Meinungen von den Teilnehmenden abgeholt, nicht aber zu der vorgesehenen Bebauungsdichte.

In verschiedenen Aussagen der Befragten wurde deutlich, dass die Verwaltung mit einer sehr offenen Haltung in diesen partizipativen Prozess einstieg. Beispielsweise sagt die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariat Kleinbasel: *«Die Grundbereitschaft vonseiten Verwaltung und Planungspartner\*innen, zumindest von der Verwaltung, nehme ich ganz klar wahr. Sie wollen sehr offen an diese Arealentwicklung herangehen und zwar auch offen bezüglich der Anliegen aus der Stadt.»* Als weitere massgebende Rahmenbedingung für die Beteiligung, wurden von allen Interviewpartner\*innen die gesetzlichen Grundlagen genannt. Dies ist zum einen die Verordnung zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung gemäss Paragraph 55 der Kantonsverfassung und zum anderen die öffentliche Planaufgabe (vgl. Kapitel 5.4). Letztere verpflichtet die Verwaltung zum öffentlichen Auflegen einer planungsrechtlichen Massnahme wie z.B. einer Zo-

nenänderung oder eines Bebauungsplans. Die Bevölkerung kann dagegen Einsprache erheben. Der Projektleiterin von klybeckplus zufolge ist dies teilweise auch für die Verwaltung *«der einzige Weg, den Eigentümer\*innen gegenüber Druck aufzubauen.»*

#### 7.4 Bewertung der Umsetzung

Die generelle Bewertung des Beteiligungsverfahrens im Projekt klybeckplus fällt von allen Expert\*innen positiv aus. Besonders hervorgehoben werden die hohen Teilnehmer\*innenzahlen, die professionelle Durchführung durch das Büro MICHAEL EMMENEGGER und die Planungspartner\*innen, die Begehungen des Areals sowie die erste der insgesamt drei Beteiligungsveranstaltungen. Alle Befragten sind jedoch der Ansicht, dass die direkt betroffene Bevölkerung und insbesondere Personen mit Migrationshintergrund in den Beteiligungsveranstaltungen untervertreten waren und diese Erweiterung eine Herausforderung darstellt.

Vonseiten der Verwaltung und des Büros MICHAEL EMMENEGGER wird das für die Stadt Basel neuartige Vorgehen in diesem Beteiligungsprozess betont. Die Projektleiterin verdeutlicht, es sei wichtig, dass *«der Beteiligungsprozess jetzt weitergeführt wird und modellhaft für zukünftige Projekte in Basel steht.»*

Auch aus Sicht des Vereins Zukunft.Klybeck waren die drei durchgeführten Veranstaltungen 2016 und 2017 professionell organisiert und haben interessante und differenzierte Ergebnisse hervorgebracht. Der Vertreter von Zukunft.Klybeck bemängelt aber *«die sehr langen Abstände»* zwischen den Veranstaltungen und den Stillstand im Verfahren seit der letzten Veranstaltung im November 2017. Seither sei das weitere Geschehen und der Stand der Dinge unzureichend kommuniziert und aus Sicht von Zukunft.Klybeck auch unzureichend politisch gestaltet worden. Verbesserungspotenzial sieht er bei der Frage, wann Partizipation beginnen sollte: *«Es gehört zu Partizipation, dass diejenigen, die partizipieren, auch eingeladen werden zum Design des ganzen Verfahrens.»*

Die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER ist der Ansicht, *«es hätte noch mehr zielgruppenspezifische Beteiligungsformate, wie beispielsweise für Jugendliche oder Personen mit Migrationshintergrund geben sollen.»* Es wurde ihrer Meinung nach zu wenig darauf geachtet, beispielsweise die Veranstaltungen *«in andere Sprachen zu übersetzen.»* Was im Klybeckquartier aufgrund des hohen Anteils an Migrant\*innen zentral gewesen wäre. Dies sei jedoch *«nicht verhandelbar gewesen.»*

Auch der Kantonsbaumeister ist der Ansicht, dass die Beteiligungsveranstaltungen in *«Bezug auf die Teilnehmer\*innen vielfältiger hätten sein können, da an solchen Veranstaltungen oft die gleichen Leute teilnehmen.»* Das Format war seiner Ansicht nach *«abgesehen von Sprachkenntnissen des Deutschen so angelegt, dass es zeitlich und logistisch für alle geht.»*

Die Projektleiterin könne durch ihre gesammelten Erfahrungen mit dem Beteiligungsprozess im Projekt klybeckplus sagen, dass man *«generell früher beteiligen soll und die reine Anhörung sowie die öffentliche Planaufgabe in den meisten Fällen nicht ausreicht, um die Bandbreite der Interessen abholen und einfliessen lassen zu können.»*

Die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats Kleinbasel findet es wertvoll, *«welche Auseinandersetzungen aufgrund dieses Beteiligungsprozesses angestossen wurden.»* So entstehe die Möglichkeit, sich über Stadtplanung auszutauschen. Ihr fehlte jedoch an den Beteiligungsveranstaltungen *«der Raum für diese Diskussionen.»*

## 7.5 Chancen und Grenzen von Partizipation

Die Chancen werden von den Befragten mit grosser Übereinstimmung genannt und sind den Zielen ähnlich: Mit Partizipation können Anliegen und Bedürfnisse abgeholt, bessere Ergebnisse erzielt und die Akzeptanz gegenüber eines Vorhabens gefördert werden. Ausserdem können partizipative Prozesse die Identifikation mit einem Prozess oder einem Ergebnis stärken sowie Personen aktiviert werden sich zu engagieren.

Als Grenzen werden von den Expert\*innen folgende benannt:

- Grenzen bilden der Verhandlungsspielraum von einem entscheidungsrelevanten Sachverhalt und fehlende finanzielle Mittel.
- Die Schwierigkeit, komplexe Planungsinhalte in eine Sprache zu übersetzen, welche für alle Teilnehmenden verständlich ist.
- Die Partizipation erübrigt sich, wenn keine Betroffenheit besteht.
- Wenn die Fronten schon im Vorfeld verhärtet sind und keine Konsensbereitschaft besteht, ist konstruktives Aushandeln schwierig beziehungsweise eher eine Mediation notwendig.
- Gesetzliche Vorgaben können den Umfang von Partizipation einschränken.
- Partizipative Prozesse können die Planungsdauer verlängern und zur Folge haben, dass innerhalb dieser Zeit die Akteur\*innen wechseln und deren Plätze neu besetzt werden.
- Private Eigentümer\*innen sind nicht dazu verpflichtet partizipativ zu handeln.

## 7.6 Soziokulturelle Animation

Vier Expert\*innen kannten die Soziokulturelle Animation (SKA) nicht oder nur peripher. Zwei Expert\*innen haben selbst SKA studiert, die Mitarbeiterin des Büro Michael Emmenegger sowie der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung.

Die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER schätzt die SKA bei Planungsprozessen als wichtige Akteurin ein. Jedoch sei die SKA im Feld der Stadtplanung und -entwicklung noch untervertreten, weshalb die SKA dieses Feld noch besser besetzen und sich einklinken müsse. Dafür müsste die SKA *«lernen die Planungsinhalte zu übersetzen, damit die Zielgruppen sie auch verstehen.»* Zudem bestehe ein Spannungsfeld zwischen dem Auftrag, der ihrem Büro erteilt wird und ihrem Verständnis *«einer anwaltschaftlichen Rolle der SKA.»*

Um das übergeordnete Ziel der Steigerung oder der Erhaltung von Lebensqualität zu erreichen, sei es gemäss dem Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung eine zentrale Aufgabe der SKA, *«Menschen zu befähigen, dass sie selbst für ihre Anliegen einstehen können.»*

Auch der Kantonsbaumeister beschreibt die zentrale Aufgabe der SKA damit, *«insbesondere untervertretene Gruppen in solche Prozesse einzubinden oder sie dafür zu aktivieren respektive mit weiteren Gruppen in Austausch zu bringen.»*

Aus der Sicht des Vertreters von Zukunft.Klybeck kann die SKA die Partizipation der Bevölkerung in Planungen, die das Quartier oder die Stadt verändern, unterstützen. Sie könne mit ihrem spezifischen Fachwissen helfen, *«mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.»* Es zeige sich auch beim Planungsprozess im Projekt klybeckplus, dass es nicht einfach ist, die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite anzusprechen und für die Mitarbeit zu gewinnen.

Die Projektleiterin des Bau- und Verkehrsdepartements sieht die Rolle der SKA in der *«niederschweligen Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort.»* Sie erwähnt eine Frage, die bei den Beteiligungsveranstaltungen aufkam: *«Warum engagiert man denn nicht jemanden, der wirklich jetzt schon die Funktion übernimmt, die Anliegen vor Ort abzuholen?»*

Die Idee einer Anlaufstelle vor Ort teilt auch die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats. Sie würde eine solche als Chance sehen, um *«Themen weiter zu transportieren und die Bevölkerung zu aktivieren.»*

## 7.7 Wichtigste Erkenntnisse aus der Darstellung der Ergebnisse

Folgend sollen die wichtigsten Erkenntnisse der Forschungsergebnisse kurz hervorgehoben werden:

- Die Verantwortlichkeiten der Expert\*innen im Projekt klybeckplus sind grundsätzlich klar definiert. Im Hinblick auf die allgemeine Verantwortung für die Mitwirkung im Kanton Basel-Stadt gibt es in der Verwaltung unterschiedliche Ansichten.
- Die Expert\*innen verwenden unterschiedliche Begriffe in Bezug auf Partizipation und führen diese mit unterschiedlichen Definitionen aus. Die meisten Expert\*innen verfolgen keine theoretischen Konzepte in Bezug auf Partizipation, sondern orientieren sich an Erfahrungswerten.
- Es werden viele verschiedene Ziele mit Partizipation verfolgt. Es werden auch Ziele verfolgt, welche Partizipation zum Ziel haben.
- Für die Rahmenbedingungen des Beteiligungsprozesses ist der Aushandlungsprozess zwischen den Interessen der Grundeigentümer\*innen und den Interessen des Kantons ausschlaggebend. Dabei geben die rechtlichen Grundlagen einen Rahmen vor.
- Der Beteiligungsprozess im Projekt klybeckplus wird generell positiv eingeschätzt. Die Diversität der Beteiligungsveranstaltungen wird als ausbaufähig erachtet. Gleichzeitig wird die Erreichung von anderen Zielgruppen als Herausforderung gesehen. Kritisch betrachtet werden die punktuelle Beteiligung, der von den Planungspartner\*innen im Vorfeld definierte Rahmen der Beteiligung, die einseitigen Beteiligungsformate und der wenig vorhandene Raum für Diskussionen an den Veranstaltungen. Zudem ist der Ausbau von Beteiligungsformaten nicht verhandelbar gewesen.
- Die Soziokulturelle Animation ist den meisten Expert\*innen nicht bekannt, obwohl sie im Beteiligungsprozess mit Soziokulturellen Animator\*innen (Leiter Fachstelle Stadtteilentwicklung und Mitarbeiterin Büro MICHAEL EMMENEGGER) zusammengearbeitet haben. Der Soziokulturellen Animation werden von den Expert\*innen vermehrt aktivierende Aufgaben zugeschrieben.



## 8. Diskussion der Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse aus den Expert\*inneninterviews ausgewertet und mit den Theorien der Kapitel 2 und 3 verknüpft. Zuerst wenden sich die Autoren im Kapitel 8.1 dem Partizipationsverständnis zu. Im Kapitel 8.2 werden die Rahmenbedingungen, welche den Beteiligungsprozess massgebend prägen, aufgezeigt und diskutiert, worauf im Kapitel 8.3 ausgewählte Aspekte der Bewertung des Beteiligungsprozesses diskutiert werden.

### 8.1 Partizipationsverständnis

Um das Partizipationsverständnis zu diskutieren, werden zunächst die Begrifflichkeiten und Definitionen anhand der Unterscheidung der Teilhabe im engeren und weiteren Sinne eingegliedert (vgl. Kapitel 3.4). Danach werden die Ziele von Partizipation anhand der Funktionen von Partizipation (vgl. Kapitel 2.3) verglichen.

#### 8.1.1 Begrifflichkeiten und Definitionen

Wie in der Darstellung der Ergebnisse (Kapitel 7.2.1) ersichtlich wurde, werden von den interviewten Expert\*innen verschiedene Begriffe und Definitionen im Zusammenhang mit Partizipation verwendet. Es wird von Teilhabe, Mitwirkung, (proaktiver) Beteiligung, Mitbestimmung, Dialog und Kooperation gesprochen. Die meisten dieser Begriffe können der Partizipation zugeordnet werden, unterscheiden sich jedoch in Bezug auf ein aktives oder passives Rollenverständnis der Bevölkerung. Wird sie beispielsweise als Mitwirkende oder als zu Beteiligende gesehen? Der Unterschied liegt in der Machtbeziehung, welche diesen Begriffen innewohnt (vgl. dazu Tabelle 1).

Um dies zu veranschaulichen, haben die Autoren die von den Expert\*innen genannten Begriffe und Definitionen der Teilhabe im engeren oder weiteren Sinne (vgl. Kapitel 3.4) zugeordnet. Die Tatsache, dass die meisten Interviewpartner\*innen keine theoretischen Konzepte in Bezug auf Partizipation verfolgen, sondern sich auf ihre Erfahrungswerte beziehen, lässt nicht ausschliessen, dass die Verwendung von Begriffen eher den persönlichen und alltagsprachlichen Präferenzen entspringt. Damit weisen sie aus einer theoretischen Betrachtung eine gewisse Beliebigkeit auf, weshalb auch die Zuordnungen in der folgenden Tabelle nicht als absolut betrachtet werden können. Hinzu kommt, dass im Kanton Basel-Stadt der Begriff der Mitwirkung auch für die Beteiligung an der Meinungsbildung verwendet wird (vgl. Kapitel 5.4).

Die von den Expert\*innen genannten Begriffe sind jeweils in kursiver und die genannten Definitionen in Standardschrift. Gewisse Begriffe und Definitionen sind mehrfach genannt, da sie sich nicht einer einzigen Rubrik zuordnen lassen.

	<b>Beteiligung an Meinungsbildungsprozessen</b>	<b>Beteiligung an Entscheidungsprozessen</b>	<b>Bei der Bewältigung von Aufgaben mit anderen kooperieren</b>	<b>Durch eigenes Handeln zur Stadtentwicklung beitragen</b>
<b>Büro MICHAEL EMMENEGGER</b>	<i>Beteiligung</i>	<i>Beteiligung   Mitsprache</i> aushandeln, geteilte Macht	<i>Mitwirkung   Mitsprache</i> aushandeln, geteilte Macht	<i>Mitwirkung</i>
<b>Fachstelle Stadtteilentwicklung</b>	<i>Beteiligung   Teilhabe</i> sich einbringen, teilhaben und sich an relevanten Projektvorhaben beteiligen	<i>Beteiligung   Teilhabe</i> teilhaben und sich an relevanten Projektvorhaben beteiligen	<i>Mitwirkung   Teilhabe</i>	<i>Mitwirkung   Teilhabe</i> sich einbringen
<b>Stadtteilsekretariat Kleinbasel</b>	Rede ich mit? (Werde ich informiert?)	Bestimme ich mit? (Werde ich informiert?)	(Werde ich informiert?)	Bin ich selbstbestimmt? (Werde ich informiert?)
<b>Zukunft.Klybeck</b>			<i>Mitwirkung</i> Kooperation unterschiedlicher Akteur*innen auf Augenhöhe   gemeinsame Suche nach Lösungen	<i>Mitwirkung</i>
<b>Kantonsbau-meister</b>	<i>Teilhabe</i> an Themen mitwirken und mitarbeiten können	<i>Teilhabe</i>	<i>Teilhabe</i> an Themen mitwirken und mitarbeiten können	<i>Teilhabe</i>
<b>Projektleiterin klybeckplus</b>	<i>Proaktive Beteiligung</i> Bevölkerung mitnehmen   im Dialog Anliegen abholen   (Transparenz Verfahren und Abläufe transparent kommunizieren)	(Transparenz Verfahren und Abläufe transparent kommunizieren)	<i>Dialog</i> (Transparenz Verfahren und Abläufe transparent kommunizieren)	(Transparenz Verfahren und Abläufe transparent kommunizieren)

Tabelle 11 Einordnung der Begriffe und Definitionen (eigene Darstellung auf der Basis von Selle, 2013, S. 60)

Nach Ansicht der Autoren zeigt sich, dass es teilweise unklar ist, was die verschiedenen Expert\*innen genau meinen, wenn sie von Mitwirkung, Beteiligung oder Teilhabe sprechen. Zudem zeigt sich an einigen Stellen, dass die Definitionen nicht deckungsgleich mit den Begriffen verwendet werden. Ein Beispiel hierfür wäre exemplarisch der von der Projektleiterin verwen-

dete Begriff des Dialogs, welcher nach Ansicht der Autoren eher auf ein kooperatives Verhältnis hindeutet. Von der Projektleiterin wird Dialog jedoch mit Anliegen abholen beziehungsweise aufnehmen definiert, was eher der Beteiligung an einem Meinungsbildungsprozess entspricht. Damit können die Autoren die Erkenntnis von Klöti und Drilling (2014) teilen, dass es aus Sicht der Wissenschaft und Praxis kaum sinnvoll und realistisch scheint, von eindeutigen Begriffen und Definitionen auszugehen (S. 49). Die Unklarheit zeigt auch auf, dass es nötig ist, die Begriffe und Definitionen zu klären beziehungsweise wie Klöti und Drilling (2014) es benennen, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln (S. 49). Dies verweist wiederum auf die Klärungsarbeit, welche von der Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER als wichtige Aufgabe in einem Beteiligungsprozess genannt wurde. Diese Klärung stellt aus Sicht der Autoren eine Herausforderung in partizipativen Prozessen dar.

Einzig die Mitarbeiterin des Stadtteilsekretariats bezieht sich explizit auf die Beteiligung an Entscheidungsprozessen («Bestimme ich mit?»). Diese kommen in der Stadtentwicklung, mit Ausnahme von Abstimmungen, auch weniger vor (vgl. Kapitel 3.4). Die wenigen Nennungen widerspiegeln somit die gängige Praxis.

Mit der Frage «werde ich informiert?» und der Nennung von transparenter Kommunikation zu Abläufen und Verfahren, werden in zwei Fällen Grundvoraussetzungen für die Teilhabe im engeren und weiteren Sinne genannt, welche die Autoren jeweils in Klammern aufgeführt haben.

Es lassen sich jedoch auch Unterschiede zwischen Expert\*innengruppen feststellen. Expert\*innen, welche der Verwaltung angehören, sprechen eher von Teilhabe im engeren Sinne, konkret der Beteiligung an Meinungsbildungsprozessen. Dies kann dadurch erklärt werden, dass diese Beteiligungsverfahren in ihrem Berufsalltag am gängigsten sind und sie als Angehörige der Verwaltung oft in der Rolle derjenigen sind, die andere beteiligen.

Vergleichsweise selten werden Definitionen zu «Durch eigenes Handeln zur Stadtentwicklung beitragen» sowie «kooperative Bewältigung von Aufgaben» angesprochen. Hier zeigt sich ein Spannungsfeld, denn von Zukunft.Klybeck wird eindeutig die kooperative Zusammenarbeit an Aufgaben und somit eine partnerschaftliche Mitwirkung an Stadtentwicklung unter Partizipation verstanden und eingefordert. Hier stellt sich in Bezug auf das Projekt klybeckplus die Frage nach der Beziehung zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Nach Ansicht der Autoren verstehen die befragten Expert\*innen aus der Verwaltung die Bevölkerung nicht nur als eine Kundin, deren Dienstleister\*innen sie sind. Es fragt sich jedoch, wie viel Macht sie der Bevölkerung zugestehen und in Zukunft zugestehen werden. Wird die Bevölkerung weiter an der Meinungsbildung beteiligt oder wird sie als Ko-Produzentin beziehungsweise als Partnerin der Stadt(-entwicklung) angesehen?

Unterschiedliche Verständnisse der Begriffe und Definitionen können auch innerhalb einer Disziplin festgestellt werden. Dies zeigt sich deutlich, wenn wir den Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung und die Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER betrachten, welche beide Soziokulturelle Animation studiert haben. Dies kann, nach Ansicht der Autoren, auch auf die eingenommene Funktion beziehungsweise Aufgabe zurückgeführt werden.

Das Aushandeln, das von der Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER genannt wird, könnte bspw. auf ihre intermediäre Position und ihre allparteiliche Vermittlungsarbeit verweisen (vgl. Kapitel 4.4 und 4.5). Während der Leiter der Fachstelle Stadtteilentwicklung Teil der Verwaltung ist, wo er strategische Aufgaben wahrnimmt (vgl. Kapitel 7.1) und somit eher in der Konzeptposition (vgl. Kapitel 4.3) tätig ist. Es zeigen sich ebenfalls Unterschiede zwischen dem Kantonsbaumeister und der Projektleiterin von klybeckplus, welche beide Architektur studiert haben. Somit könnte geschlossen werden, dass die Verständnisse subjektiv geprägt und somit personenabhängig sind. Diese Erkenntnis ist nach Auffassung der Autoren wichtig und muss bei der inter- und intradisziplinären Zusammenarbeit berücksichtigt werden. Denn das Zusammentreffen verschiedener Verständnisse kann nach Klöti und Drilling (2014) neben den subjektiven Erwartungen auch «ein zentraler Faktor für den Verlauf, das Ergebnis sowie die Bewertung des Erfolgs des Partizipationsprozesses darstellen» (S. 5).

Überdies erachten die Autoren die Begriffswahl der «Beteiligung» im Beteiligungsprozess von klybeckplus als treffend. Er macht deutlich, dass es um eine Beteiligung am Meinungsbildungsprozess der öffentlichen und privaten Trägerschaft beziehungsweise der Planungspartner\*innen geht. Auch die jeweiligen Titel der Beteiligungsveranstaltungen (vgl. Kapitel 5.5 und Abbildung 11) verdeutlichen die Beteiligung am Meinungsbildungsprozess.

Deswegen erscheint die im Kanton Basel-Stadt verwendete Begriffswahl der «Mitwirkung», welche sich an sich auf die Meinungs- und Willensbildung des Staates bezieht, verwirrend. Hierzu verweisen die Autoren auf Klöti und Drilling (2014), welche den Begriff der Mitwirkung nur dann als empfehlenswert erachten, «wenn die damit verbundene Grundhaltung ebenso vertreten werden soll» (S. 49).

### 8.1.2 Ziele von Partizipation

Die folgende Tabelle dient der Veranschaulichung der Ziele, welche die Expert\*innen mit der Partizipation verfolgen (siehe Tabelle 12). Diese wurden der demokratischen, ökonomischen und emanzipatorischen Funktion von Partizipation (vgl. Kapitel 2.3) zugeordnet. Damit können Interessen und Motive, welche die Durchführung von Partizipationsverfahren bedingen, aufgezeigt werden.

	Ziele von Partizipation		
	demokratisch	ökonomisch	emanzipatorisch
<b>Büro MICHAEL EMMENEGGER</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Konfliktlinien aufzeigen und entschärfen, um das Gemeinwesen zu stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Planungsergebnis verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Alle Betroffenen eines Vorhabens sollen mitwirken können</li> <li>– Befähigung des Gemeinwesens</li> </ul>
<b>Fachstelle Stadtteilentwicklung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorhaben auf lokale Mehrheiten prüfen (Legitimation)</li> <li>– das lokale Wissen der Menschen aktivieren, abholen und im besten Fall Projekte und Vorhaben verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– das lokale Wissen der Menschen aktivieren, abholen und im besten Fall Projekte und Vorhaben verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– das lokale Wissen der Menschen aktivieren</li> </ul>
<b>Stadtteilsekretariat Kleinbasel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Öffentliche Diskussion anregen</li> <li>– Möglichkeit für Lernprozesse der Bevölkerung</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>– Der Bevölkerung die Auseinandersetzung mit dem Planungsvorhaben ermöglichen, sich eine Meinung zu bilden und Anliegen zurückgeben zu können</li> <li>– Möglichkeit für Lernprozesse der Bevölkerung</li> </ul>
<b>Zukunft.Klybeck</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– gemeinsame Suche nach Lösungen</li> <li>– Ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung des Klybeckareals</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung des Klybeckareals</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Eine möglichst breite Bevölkerung soll sich aktiv einbringen können</li> </ul>
<b>Kantonsbaumeister</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Politische Mehrheiten bilden für die Realisierung</li> <li>– Grosser, breit abgestützter partizipativer Prozess (Legitimation)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Politische Mehrheiten bilden für die Realisierung</li> <li>– Verbesserung des Planungsergebnisses (bedarfsgerechte Planung)</li> </ul>	
<b>Projektleiterin klybeckplus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nachvollziehbare Interessensabwägung</li> <li>– Dem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung entgegenwirken (Beziehung Verwaltung und Bevölkerung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verbesserung des Planungsergebnisses (bedarfsgerechte Planung)</li> </ul>	

Tabelle 12 Die Ziele der Expert\*innen von Partizipation (eigene Darstellung)

In allen drei Funktionsbereichen von Partizipation werden Ziele verfolgt. Als erstes fällt auf, dass mehr Ziele verfolgt werden, die Partizipation als Mittel sehen (vgl. Kapitel 2.3). Diese Ziele werden im demokratischen und ökonomischen Bereich aufgezeigt. Die Ziele im ökonomischen Bereich beziehen sich dabei zum grössten Teil darauf, ein Vorhaben im Sinne einer nachhaltigen Entscheidungsfindung oder einer bedarfsgerechten Planung zu verbessern. Die demokratischen Ziele variieren stärker. Es werden einige klare Ziele zur Erhöhung der Legitimation genannt. Es finden sich jedoch auch solche, die sich eher auf die Stärkung der Beziehung zwischen Verwaltung und Bevölkerung oder auf das Aufzeigen und Entschärfen von Konfliktlinien beziehen und somit das Schaffen von Vertrauen oder die Stärkung des Gemeinwesens in den Vordergrund stellen.

Emanzipatorische Ziele, welche Partizipation zum Ziel haben, werden weniger häufig verfolgt. Meist steht bei ihnen das Ermöglichen beziehungsweise das Befähigen zur Auseinandersetzung mit einem Vorhaben, hier konkret mit dem Planungsvorhaben, im Vordergrund. Dabei zeigt sich, dass sich intermediär agierende Akteur\*innen (vgl. Abbildung 12) stärker auf emanzipatorische Funktionen von Partizipation beziehen (Stadtteilsekretariat Kleinbasel, Büro MICHAEL EMMENEGGER und Zukunft.Klybeck).

Die meisten Ziele der Expert\*innen, welche der Verwaltung angehören, beziehen sich auf die demokratischen und die ökonomischen Funktionen. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass von ihnen (als staatliche Akteur\*innen) die Legitimation sowie die effiziente Bewältigung (im Sinne einer nachhaltigeren Lösungsfindung) von Aufgaben stärker gewichtet wird.

Das Stadtteilsekretariat und der Verein Zukunft.Klybeck verfolgen klarer emanzipatorische und demokratische Ziele. Bei der Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER sind die emanzipatorischen Ziele geprägt von ihrem Arbeitsprinzip (Alle Betroffenen eines Vorhabens sollen mitwirken können) und ihrem parteilichen Verständnis (Befähigung des Gemeinwesens). Beide, die parteiliche Haltung und das Arbeitsprinzip, stehen jedoch auch in einem Spannungsverhältnis zum angenommenen Auftrag und kommen stärker oder weniger stark zum Tragen, womit zudem die doppelte Orientierung (vgl. Kapitel 4.4) beziehungsweise die Intermediarität sichtbar wird.

Beim Verein Zukunft.Klybeck ist das emanzipatorische Ziel, also das aktive Einbringen einer möglichst breiten Bevölkerung, zentral. Hinzu kommt die gemeinsame Suche nach Lösungen, welche die Autoren der demokratischen Funktion zugeordnet haben. Hierbei zeigt sich wiederum das Spannungsverhältnis in Bezug auf die engere und weitere Teilhabe und die damit verbundene Rolle der Bevölkerung im Beteiligungsprozess des Projekts klybeckplus (vgl. Kapitel 8.1.1). Zudem wird die von Zukunft.Klybeck eingenommene Rolle offensichtlich, den aktiven Einbezug der Bevölkerung einzufordern, zu kontrollieren und gegebenenfalls die anderen Ak-

teur\*innen daran zu erinnern. Somit fällt auf, dass die Ziele, welche mit der Partizipation verfolgt werden, stark verknüpft sind mit den jeweiligen (beruflichen) Aufgaben der Expert\*innen. Beispielhaft lässt sich dies bei der Projektleiterin von klybeckplus erläutern. Zu ihren Aufgaben gehört die planungsrechtliche Umsetzung. Sie verfolgt in Bezug auf die rechtliche Umsetzung das Ziel einer nachvollziehbaren Interessensabwägung und sieht dafür die Partizipation als ein geeignetes Instrument, um Anliegen und Bedürfnisse direkt bei der Bevölkerung abzuholen. Mit der rechtlichen Umsetzung lässt sich auch der von ihr genannte Begriff der Transparenz einordnen (vgl. Kapitel 8.1.1). In Bezug auf die planerische Umsetzung verfolgt sie das Ziel der Verbesserung des Planungsergebnisses im Sinne einer bedarfsgerechten Planung, wofür die in der Interessensabwägung abgeholten und abgewogenen Anliegen einen wichtigen Bestandteil darstellen. Solche Übereinstimmungen von Aufgaben und Zielen finden sich auch bei anderen Expert\*innen. Das zeigt, dass die Ziele der Expert\*innen stark von ihren Aufgaben abhängig sind (vgl. Kapitel 7.1 und Tabelle 8).

Daraus lässt sich ableiten, dass für die Akteur\*innen in der Verwaltung bei den planungsrechtlichen und Steuerungsaufgaben ökonomische und demokratische Funktionen, bei vermittelnden und sozialen Aufgaben hingegen eher demokratische und emanzipatorische Funktionen im Vordergrund stehen (vgl. Kapitel 2.3).

Zudem ist den Autoren aufgefallen, dass vom Kantonsbaumeister und von der Projektleiterin von klybeckplus in Bezug auf die Interessensabwägung in der planungsrechtlichen Umsetzung auch das Einbeziehen von externen Verbänden und Vereinen sowie internen Fachstellen vermehrt als Partizipation betrachtet wird. So rücken eher Expert\*innen beziehungsweise Repräsentant\*innen von Themen mit spezifischen Kompetenzen als Ausgangspunkt von partizipativen Prozessen ins Zentrum. Dies kann, nach Ansicht der Autoren, teils als indirekte bzw. stellvertretende Form von Partizipation (vgl. Tabelle 2) betrachtet werden (z.B. Vereine und Verbände), unterscheidet sich jedoch deutlich von einer Partizipation, welche z.B. die betroffenen Quartierbewohner\*innen direkt als Ausgangspunkt hat. Der Austausch mit internen Fachstellen und Fachexpert\*innen deutet auf ein breites Partizipationsverständnis hin, wonach jegliche Austauschprozesse zwischen Personen und Personengruppen als Partizipation aufgefasst werden (Köti & Drilling, 2014, S. 5). Damit ergibt sich jedoch auch die Schwierigkeit einer Abgrenzung in Bezug auf die Frage: Was ist denn nicht Partizipation?

Über die Ziele lassen sich somit Aussagen zum Partizipationsverständnis der Befragten machen. Das demokratietheoretische Verständnis prägt das Partizipationsverständnis eher subjektiv, während das funktionale Verständnis eher mit der eingenommenen Aufgabe einhergeht. Das Verständnis von Partizipation ist somit nach Ansicht der Autoren funktions- und personenabhängig.

## 8.2 Von unterschiedlichen Interessen über gemeinsame Ziele zu Rahmenbedingungen für die Beteiligung

In Bezug auf die Durchführung des Beteiligungsverfahrens im Rahmen des Projekts klybeckplus erachten die Autoren die Interessen beziehungsweise Ziele der Planungspartner\*innen, also von Kanton (Staat) und Grundeigentümer\*innen (Markt), als ausschlaggebend, weil sie die Prozesseigner\*innen sind. Das bedeutet, dass sie über die meiste Macht im Projekt klybeckplus verfügen und die wegweisenden Entscheide treffen. Die Autoren haben deshalb in der folgenden Tabelle jene Interessen aufgelistet, welche für die Kooperation zwischen Kanton und Grundeigentümer\*innen sowie auch für den Beteiligungsprozess des Projekts klybeckplus relevant sind.

Die Interessen und Ziele in Standardschrift sind von den Expert\*innen genannt worden. Die Autoren haben weitere aus den Funktionen von Partizipation (vgl. Kapitel 2.3) nach Lüttringhaus (2000, S. 75-79), welche hier auch zutreffen könnten, in kursiver Schrift ergänzt. Damit können Interessen und Motive, welche zur Durchführung von Partizipationsverfahren bestehen, aufgezeigt werden (siehe Tabelle 13). Liegen die Hauptziele und Interessen vor, kann zudem das Demokratie- und Partizipationsverständnis eingeschätzt werden. Es kann unterschieden werden, ob Partizipation als Mittel verstanden wird, um andere Ziele zu erreichen, oder ob die Partizipation das eigentliche Ziel ist. Partizipation als Mittel kann tendenziell dem liberalen Demokratieverständnis zugeordnet werden, wenn das damit verfolgte Ziel auf partikularen Interessen basiert. Wenn das Ziel die Verbesserung des Gemeinwohls oder die Legitimation von Entscheidungsprozessen ist, lässt es sich eher einem deliberativen Verständnis zuordnen. Die Spalte für partizipatorische Interessen wurde weggelassen, da hierfür keine Nennungen vorliegen. Das Ziel eines grossen und breit abgestützten partizipativen Prozesses weist jedoch einen partizipatorischen Charakter auf.

Interessen und Ziele			
	Hauptziel	demokratisch	ökonomisch
<b>Kanton</b>	einen lebenswerten neuen Stadtteil schaffen (deliberativ)	Grosser, breit abgestützter partizipativer Prozess (deliberativ   partizipatorisch) <i>Steuerungsressourcen erweitern</i>	Minimieren von Einsprachen (liberal) Bedarfsgerechte Planung (deliberativ   liberal)
<b>Grundeigentümer*innen</b>	Verkauf zum höchsten Preis (liberal)		Minimieren von Einsprachen (liberal) <i>sozialer Frieden als Standortfaktor (liberal)</i> <i>Planungsakzeptanz (liberal   deliberativ)</i>

Tabelle 13 Die Interessen und Ziele der Planungspartner\*innen (eigene Darstellung, mit Ergänzungen in Anlehnung an Lüttringhaus, 2000, S. 75-79)



Das Interesse der Grundeigentümer\*innen, ihre Arealanteile zum bestmöglichen Preis zu verkaufen (vgl. Kapitel 7.3), erachten die Autoren als zentral für eine Kooperation mit dem Kanton, weil dieser bei den Massnahmen zur Bodenumnutzung gewisse Rahmenbedingungen setzen kann. Gleichzeitig müssen die Pläne öffentlich aufliegen, worauf die Bevölkerung Einsprache erheben und dadurch eine Zonenänderung verhindern beziehungsweise hinauszögern könnte. Solche Ungewissheiten stellen Risiken dar, welche sich wohl auf den Verkaufspreis auswirken. Zudem kann sich ein konfliktgeladenes Areal auf den Ruf von Grundeigentümer\*innen auswirken, womit auch Standortfaktoren, wie z.B. sozialer Friede, ins Spiel kommen können.

Seit der Formalisierung der Planungspartnerschaft zwischen dem Kanton und den Grundeigentümer\*innen rücken vermehrt auch demokratische Funktionen von Partizipation ins Zentrum, wobei diese laufend unter den Planungspartner\*innen ausgehandelt werden müssen. Das Ziel des Verkaufs ihrer Arealanteile zum höchsten Preis ist jedoch eindeutig ein auf partikularen Interessen beruhendes Ziel der Grundeigentümer\*innen und somit einem liberalen Verständnis von Demokratie zuzuordnen. Für die Grundeigentümer\*innen mit einem liberalen Verständnis ging es nach Einschätzung der Autoren um ein Optimum und nicht um ein Maximum an Beteiligung.

Durch eine Planungspartnerschaft mit den beiden Grundeigentümer\*innen konnte der Kanton sicherlich seine Steuerungskompetenz beziehungsweise seine Gestaltungsmacht ausbauen. Die privaten Grundeigentümer\*innen wären nicht verpflichtet, einen informellen Beteiligungsprozess durchzuführen und der Kanton hat sich wohl stark für einen solchen eingesetzt. Jedoch birgt die Kooperation für den Kanton neben erweiterten Steuerungskompetenzen auch das Risiko, Kompromisse einzugehen, bei welchen nicht das Gemeinwohl, sondern partikulare Interessen im Vordergrund stehen und so ins Visier von Konflikten zu geraten. Damit verbunden ist die ideologische Grundsatzfrage, ob sich eine links-grüne Regierung als unmittelbare Partnerin von (neo)liberalen Grundeigentümer\*innen verstehen darf und wie glaubwürdig diese Partnerschaft für die Bevölkerung ist.

So war beispielsweise die vorgesehene Bebauungsdichte des Areals im Projekt klybeckplus nicht Verhandlungsgegenstand. Dies lässt sich damit erklären, dass die Renditemöglichkeiten und somit die Hauptinteressen der Grundeigentümer\*innen tangiert würden. Des Weiteren waren zusätzlich die Beteiligungsformate nicht verhandelbar (vgl. Kapitel 7.4). Dies zeigt, dass die Interessen der Grundeigentümer\*innen beziehungsweise der Planungspartner\*innen gewisse Themen nicht zugelassen haben. Dies kann im Sinne eines deliberativen Prozesses kritisiert werden, da in dem Fall nicht das bessere Argument, sondern die privaten Interessen zählen.

Hier könnte eine kritische Diskussion in Bezug auf die Governance anknüpfen. Es könnte der Vorwurf erhoben werden, dass durch die Planungspartnerschaft eine Fragmentierung und Informalisierung der Verantwortlichkeiten stattgefunden hat (Klöti, 2016, S. 62). Es ist davon auszugehen, dass weniger klar ist, wer die Rechenschaft im Planungsprozess gegenüber der Gesamtbevölkerung übernimmt (ebd.) und somit weniger nachvollziehbar, wie die Rahmenbedingungen zustande kommen beziehungsweise intransparent wird, wessen und welche Interessen sich in ihnen widerspiegeln. Dies kann wiederum gekoppelt mit der Selektion von partizipativen Prozessen Machtungleichheiten reproduzieren (vgl. Kapitel 3.5.1). Die Tatsache, dass es in der Verwaltung selbst nicht klar ist, welches Departement für die Mitwirkung in Stadtentwicklungsprozessen im Kanton Basel-Stadt verantwortlich ist (vgl. Kapitel 7.1), verstärkt nach Ansicht der Autoren zusätzlich die Unklarheit in Bezug auf die Rechenschaft im Planungsprozess gegenüber der Gesamtbevölkerung.

Am Projekt klybeckplus lässt sich die gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Grundeigentümer\*innen (vgl. Kapitel 3.3.2) erkennen. Die Grundeigentümer\*innen können nur innerhalb der rechtlichen Voraussetzungen des Staates im Bebauungsplan bauen, dieser wird jedoch erst dann wirksam, wenn die Grundeigentümer\*innen innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens bauen wollen (Selle, 2017, S. 10).

### 8.3 Selektivität der Beteiligungsveranstaltungen

Die Bewertung der Expert\*innen hat gezeigt, dass die Diversität der Teilnehmer\*innen an den Beteiligungsveranstaltungen noch hätte ausgebaut werden können. Diese Einschätzung teilen die Autoren. Es überrascht jedoch, dass die einseitigen Beteiligungsformate nicht von allen Expert\*innen als ausschlaggebend betrachtet wurden (vgl. Kapitel 7.4).

Aufgrund dessen, dass der Ausbau von Beteiligungsformaten nicht Teil der Verhandlungsmasse war (vgl. Kapitel 7.4), könnte dieses Thema wieder abgeschlossen werden. Wenn jedoch die Planungspartner\*innen einen Mitwirkungsantrag nach Paragraph 55 stellen, in dem explizit die Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung der betroffenen Quartierbevölkerung rechtlich geregelt ist (vgl. Kapitel 5.4) und die vier unmittelbar angrenzenden Quartiere des Areals des Projekts klybeckplus (Kleinhüningen, Matthäus, Rosental und Klybeck) mit durchschnittlich über 50 Prozent die höchsten Ausländer\*innenanteile der Stadt aufweisen, muss nach Ansicht der Autoren unweigerlich die Frage gestellt werden: Warum waren die Planungspartner\*innen nicht dazu verpflichtet, verschiedene Beteiligungsformate durchzuführen und warum hat der Kanton diese als Planungspartner nicht stärker eingefordert?

Mit den Beteiligungsveranstaltungen wurde eine direkte Beteiligungsform gewählt. Die Begehungen können zwar ebenfalls als direkt bezeichnet werden. Jedoch dienen sie eher dazu, das

Areal von innen zu zeigen, was als Ausgangspunkt für die folgenden Beteiligungsveranstaltungen wichtig war. Letztlich stellten sie aber nicht wirklich ein Beteiligungs- sondern ein Informationsformat dar. Die drei durchgeführten Beteiligungsveranstaltungen über den Zeitraum von einem Jahr weisen auf eine sehr punktuelle Beteiligung hin.

Grundsätzlich kann aus Sicht der Autoren gesagt werden, dass im Beteiligungsverfahren des Projekts klybeckplus wenig dafür unternommen wurde, die Beteiligungsveranstaltungen für Teilnehmer\*innen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Folgender Auszug aus der einzigen Hauswurfsendung, welche für die Begehung und die erste Beteiligungsveranstaltung verteilt wurde, bringt die Ausschlusskriterien relativ deutlich auf den Punkt:

«Die Anmeldung erfolgt online über [www.klybeckplus.ch/veranstaltungen](http://www.klybeckplus.ch/veranstaltungen). Aus Gründen von Sicherheit und Organisation ist es notwendig, dass wir auch die Personalien von Begleitpersonen kennen. Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss jeder Veranstaltung. Sie erhalten eine Bestätigung per E-Mail, sobald Ihre Anmeldung aufgenommen worden ist.» Weiter heisst es: «Die Teilnahme ist möglich ab 16 Jahren. Die Teilnehmerzahlen sind beschränkt – berücksichtigt werden die Anmeldungen nach Eingang. Veranstaltungssprache ist Deutsch.» (klybeckplus Hauswurfsendung, 2016, S. 1)

Die Veranstaltungen konnten nur bei vorangehender Anmeldung besucht werden, welche zudem online zu erfolgen hatte. Zu Beginn musste dafür ein Benutzer\*innenkonto auf der Website des Projekts klybeckplus eingerichtet werden. Das wurde im Verlauf des Beteiligungsverfahrens angepasst: «Die Anmeldung zu den Veranstaltungen ist vereinfacht worden und funktioniert nun ohne Login/Benutzerkonto. Mit einem Mausklick auf die gewünschte Veranstaltung gelangen Sie zum Anmeldeformular» (klybeckplus Veranstaltung, ohne Datum).

Somit waren die Beteiligungsveranstaltungen offen für alle, die von den Beteiligungsveranstaltungen mitbekommen haben, älter als 16 Jahre sind, über ein internetfähiges Gerät verfügen, Deutsch sprechen und Zeit hatten. Aus soziokultureller Perspektive könnte die Liste fortgeführt werden mit einem Interesse für Stadtentwicklung, der Bereitschaft, sich in der Freizeit zu engagieren, Erfahrung und Kompetenzen darin, sich zu Themen zu äussern und sich einzubringen. Welchen Beitrag die Soziokulturelle Animation in Bezug auf die Selektivität leisten kann, wird im Kapitel 9 ausgeführt.

Nach Hebestreit (2013) ist für eine höhere Repräsentativität der Teilnehmer\*innen meist davon abzuraten, Beteiligungsverfahren im Sinne einer Selbstauswahl für alle Interessierten zu öffnen, da die Teilnehmenden dann meist Akteur\*innen sind, welche persönliche Interessen und Ziele verfolgen (S. 81). Zudem bestehe die Gefahr eines «partizipatorischen *Bias*», wobei

die Teilnehmenden aus gewissen Teilen der Bevölkerung (bildungsnahe Personen) überrepräsentiert sind und andere (bildungsferne und einkommensschwache Schichten) ausgeschlossen werden (Hebestreit, 2013, S. 81). Darauf aufbauend schlägt Hebestreit (2013) die Zufallswahl oder eine Fremdauswahl (durch eine unabhängige Instanz) vor, um der Vielfalt von Interessen und Meinungen gerechter zu werden (S. 81). Die Zufalls-, Selbst- und Fremdauswahl können auch miteinander kombiniert werden (ebd.). Die Autoren sind der Meinung, dass ergänzende Formate unter Zufalls- oder Fremdauswahl im Beteiligungsverfahren des Projekts klybeckplus durchaus umgesetzt werden könnten und dadurch das Spektrum an Interessen und Meinungen vergrössert beziehungsweise diversifiziert werden könnte.

Zudem wurde mit dem Fachbeirat des Projekts klybeckplus auf eine stellvertretende Form der Beteiligung gesetzt. Im Fachbeirat waren Vertreter\*innen der Verwaltung (Fachstelle Stadtteilentwicklung) und der Stadteilsekretariate (bzw. Quartierkoordination) vertreten. Die Stadteilsekretariate sind zwar Bindeglieder zwischen der Verwaltung und der Quartierbevölkerung, jedoch wird darin die Quartierbevölkerung über Repräsentant\*innen von Quartierorganisationen vertreten. Der Fachbeirat war also aus Stellvertretenden von Stellvertretenden zusammengesetzt, wobei es nach Ansicht der Autoren durchaus möglich wäre, auch direktere Stellvertreter\*innen einzubinden.

## 9. Schlussfolgerungen für die Soziokulturelle Animation

Die Schlussfolgerungen für die Soziokulturelle Animation (SKA) im Feld der Stadtentwicklung und im Speziellen bei partizipativen Prozessen in der Stadtentwicklung sollen hier präsentiert werden. Dabei werden auch die im Darstellungsteil (Kapitel 7.6) aufgezeigten Einschätzungen der Expert\*innen diskutiert. Die Autoren stellen einige Anknüpfungspunkte für die SKA im Feld der Stadtentwicklung fest:

### 9.1 Klärung des Partizipationsverständnisses

Für die SKA, welche in vielen ihrer Projekte eine partizipative Arbeitsweise pflegt, ist es von zentraler Bedeutung, dass es unterschiedliche Verständnisse von Partizipation gibt. Dadurch können der Stellenwert sowie auch die Ziele, welche mit Partizipation verfolgt werden, unterschiedlich sein. Speziell bei der interdisziplinären Zusammenarbeit, welche in der SKA häufig vorkommt, ist es daher zentral, das Verständnis von Partizipation zu Beginn eines Projekts oder Prozesses genau zu klären. Ansonsten könnten sich unterschiedliche Verständnisse auf den weiterführenden Prozess der Umsetzung und die Bewertung auswirken.

Die Verständnisse können über die Klärung von Begriffen und Definitionen erörtert werden. Hierbei kann, wie im Forschungsteil ersichtlich wurde (vgl. Kapitel 8.1.1), nicht angenommen werden, dass die gleiche Verwendung von Begriffen auf das gleiche Verständnis verweist, da viele Personen keine oder verschiedene theoretische Konzepte verfolgen. Zudem ist die Erkenntnis wichtig, dass auch innerhalb von Disziplinen verschiedene Verständnisse existieren. Diesen liegen zwar vielleicht die gleichen theoretischen Konzepte zugrunde, sie werden aber unter Umständen durch eine persönliche Haltung zu Demokratie und Partizipation ausdifferenziert. In der Stadtentwicklung scheint den Autoren eine Abstimmung der Begriffe und Definitionen von besonderer Bedeutung, weil es ein interdisziplinäres Feld ist, an dem, wie in Kapitel 3 ersichtlich wurde, im Grunde alle teilhaben, sich beteiligen oder auf unterschiedliche Art und Weise mitwirken.

Die genaue Klärung der Begriffe und Definitionen kann dahingehend auch Missverständnissen, damit verbundene Enttäuschungen und falsche Erwartungen betreffend des Grades der Beteiligung oder der Mitwirkung vorbeugen. Den Autoren erscheint hierfür die Unterscheidung von Teilhabe im engeren und weiteren Sinne (vgl. Kapitel 3.4) für die Stadtentwicklung im Kanton Basel-Stadt sinnvoll, da die Autoren diesbezüglich Missverständnisse beziehungsweise unterschiedliche Erwartungen auffindig machen konnten (vgl. Kapitel 8.1.1).

Die Autoren erachten die Differenzierung der demokratischen, ökonomischen und emanzipatorischen Funktionen von Partizipation in der Stadtentwicklung als äusserst wichtig. Einerseits

kann diese Differenzierung zur Einordnung von unterschiedlichen Motiven und Interessen dienen. Andererseits kann sie Professionelle der SKA dabei unterstützen, im Vorfeld abzuschätzen, welche Akteur\*innen an welchen Funktionen interessiert sein könnten, um darauf aufbauend akteurs- und aufgabenbezogene Argumentationslinien zu erarbeiten, welche die Akteur\*innen von der Durchführung partizipativer Prozesse überzeugen.

## 9.2 Die Governance-Perspektive und die Soziokulturelle Animation

Die Auseinandersetzung mit der Governance-Perspektive war für die Autoren hilfreich. Sie teilen die Ansicht von Arthur Benz (2004), dass sich Governance als analytische Perspektive eignet, um für Übersicht in den komplexen Verfahren und Strukturen des kollektiven Handelns von Staat, Markt und Bevölkerung bzw. Zivilgesellschaft zu sorgen (S. 27). Nach Ansicht der Autoren kann sie bestehende Machtstrukturen verdeutlichen und helfen, den Handlungsspielraum zu erkennen. Beides ist für die soziokulturelle Arbeitsweise wichtig.

Das Aufzeigen von Machtverhältnissen in einem Stadtentwicklungsprozess ist zum einen bedeutsam, um sich als Professionelle der SKA positionieren zu können. Dies beispielsweise indem festgestellt wird, welche Akteur\*innen über weniger Durchsetzungschancen verfügen, welche Interessen diese haben und wie man sie unterstützen kann. Zum anderen sind die mit den Machtpositionen einhergehenden Handlungsoptionen für die Bewertung von partizipativen Prozessen bedeutend, weil das Handeln der verschiedenen Akteur\*innen dadurch erst genügend in Bezug auf die Verfahrensgerechtigkeit eingeschätzt werden kann. Durch das Eruiere der Nicht-Mächtigen und ihren Interessen kann zudem das Ergebnis eines Partizipationsprozesses im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Kapitel 4.5) bewertet werden.

Governance als Analyseinstrument eignet sich nach Ansicht der Autoren für die SKA allgemein als Ausgangspunkt einer Analyse sowie zur laufenden Orientierung bei der Einnahme einer allparteilichen Haltung. Die Autoren sehen den stärkeren Einbezug von normativen Konzepten wie z.B. der Partizipativen Governance (vgl. Kapitel 3.5.2) als wichtig an, um der partizipatorischen Seite der SKA beziehungsweise dem Ausgangspunkt des Individuums und seiner lebensweltlichen Auffassung gerecht zu werden. Nach Benz et al. (2007) stellt Governance einen Brückenbegriff dar, welcher die Kommunikation zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen ermöglicht (S. 16). Möglicherweise kann die SKA mit Governance als Brückenbegriff ihrer Bestimmung als Brückenbauerin, worin sie «das Verständnis der Menschen voneinander, das Verständnis füreinander, Begegnungen, Wechselseitigkeit, Zuverlässigkeit, Vertrauen und auf diesem Pfad fortschreitend letztlich zwischenmenschlichen Zusammenhalt [fördert]» (Gregor Husi, 2013, S. 150) noch weiter ausbauen.

### 9.3 Soziokulturelle Animation für die Diversifizierung von Meinungen und Anliegen

Aus Sicht der SKA ist es aus einer parteilichen sowie einer allparteilichen Haltung wichtig, dass Individuen und Gruppen mit verschiedener sozialer Herkunft ihre Interessen, Meinungen und Anliegen einbringen können. Deswegen ist es für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess unabdingbar, über verschiedene Beteiligungsformate unterschiedliche Zielgruppen einzubinden (vgl. Kapitel 3.5.1). Dabei geht es nicht um eine grössere Anzahl Menschen, sondern mehr um ein breiter abgedecktes Meinungsspektrum. Hierbei sehen die Autoren viele Anknüpfungspunkte für die SKA.

Zum einen sind Professionelle der SKA geübt in der Konzipierung und Umsetzung von niederschweligen und bedürfnisorientierten Projekten. Zum anderen liegt eine Stärke der SKA im direkten Beziehungs- und Vertrauensaufbau mit den Menschen vor Ort. Der niederschwellige Zugang zu ebendiesen wurde auch von den Expert\*innen als mögliche Aufgabe für die SKA beschrieben (vgl. Kapitel 7.6). Dabei wurde unter anderem die Idee einer Anlaufstelle vor Ort thematisiert, bei der sich die Bevölkerung direkt einbringen könnte. Diese Idee finden die Autoren zwar grundsätzlich nicht falsch, jedoch erfordert der Beziehungs- und Vertrauensaufbau Zeit. Mit den Quartiertreffpunkten gibt es bestehende und verankerte Institutionen in den Quartieren, welche aber in Bezug auf das Projekt klybeckplus weder auf offiziellen Dokumenten noch von den Expert\*innen erwähnt werden.

Soziokulturelle Animator\*innen in den Quartier- oder Jugendtreffpunkten sind bereits mit verschiedenen Quartierbewohner\*innen und Schlüsselpersonen im Quartier vernetzt und könnten zur Diversifizierung von Meinungen und Bedürfnissen beitragen. Jedoch ist ein Commitment von Seiten der Planungspartner\*innen nötig, bevor beispielsweise ein konkretes Projekt ausgearbeitet werden könnte. Ein solches Commitment würde z.B. beinhalten, dass die Ergebnisse aus einem soziokulturellen Projekt in die Planung einfliessen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass es zu einer Alibiübung wird, es zu Enttäuschungen kommt und aus professioneller Sicht das Vertrauen der Adressat\*innen riskiert wird. Zudem müssten hier, je nach Umfang eines Projekts, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

## 9.4 Positionierung der Soziokulturellen Animation

Eine Herausforderung für die SKA ist, überhaupt erst als Akteurin beziehungsweise Expertin in anderen Expert\*innensystemen, wovon es in der Stadtentwicklung einige gibt, wahrgenommen zu werden. Dies wurde auch von der Mitarbeiterin des Büros MICHAEL EMMENEGGER angesprochen (vgl. Kapitel 7.6). Dazu sind nach Fritsche und Wigger (2016) verschiedene Fragen zu klären: Tragen die Expert\*innensysteme zur Entlastung oder zur Entmachtung der Bevölkerung bei? (S. 76) Inwiefern versteht sich die Soziale Arbeit als Stellvertreterin von Interessen der Bevölkerung beziehungsweise kann sie überhaupt «einen Vertretungsanspruch geltend machen?» (Fritsche & Wigger, 2016, S. 76) Gefolgt von diesen Fragen muss die Priorisierung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen im Planungsprozess beziehungsweise die Verteilung der Durchsetzungsmacht geklärt sein (ebd.).

Zudem müsste sich die SKA nach Ansicht der Autoren selbstbewusster im Feld der Stadtentwicklung einbringen. Das setzt jedoch die genaue Kenntnis des Felds der Stadtentwicklung und der Einflussmöglichkeiten (z.B. bei Planungsinstrumenten) voraus, um die Planungsinhalte adressat\*innengerecht übersetzen zu können.

Matthias Drilling und Patrick Oehler (2016) sehen die Rolle der Sozialen Arbeit in Planungsprozessen auch darin, Planungsverantwortliche zur Reflexion anzuregen, indem sie ihre Planungsideale (bspw. Soziale Mischung) mit empirischen Befunden hinterfragen (S. 96). Dafür soll die Soziale Arbeit einen kritischen Abstand zu den Planenden wahren (ebd.).

Klöti (2016) misst angesichts der machterhaltenden und machtumverteilenden Partizipations-tendenzen (vgl. Tabelle 5) der Orientierung am Konsens beziehungsweise am Konflikt eine wichtige Bedeutung bei (S. 68). Darauf aufbauend plädiert sie für eine Soziale Arbeit, welche eine konfliktorientierte, partizipative Stadtentwicklung vorantreibt, weil erst dadurch vorherrschende Machtverhältnisse thematisiert, in Frage gestellt und umgestaltet werden können (ebd.). Ansätze wie das Community Organizing nach Saul Alinsky (1984) oder die konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit nach Bahr und Gronemayer (1974) beabsichtigen die Veränderung von Machtstrukturen und die Verbesserung von Lebensbedingungen mittels Konflikt (Klöti, 2016, S. 69). Jedoch müsse kritisch überprüft werden, inwiefern diese von der unternehmerischen Stadt instrumentalisiert werden könnten (ebd.).

Die Autoren sehen in konfliktorientierten Ansätzen vor allem dann Potenzial, wenn Professionelle der SKA in einer parteilichen Haltung im Feld der Stadtentwicklung nahe an ihren Adressat\*innen agieren. Bei der Einnahme einer allparteilichen Haltung können konfliktorientierte Ansätze jedoch eher hinderlich sein. Dann schätzen die Autoren eher das Eingehen von Kooperationen als förderlich ein, da mit diesen auch die Gestaltungsmacht der eigenen Rolle oder Institution ausgebaut werden kann.



Die Positionierung von Professionellen der SKA im Feld der Stadtentwicklung wird immer wieder als Gratwanderung und Handeln aus einer Zwischenposition beschrieben. Darin sehen die Autoren das Risiko, dass Professionelle der SKA aufgrund dieser schwierigen Aufgabe dazu tendieren könnten, keine klare Position zu beziehen und im Dazwischen zu verharren. Dies ist aus Sicht der Autoren jedoch für den Aufbau von Vertrauen, Beziehungen und Kooperationen auf alle Seiten hin hinderlich, weil der Eindruck einer inkongruenten Haltung beziehungsweise Positionierung entstehen kann. Deshalb plädieren die Autoren für eine klare Positionierung und eine kongruente Haltung. Dies heisst nicht, dass nur eine Position beziehungsweise Haltung eingenommen werden kann, sondern vielmehr, wie es Fehren (2016) ausdrückt, in der intermediären Funktion «nicht zwischen sondern auf zwei Stühle(n)» gesessen wird (S. 64). Der eine Stuhl dient der Förderung der Selbstorganisation und -bestimmung «nahe an der Lebenswelt der Menschen» und der andere ermöglicht es, die professionelle Funktion wahrzunehmen und die institutionellen Handlungsräume zu erweitern (Fehren, 2016, S. 64).

## 10. Ausblick

Damit die SKA im Feld der Stadtentwicklung Fuss fassen kann, muss sie nach Ansicht der Autoren noch selbstbewusster im Feld der Stadtentwicklung auftreten. Dafür solle sie sich sowie auch ihre Adressat\*innen im Sinne einer reflexiven räumlichen Haltung, als konstitutiven Teil der Raumproduktion verstehen (Fabian Kessel & Christian Reutlinger, 2010, S. 251). Dieses Selbstverständnis von Soziokulturellen Animator\*innen wurde in der vorliegenden Arbeit nicht explizit untersucht, jedoch könnte es nach Ansicht der Autoren einen interessanten Untersuchungsgegenstand für zukünftige Forschungsarbeiten darstellen.

Zudem müssten in Anbetracht an die bevorstehenden Arealentwicklungen sowie die Stadtentwicklungsprozesse im Kanton Basel-Stadt generell dringend geklärt werden, welches Departement für die Mitwirkung verantwortlich ist. Auch hier könnte eine Forschungsarbeit, welche sich auf Akteur\*innen der Verwaltung fokussiert, zusätzliche Einblicke geben.

In Bezug auf die weitere Entwicklung des Areals im Projekt klybeckplus ist schwer zu sagen, wer letztlich über die stärkeren Druckmittel bzw. Schlüsselressourcen verfügt: Sind es die (künftigen) Grundeigentümer\*innen mit ihren Arealteilen und den finanziellen Mitteln, um ein solches Areal zu bebauen? Ist es der Kanton Basel-Stadt mit seinen rechtlichen und politischen Steuerungskompetenzen? Oder ist es die Bevölkerung mit Möglichkeiten wie der formellen Einsprache, der Lancierung von Initiativen oder der Ergreifung eines Referendums? Wahrscheinlich ist das Aushandlungsgeschick und die Kompromissbereitschaft auf allen Seiten massgebend. Es ist jedoch zu hoffen, dass der Kanton bei Projekten von gesamtstädtischer Relevanz höhere Ansprüche verfolgt, als einzig die planungsrechtlichen Voraussetzungen für private Investitionen zu schaffen.

## 11. Quellenverzeichnis

- Alisch, Monika (2015). Sozialraum und lokale Governanceprozesse – Handeln und aushandeln in der Sozialraumentwicklung. In Monika Alisch (Hrsg.). *Sozialraum und Governance: Handeln und Aushandeln in der Sozialraumentwicklung* (S. 7-18). Opladen Berlin Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Benz, Arthur (2004). Einleitung: Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?. In Arthur Benz (Hrsg.). *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung* (1. Auflage, S. 11-28). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, Arthur, Lütz, Susanne, Schimank, Uwe, & Simonis, Georg (Hrsg.). (2007). *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder* (1. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bogner, Alexander, Littig, Beate, & Menz, Wolfgang (2014). Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (RPG), AS 1979 1573, SR 700
- Drilling, Matthias & Schnur, Olaf (2009). Governance – ein neues Zauberwort auch für die Quartiersentwicklung?. In Matthias Drilling & Olaf Schnur (Hrsg.). *Governance der Quartiersentwicklung: Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen* (1. Auflage, S. 11-26). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Drilling, Matthias & Oehler, Patrick (2016). Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer planungsbezogenen Perspektive. In Matthias Drilling & Patrick Oehler (Hrsg.). *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen* (2. Auflage, S. 87-109). Wiesbaden: Springer VS.
- Durrer Eggerschwiler, Bea & Störkle, Mario (2016). Partizipieren. In Mario Störkle, Bea Durrer Eggerschwiler, Barbara Emmenegger, Colette Peter & Alex Willener (Hrsg.). *Sozialräumliche Entwicklungsprozesse in Quartier, Stadt, Gemeinde und Region* (S. 81-89). Luzern: interact Verlag.

Emmenegger, Barbara (2016). Grundlagen zur Partizipation im gesellschaftlichen und politischen Kontext. Ppt Präsentation vom 13.4.2016 im Rahmen des CAS Gemeinde und Stadtentwicklung. HSLU Luzern.

Fehren, Oliver (2016). Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In Matthias Drilling & Patrick Oehler (Hrsg.). *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen* (2. Auflage, S. 57-69). Wiesbaden: Springer VS.

Flick, Uwe (2016). *Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung* (8. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt's Enzyklopädie im Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Fritsche Caroline & Wigger, Annegret (2016). *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus reflexiv räumlicher Perspektive*. In Matthias Drilling & Patrick Oehler (Hrsg.). *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen* (2. Auflage, S. 71-85). Wiesbaden: Springer VS.

Hangartner, Gabi (2013). Ein Handlungsmodell für die Soziokulturelle Animation zur Orientierung für die Arbeit in der Zwischenposition. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (2. Auflage, S. 265–322). Luzern: Interact.

Hebestreit, Ray (2013). *Partizipation in der Wissensgesellschaft: Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*. Wiesbaden: Springer VS.

Heinlet, Hubert (2004). Governance auf lokaler Ebene. In Arthur Benz (Hrsg.). *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung* (1. Auflage, S. 29-44). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hofmann, Daniel M. (1997). Wird Basel Stadt der Pharma-Superlative?. Zwei neue Sterne am Basler Chemie-Himmel. In Christoph Merian Stiftung (Hrsg.). *Basler Stadtbuch 1997* (Ausgabe 1997, S. 55-57). Basel: Christoph Merian Verlag

Hug, Annette (2013). Eine Praxis der alltäglichen Demokratie. Zur Aktualität von Jean Claude Gillets «Animation. Der Sinn der Aktion» und Marcel Spierts «Balancieren und Stimulieren». In Bernhard Wandeler (Hrsg.). *Soziokulturelle Animation: Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (2. Auflage, S. 203-222). Luzern: Interact.

Husi, Gregor (2013). Die Soziokulturelle Animation aus strukturierungs- theoretischer Sicht. In Bernhard Wandeler (Hrsg.). *Soziokulturelle Animation: Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (2. Auflage, S. 97-155). Luzern: Interact.

Kanton Basel-Stadt (2016a). *Planungsvereinbarung zwischen Novartis, BASF und dem Kanton. Arealentwicklung Klybeck Phase 1 und 2*. Gefunden unter: <https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/05/Planungsvereinbarung-1.pdf>

Kanton Basel-Stadt (2016b). *Leitfaden zur Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadt Basel*. Basel: Autor.

Kessl, Fabian & Reutlinger, Christian (2010). Sozialraum. In Caroline Fritsche, Eva Lingg, & Christian Reutlinger (Hrsg.). *Raumwissenschaftliche Basics: Eine Einführung für die soziale Arbeit* (1. Auflage, S. 247-255). Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Klöti, Tanja (2016). Partizipative Stadtentwicklung, neoliberale Stadtpolitik und stadtteilbezogene Soziale Arbeit. In Patrick Oehler, Nicola Thomas & Matthias Drilling (Hrsg.). *Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke* (S. 53–73). Wiesbaden: Springer VS.

Klöti, Tanja & Drilling, Matthias (2014). *Warum eigentlich Partizipation? Sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Partizipationsverständnisse in der Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume*. Basel: Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung, Fachhochschule Nordwestschweiz.

klybeckplus Akteure (ohne Datum). *Akteure mit unterschiedlichen Aufgaben*. Gefunden unter: <https://klybeckplus.ch/akteure/>

klybeckplus Ausgangslage (ohne Datum). *Ein Industriegebiet im Wandel*. Gefunden unter: <https://klybeckplus.ch/projektklybeckplus/>

klybeckplus Beteiligung (ohne Datum). *Mitmachen, informiert bleiben*. Gefunden unter:

<https://klybeckplus.ch/beteiligung/>

klybeckplus Geschichte (ohne Datum). *Ein Areal mit (farben-) reicher Geschichte*. Gefunden unter:

<https://klybeckplus.ch/geschichte/>

klybeckplus Veranstaltung (ohne Datum). *So können Sie sich zu einer Veranstaltung anmelden*.

Gefunden unter: <https://klybeckplus.ch/veranstaltungen/#f1>

klybeckplus Pressefotos (2016). *Perimeter, Planübersicht vom 24.05.2016*. Gefunden unter:

<https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/05/klybeckplus-perimeter.pdf>

klybeckplus Protokoll (2016). *Protokoll der Beteiligungsveranstaltung vom 24.09.2016*. Gefunden

unter: [https://klybeckplus.ch/wp-](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/11/161007_klybeckplus_Beteiligung240916_Protokoll.pdf)

[content/uploads/2016/11/161007\\_klybeckplus\\_Beteiligung240916\\_Protokoll.pdf](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/11/161007_klybeckplus_Beteiligung240916_Protokoll.pdf)

klybeckplus Hauswurfsendung (2016). *Einladung zu geführten Touren und Beteiligung August/September 2016*. Gefunden unter: [https://klybeckplus.ch/wp-](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/08/klybeckplus_Hauswurfsendung.pdf)

[content/uploads/2016/08/klybeckplus\\_Hauswurfsendung.pdf](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/08/klybeckplus_Hauswurfsendung.pdf)

[content/uploads/2016/08/klybeckplus\\_Hauswurfsendung.pdf](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2016/08/klybeckplus_Hauswurfsendung.pdf)

klybeckplus (2018). *Schlussbericht Testplanung*. Gefunden unter: [https://klybeckplus.ch/wp-](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2019/01/Synthesebericht_final.pdf)

[content/uploads/2019/01/Synthesebericht\\_final.pdf](https://klybeckplus.ch/wp-content/uploads/2019/01/Synthesebericht_final.pdf)

Lüttringhaus, Maria (2000). *Stadtentwicklung und Partizipation: Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt*. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Mayer, Horst Otto (2004). *Interview und schriftliche Befragung: Entwicklung, Durchführung und*

*Auswertung* (2., verbesserte Auflage). München: Oldenbourg.

Möckli, Andreas (2008). Ciba – ein Traditionsunternehmen verschwindet. Mit der Übernahme durch den deutschen Chemieriesen BASF geht ein Kapitel Basler Wirtschaftsgeschichte zu Ende. In Christoph Merian Stiftung (Hrsg.). *Basler Stadtbuch 2008* (Ausgabe 2008, S. 145-146).

Basel: Christoph Merian Verlag

Raumplanungsverordnung (RPV) vom 28. Juni 2000, AS 2000 2047, SR 700.1

Schnur, Olaf (2016). Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In Matthias Drilling & Partrick Oehler (Hrsg.). *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung: Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen* (2. Auflage, S. 57-69). Wiesbaden: Springer VS.

Schimank, Uwe (2007). Elementare Mechanismen. In Arthur Benz, Susanna Lütz, Uwe Schimank & Georg Simonis (Hrsg.). *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder* (1. Auflage, S. 29-45). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Scholer, Nico (2019). Auf den Spuren von Partizipation. *Die Bedeutung von Partizipation für Personen in prekären Lebenslagen und Folgerungen für die Stadtentwicklung*. Masterthesis Soziale Arbeit Bern | Luzern | St. Gallen | Zürich im Rahmen des CAS Gemeinde und Stadtentwicklung. HSLU Luzern.

Schwanenflügel, Larissa von (2015). *Partizipationsbiographien Jugendlicher: Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.

Selle, Klaus (2005). *Planen, Steuern, Entwickeln: Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Selle, Klaus (2010). *Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen*. Aachen: Nationale Forum für Engagement und Partizipation. Gefunden unter: [http://www.pt.rwth-aachen.de/images/stories/pt/dokumente/pt\\_materialien/pt\\_materialien26.pdf](http://www.pt.rwth-aachen.de/images/stories/pt/dokumente/pt_materialien/pt_materialien26.pdf)

Selle, Klaus (2013). *Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe?: Analysen und Konzepte*. Detmold: Rohn.

Selle, Klaus (2017). *Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen*. Aachen: Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung RWTH Aachen University. Gefunden unter: [http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt\\_materialien/pt\\_materialien\\_38.pdf](http://www.pt.rwth-aachen.de/files/dokumente/pt_materialien/pt_materialien_38.pdf)

Selle, Klaus (2018). *Stadt entwickeln: Arbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe ; Texte aus Forschung und Praxis*. Lemgo: Verlag Dorothea Rohn.

Sinning, Heidi (2005). *Partizipation – neue Anforderungen an eine bewährte Governanceform*. Informationen zur Raumentwicklung (9/10): 579–588.

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (ohne Datum). *Wohnviertel Klybeck. Arbeiterviertel im Wandel*. Gefunden unter: <https://www.statistik.bs.ch/haeufig-gefragt/wohnviertel/18-klybeck.html>

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (2019). *Basler Quartier- und Gemeindeportraits*. Gefunden unter: <https://www.statistik.bs.ch/haeufig-gefragt/wohnviertel.html>

Tobias, Silvia, Dobler, Katharina & Mayer, Heike (2015). *Schwerpunkt-Themen des Rats für Raumordnung (2012-15): Zielkonflikte und Interessenabwägung zwischen der Raumplanung und anderen Politikbereichen*. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD

Vasella, Daniel (1996) Ciba + Sandoz = Novartis. Novartis – Spitzenstellung in «Life Sciences». In Christoph Merian Stiftung (Hrsg.). *Basler Stadtbuch 1996* (Ausgabe 1996, S. 11-15). Basel: Christoph Merian Verlag

Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 (Stand 1. Juli 2016)

Walk, Heike (2008). *Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik* (1. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Walk, Heike (2011). Partizipationsformen und neue Beteiligungsprojekte im Rahmen des Governancebegriffs. In Kurt Beck & Jan Ziekow (Hrsg.). (2011). *Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. (1. Auflage, S. 63-71). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Werner, Stefan (2012). *Steuerung von Kooperationen in der integrierten und sozialen Stadtentwicklung: Machtverhältnisse und Beteiligung im Prozessraum*. Wiesbaden: Springer VS.



## Anhang A: Leitfaden

- Guten Tag und vorab herzlichen Dank, dass Sie sich für unser Anliegen Zeit nehmen.
- Wie Sie aus unserer Anfrage schon wissen, sind wir zwei Studenten der Hochschule Luzern mit der Vertiefungsrichtung Soziokulturelle Animation.
- Wir schreiben zurzeit unsere Bachelor-Arbeit über das Partizipationsverständnis der AkteurInnen im Projekt klybeckplus
- Das Interview wird rund eine Stunde dauern und beinhaltet 6 Hauptfragen.
- Wenn möglich werden wir eine Audio-Aufnahme zur Datensicherung mitlaufen lassen.
- Einverständniserklärung unterschreiben lassen. (Daten werden nach der Auswertung vernichtet)
- Die Fragen in diesem ExpertInnen-Interview beziehen sich auf Ihre professionelle resp. berufliche Rolle.
- Leitung Interview Daniel | Nachfragen Joël

### Fragekatalog

Ablauf	Fragen	Ergänzungsfragen wenn es spontan nicht kommt	Themen / Zentrale Begriffe
Einstieg	1. Wie angekündigt wird das Thema des heutigen Interviews Partizipation sein. Als Einstieg möchten wir Sie fragen wie Partizipation in Ihrem beruflichen Alltag überhaupt zum Thema wurde?	1.1 Wann sind Sie in ihrem beruflichen Alltag zum ersten Mal mit diesem Thema in Berührung gekommen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jahreszahl?</li> <li>• Involvierte Projekte</li> <li>• Bottom up oder Top down initiiert</li> <li>• Tagung</li> <li>• Literatur</li> <li>• Studium</li> </ul>
		1.2 Welche Bedeutung hat Partizipation für Sie in Ihrem beruflichen Alltag?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl involvierter partizipativer Verfahren</li> </ul>
	2. Was verstehen sie unter Partizipation?	2.1 Welche Begriffe bringen Sie mit Partizipation in Verbindung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme / Teilhabe / Teilsein</li> <li>• Mitbestimmung / Mitwirkung / Mitentscheidung</li> <li>• Beteiligung</li> <li>• Demokratisierung</li> <li>• Integrale Stadtentwicklung</li> <li>• BürgerInnenbeteiligung</li> </ul>
		2.2 Welche Formen von Partizipation kennen Sie?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Formelle Partizipationsverfahren (Beteiligungsverfahren, politischer Prozess usw.)</li> <li>• Informelle Partizipationsverfahren</li> </ul>

<b>Erklärungswissen zu Partizipation</b>		2.3 Welche theoretischen Konzepte kennen Sie bzw. verfolgen Sie?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stufenmodelle (Wright, Lüttringhaus,)</li> <li>• Powercube John Gaventa</li> <li>• Soziale Stadt</li> <li>• Integrierte Stadtentwicklung</li> <li>• (urban) Governance</li> </ul>
		2.4 Welche Ziele verfolgen Sie mit Partizipation?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratisierung</li> <li>• Legitimation</li> <li>• Qualitätssteigerung von Entscheidungen</li> <li>• Nachhaltige Entwicklung</li> <li>• Schnellere Lösungen</li> <li>• Verminderung von Konfliktpotenzial</li> </ul>
	3. Wie ist Partizipation im Projekt klybeckplus bisher umgesetzt worden?	3.1 Welche öffentlichen Veranstaltungen / Mitwirkungsmöglichkeiten gab es aus Ihrer Sicht bisher?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beteiligungsveranstaltungen</li> <li>• Informationsveranstaltungen</li> <li>• Begleitgruppe</li> </ul>
		3.2 Welche Rahmenbedingungen für die Partizipation auf dem Klybeck Areal gibt es aus ihrer Sicht?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Themen die diskutiert werden</li> <li>• Themen die nicht diskutiert werden</li> <li>• Vereinbarungen</li> </ul>
		3.3 Inwiefern werden die Ergebnisse aus den Beteiligungsveranstaltungen berücksichtigt?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Testplanung</li> <li>• Einarbeitung von Bedürfnissen in Planungsprozess</li> </ul>
		3.4 Welche Ressourcen standen bzw. stehen aus ihrer Sicht für Partizipation in diesem Projekt zur Verfügung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzielle Ressourcen</li> <li>• Personelle Ressourcen</li> <li>• Zeitliche Ressourcen</li> <li>• Interessierte Bevölkerung</li> </ul>
	4. Welche Akteur*innen erachten Sie als relevant, wenn es um die Entwicklung des Areals des Projekts klybeckplus geht?	4.1 Mit wem arbeiten Sie in diesem Projekt bereits zusammen oder ist eine Zusammenarbeit angedacht oder bereits geplant?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Quartierbewohnende</li> <li>• Besitzende</li> <li>• Stadt</li> <li>• Gewerbe</li> <li>• Novartis</li> <li>• BASF</li> <li>• Dreieck Klybeck</li> <li>• Zukunft Klybeck</li> </ul>

		4.2 In welcher Form arbeiten sie mit den genannten Akteuren zusammen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl Sitzungen</li> <li>• Vertraglich</li> <li>• Auftragnehmende bzw. -gebende</li> <li>• Rollen</li> <li>• Machtverhältnisse</li> </ul>
<b>Bewertungswissen zu Partizipation</b>	5. Wie bewerten Sie die Realisierung der Partizipation im Projekt klybeckplus?	5.1 Können Sie ein Beispiel beschreiben, bei dem Ihrer Meinung nach, die Partizipation auf dem Klybeck Areal besonders gut umgesetzt worden ist? 5.1.1 Falls es kein Beispiel auf dem Klybeck Areal gibt, was wäre ein gelungenes Beispiel aus einem vergleichbaren Projekt für Sie?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsveranstaltungen</li> <li>• Beteiligungsveranstaltungen</li> <li>• Politischer Prozess</li> <li>• Zusammenarbeit zwischen Novartis BASF und der Stadt</li> <li>• Best Practice</li> </ul>
		5.2 Können sie Beispiele nennen bei denen ihrer Meinung nach die Partizipation noch verbesserungsfähig wäre?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsveranstaltungen</li> <li>• Beteiligungsveranstaltungen</li> <li>• Politischer Prozess</li> <li>• Zusammenarbeit zwischen Novartis BASF und der Stadt</li> <li>• Best Practice</li> </ul>
	6. Wie ist Ihre generelle Einschätzung über den Einsatz von Partizipation in der Arealplanung?	6.1 Worin sehen Sie die Chancen partizipativer Arbeit in der Arealplanung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Legitimitätsfunktion</li> <li>• Effektivitätsfunktion</li> <li>• Lehr- und Lernfunktion</li> <li>• Funktion des sozialen Interessenausgleichs</li> <li>• Geminwohl</li> </ul>
		6.2 Worin sehen sie die Grenzen partizipativer Arbeit in der Arealplanung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Partikularinteresse</li> <li>• Ergebnisoffenheit vs. Planungssicherheit</li> </ul>
		6.3 Wann oder in welchen Situationen sind Ihrer Meinung nach partizipative Planungsprozesse wenig bis gar nicht Sinnvoll?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Komplexität</li> <li>• Zeitressourcen</li> </ul>
	6.4 Wenn Sie schauen, was Ihr Büro/Ihre Verwaltung/ ihre Gruppe macht und was andere Ihnen bekannte Büros/Verwaltungen/ Gruppen machen, gibt es da Unterschiede/Tendenzen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vergleiche</li> <li>• Unterscheidungen</li> </ul>	

<b>Soziokulturelle Animation als Akteurin</b>	7. Was sagt ihnen «Soziokulturelle Animation» als Teilbereich der Sozialen Arbeit?	7.1 Inwiefern sehen Sie diese als Akteurin im Planungsprozess von Arealen?	
		6.2 Welche Rolle und welche Aufgaben würden Sie der Soziokulturellen Animation im Planungsprozess von Arealen zuschreiben?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisationsposition</li> <li>• Vermittlungsposition</li> <li>• Lehr- und Lernfunktion</li> <li>• Animationsposition</li> <li>• Kohäsionsförderung</li> <li>• Projektmanagement</li> <li>• Koordination von freiwilligem Engagement</li> </ul>

- Gibt es von Ihrer Seite her noch etwas, das ihnen wichtig ist und noch nicht angesprochen wurde?
- Haben Sie noch Rückfragen?
- Wir werden das Audiomaterial in den kommenden Wochen transkribieren und nach unserem Auswertungsraster decodieren.
- Sind Sie an den Ergebnissen der Arbeit interessiert?
- Nocheinmal vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben für unser Anliegen.
- Auf Wiedersehen und alles Gute.